

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänisch, Saar- und Remetgebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Gedlung und Kleinarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 28. Oktober 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vollständiger Katalog: Berlin 37 234. — Verkaufsstellen: Post- und Teleamt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gestern von 1/4 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: Die einseitige Nonpareilzeile 10 Pfennig, Reklamzeile 5,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Fotoabdruckte Wort 25 Pfennig (außerhalb des Fotoabdruckte Wortes), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Wechselmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postamt abgeben. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gestern von 1/4 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Regierung Painlevé zurückgetreten.

Caillaux' Mißerfolg der Anlauf. — Wiederherstellung des Linksblocks das Ziel.

Paris, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Ministerpräsident Painlevé hat am Dienstag nachmittag 2 Uhr dem Präsidenten der Republik Doumergue die Demission des gesamten Kabinetts überreicht.

Paris, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das von der Regierung Painlevé nach der Demission veröffentlichte Communiqué hat folgenden Wortlaut:

„Der Kabinettsrat, der in seiner letzten Sitzung mit der Prüfung des vom Finanzminister Caillaux ausgearbeiteten Sanierungsplanes begonnen hatte, hat diese Diskussion, die keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des Kabinetts zulage treten ließ, unterbrochen, um sich der politischen und parlamentarischen Lage, so, wie sie in den verschiedenen Kundgebungen der Parteien zulage getreten ist, anzupassen. In der Überzeugung, daß die dringenden Anstrengungen zum nationalen Ausgleich nicht unternommen werden können, ohne daß man in voraus die Gewißheit einer stabilen Mehrheit hat, hat die Regierung einstimmig beschlossen, dem Präsidenten der Republik ihre Demission zu übermitteln.“

Der unmittelbare Anlaß zu der Demission der Regierung Painlevé liegt in dem Fehlschlag der Sanierungspläne von Caillaux. Vor knapp einem halben Jahre trat Caillaux in die Regierung ein und wurde von den weitesten Kreisen des französischen Bürgertums als der Retter begrüßt, der, dank seiner hervorragenden Kenntnisse der Finanzprobleme, endlich den Ausweg aus der finanziellen Misere, unter der der französische Frank und damit das ganze französische Volk leidet, finden würde. Caillaux' Vorschläge trugen jedoch von der ersten Stunde an einen unsozialen Charakter und brachten ihn und die Regierung sehr bald in einen heftigen Gegensatz zu der sozialistischen Partei und zu dem linken Flügel der Radikalen. Das Ende des Kartells schien nahe und die Führer des Nationalen Blocks witterten Morgenluft. Indessen erwies sich die Finanzpolitik Caillaux als ein Fehlschlag: ihr Kernstück, die neue Anleihe, war trotz wiederholter Verlängerung der Zeichnungsfristen ein Mißerfolg (sie brachte anstatt der erhofften 20 bis 30 Milliarden Papierfranken nur 6 Milliarden ein); Caillaux' Reise nach Washington, von der man eine günstige Regelung des Schuldenproblems erhoffte, endete mit einer schweren Enttäuschung. Der Frank begann wieder zu sinken.

Noch diesen Mißerfolgen mußte Caillaux' Nimbus um so schneller verblasen, als er außerordentlich selbstbewußt aufgetreten war und namentlich alle sozialistischen Gegenanschläge hochmütig zurückgewiesen hatte. Caillaux, der seit jeher einen sehr diffizilen Charakter hat, fiel durch seinen Hochmut selbst seinen politischen Freunden auf die Nerven. Auf dem Radikalen-Kongress in Nizza erlitt er eine schwere Niederlage, als er gegenüber Herriot, der für die sozialistische Idee der Kapitalsabgabe eintrat, an der Ablehnung dieses Mittels festhielt. Von diesem Augenblick an lag die Regierungskrise in der Luft.

Dieser Beschluß des radikalen Kongresses in Nizza war jedoch weniger aus finanzpolitischen als aus allgemeinen politischen Erwägungen entsprungen. Nicht weil sie überzeugte Anhänger der Kapitalsabgabe sind, haben die meisten radikalen Kongreßdelegierten für Herriot und gegen Caillaux gestimmt, sondern weil in den Reihen des französischen Volkes eine tiefe Sehnsucht nach der Wiederherstellung des Kartells der Linken und eine tiefe Abneigung gegen jedes Kompromiß mit den Männern des Nationalen Blocks herrschen. Caillaux' Person und seine Politik standen aber dem Wiederzusammenschluß der Linksparteien im Wege und hätten über kurz oder lang zu einem endgültigen Bruch mit den Sozialisten und zu einem Rück nach rechts geführt.

Ueberhaupt war das Kabinet Painlevé, das nicht ein einziges Mitglied der Regierung Herriot enthielt, dafür aber gewisse Elemente, die deutlich nach rechts neigten, eine Konzeption an den Nationalen Block. Dabei hatten bereits im Mai und Juni die Wahlen zu den Generalräten und die Pariser Gemeindevahlen deutlich bewiesen, daß die Mehrheit des Volkes gegen solche Konzeptionen und für die Fortführung der siegreichen Kartellpolitik vom 11. Mai 1924 unverändert eintritt. Schon damals forderten die Sozialisten und der linke Flügel der Radikalen die Regierung Painlevé auf, die Konsequenzen aus diesem Votum des Volkes zu ziehen.

Die französische Kammer, die jetzt nach den Parlamentsferien wieder zusammentritt, hätte nun zu diesem Problem Stellung nehmen müssen. Zweifellos hätte sie, besonders nach den Mißerfolgen von Caillaux, die Umbildung der Regierung Painlevé im Sinne der Wiederherstellung des Linksblocks verlangt. Um dem nun vorzubeugen und eine parlamentarische Niederlage zu vermeiden, ist die Regierung noch am Vorabend der neuen Session zurückgetreten. Es

ist nicht unwahrscheinlich, daß Painlevé selbst, der persönlich das Vertrauen nicht nur der Radikalen, sondern auch der Sozialisten genießt, als Ministerpräsident bleiben wird. Dagegen dürften mehrere jetzige Minister ausgetauscht werden, darunter natürlich Caillaux. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Nachrichten bewahrheiten, wonach Herriot in die neue Regierung Painlevé eintreten wird. Das wäre jedenfalls der wahre Sinn dieser Regierungsumbildung, aber man kann schwer einem Präsidenten der Deputiertenkammer zumuten, einen gewöhnlichen Ministerposten in dem Kabinet eines anderen anzunehmen. Es wäre schon denkbar, daß Herriot die neue Regierung übernimmt und sich Painlevé mit einem Ministerposten begnügt, bzw. auf seinen früheren Posten als Kammerpräsident an Stelle Herriots zurückkehrt. Daß Briand nach seinem Erfolg von Locarno als Außenminister in der neuen Regierung bleiben wird, ist unzweifelhaft. Andererseits wird an die sozialistische Partei wieder einmal in akuter Form das Problem der Koalitionspolitik herantreten.

Die Entwicklung der Krise.

Paris, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Ereignisse haben am Dienstag folgenden Verlauf genommen: Wie vereinbart, trat am Dienstag früh das Kabinet zu seiner letzten Sitzung zusammen. Noch vor Beginn des Kabinettsrats hatte Painlevé eine Zusammenkunft mit Herriot, die etwa dreiviertel Stunden dauerte. Painlevé soll, wie der „Paris Soir“ zu wissen glaubt, Herriot erklärt haben, daß er ihn für am geeignetsten dafür halte, die schwebende Krise zu lösen. Herriot soll darauf erwidert haben, er sei der Ansicht, daß Painlevé nach wie vor das Vertrauen des Kartells besitze und habe ihn dringend ersucht, die Macht beizubehalten. Im Anschluß an diese Besprechung fand der Kabinettsrat statt, dessen Beschlüsse jedoch geheim gehalten wurden, um, wie erklärt wird, Briands Stellung als Vertreter Frankreichs in der am Dienstag vormittag abgehaltenen Sitzung des Völkerbundesrates nicht in Frage zu ziehen. Am Nachmittag hat dann Painlevé die Demission des Kabinetts dem Präsidenten der Republik überreicht. Doumergue hat daraufhin die üblichen Zeremonien vorgenommen und die Präsidenten des Senats und der Kammer empfangen. Für 6 Uhr ist das Gesamtkabinet zu einer Besprechung mit dem Präsidenten der Republik eingeladen.

Paris, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstagabend bei dem Präsidenten der Republik stattgefundene Beratung der Mitglieder des zurückgetretenen Ministeriums Painlevé führte zu keinem Ergebnis. Der Präsident der Republik wird deshalb am Mittwoch seine Besprechungen fortsetzen. In den Wandelgängen der Kammer herrschte am Dienstagabend große Erregung. Man rechnet vielfach mit der Möglichkeit, daß Painlevé einen eventuellen Auftrag zur Neubildung der Regierung ablehnen wird. Für diesen Fall wird Briand als Ministerpräsident am häufigsten genannt. Er dürfte der neuen Regierung in diesem oder jenem Amt bestimmt angehören.

Italienischer Terror gegen die Presse.

Mörderchef und Ministerpräsident.

Aus Rom meldet WTB: Der lombardische Presseverein hielt auf Verlangen seiner sozialistischen Mitglieder eine außerordentliche Sitzung ab, in welcher ebenso wie in Rom diejenige ausländische Presse, die sich gerühmt habe, Mussolini in Locarno gemieden zu haben, daran erinnert wird, daß Mussolini in Locarno nicht als Parteichef, sondern als italienischer Ministerpräsident erschienen sei. Die Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf; als deren Leiter Gianni, der Redakteur des „Corriere della Sera“, das Wort ergriff, verließen die sozialistischen Journalisten den Saal. Anscheinend haben sie die Absicht, sich mit Hilfe der Behörden, wie in Rom, der Leitung des Pressevereins zu bemächtigen.

Die Erwägung, daß der Nordanstifter Mussolini nicht als Nordanstifter, sondern als Regierungsoberhaupt Italiens nach Locarno gekommen sei, hat verschiedenes, namentlich deutsche Berichterstatter bezogen, an seinem Presseempfang teilzunehmen. Aber in dem Fernbleiben der anderen lag eben der Protest gegen die Tatsache, daß ein solcher Mensch, der sich mit Gewalt der Regierung seines Landes bemächtigt hat und nur eine Minderheit seines Volkes vertritt, die unabhängige Presse zu Hause drohelt und gleichzeitig die ausländische Presse zu seinem Sprachrohr zu benutzen versucht. Ist es schon ein schlechter Witz, daß aus einer Friedenskonferenz, die auf internationalem Gebiet den Geist der Gewalt abgeschaffen und durch den Geist des Rechts ersetzen will, ein Mann austritt, der von der Gewalt und der Illegalität lebt, so war es ein selbstverständliches Gebot der Solidarität gegenüber der gesetzwidrig und gewalttätig unterdrückten Presse Italiens, Mussolini in Locarno zu boykottieren. Im übrigen beweisen die jetzigen Auseinandersetzungen, daß die Ohren gefesselt sind.

„Bauer in Not“.

Eine Schauausstellung des Reichslandbundes.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Der Reichslandbund veranstaltet heute im Plenarjahr des ehemaligen Herrenhauses eine große Tagung und hat alle interessierten Kreise dazu eingeladen. Der Zweck dieser Tagung ist der, wieder einmal in aller Öffentlichkeit von der Not der Landwirtschaft zu reden. Man muß anerkennen, daß der Reichslandbund den Wahlspruch: „Das Klappern gehört zum Handwerk“ sehr trefflich beherzigt. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Not des Reichslandbundes. Seit der Festigung der Währung befindet sich der Reichslandbund mit seinen geschäftlichen Unternehmungen in großen Schwierigkeiten. Der Reichslandbund war es, der in der kritischen Zeit im Jahre 1923 die von Helfferich propagierte Roggenwährung empfohlen hat. Daraus ist glücklicherweise im Interesse des deutschen Volkes nichts geworden, vielmehr kam es zur Einführung der Rentenmark. Die vom Reichslandbund beeinflussten Schichten gingen aber im Jahre 1923 dazu über, Roggenrentenbriefe auszustellen. Auf diesen Roggenrentenbriefen sieht man nun fest. Diese Manipulationen haben wesentlich zu der Not des Reichslandbundes beigetragen. Nun heißt es wieder: „Bater Staat, hilf der Landwirtschaft“, d. h. dem Reichslandbund!

Die Landwirte befinden sich in der gleichen kritischen Lage wie die gesamte deutsche Wirtschaft, aber sie verstehen es, ihre Not als eine besondere hinzustellen. Es fragt sich da zunächst, ob die Kredite auch produktiv verwendet und nicht wahllos gegeben werden. Die Kredite dürfen nicht dazu dienen, denjenigen Betriebsinhabern, die kurzfristige Wechsel weit über ihre Kraft in Anspruch genommen haben, auf alle Fälle die Existenz dieser Betriebe zu erhalten. Der Reichslandbund hat in früheren Jahren die freie Wirtschaft mit aller Entschiedenheit gefördert. In den Reden der Landbundführer im Reichstag hieß es, daß nur die freie Wirtschaft die Not der landwirtschaftlichen Betriebe beseitigen könne. Wer damals für freie Wirtschaft eingetreten ist, muß nun logischerweise auch mit in den Kauf nehmen, daß in der freien Wirtschaft nur solche Betriebe dauernd bestehen können, die wirtschaftlich gesund aufgebaut sind. Es wird jetzt wieder prophezeit, daß viele Landwirte vor dem Konkurs stehen. Wer die Konkursstatistik verfolgt, wird jedoch darunter nur sehr wenig Landwirte finden. Soll das Wirtschaftsleben in der freien Wirtschaft seinen geordneten Gang gehen, dann muß auch für die Landwirtschaft gelten, daß was schlecht ist, fallen muß und nicht durch Kredite des Staates künstlich gestützt werden darf.

In den Debatten über die nun errichtete Rentenbankkreditanstalt wurde immer wieder betont, daß die Rentenbankkreditanstalt dazu dienen soll, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Soll dieser gesunde Grundgedanke in der Praxis durchgeführt werden, dann dürfen auch Rentenbankkredite naturgemäß nur solchen Betrieben zugeführt werden, in denen alle Mittel und Wege versucht werden, um aus dem deutschen Boden den größtmöglichen Ernteertrag zu erzielen. Als aber bei maßgebenden Stellen auf diesen Grundsatz hingewiesen wurde, erklärten Führer des Reichslandbundes, daß diese Aufgabe „auswärtig“ sei.

Der „Vorwärts“ berichtete am 23. Oktober 1925 über die neuen Klagen der Landwirtschaft, die vom Deutschen Landwirtschaftsrat den Vertretern der Tages- und Fachpresse vorgetragen wurden. Von jenen Kreisen wurde auch über die starke Verteuerung des Verteilungsprozesses berichtet und dem dadurch verursachten großen Mißverhältnis zwischen den Preisen, die der landwirtschaftliche Produzent erhält und denen, die der Konsument bezahlen muß. Diese Tatsache wurde von den vom Reichslandbund beeinflussten Kreisen genug betont. Wenn aber von Vertretern der Verbraucherschaft an maßgebender Stelle im Reichswirtschaftsrat oder im Reichstag Vorschläge gemacht werden, um dieses Mißverhältnis zu beseitigen, dann haben die Führer der Landwirtschaft immer verjagt. Von gewerkschaftlicher Seite gestellte Anträge wurden von den Landbundführern glatt abgelehnt. Wenn der Reichslandbund es für vorteilhaft hält, um die Hergabe von Krediten ganz besonders von staatlichen Stellen zu erzielen, dann wird dieses Mißverhältnis zwischen den Groß- und den Kleinhandelspreisen immer wieder vorgeholt. Nachher aber ist die Durchführung solcher schönen Grundzüge „zu schwierig“. Der wahre Grund ist der, daß die Deutschnationale Partei ihren Wählern aus dem Mittelstand nicht weh tun will.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Reichslandbund und die von ihm stark beeinflusste Rechtspresse, ganz besonders die Presse in ländlichen Gebieten, die Barman-Hege, die so schmählich Schiffbruch gelitten hat, in den verflochtenen Monaten vortrefflich ausgegüht hat. Am 22. Oktober 1925 wies das „Berliner Tageblatt“ darauf hin, daß der Reichslandbund in seiner grenzenlosen Verschwendung dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften den Vorschlag gemacht hat, letztere solle sämtliche Reichslandbundgenossenschaften mit allen Einrichtungen, aber auch allen Schulden

übernehmen und solle für diese im völligen Zusammenbruch befindlichen Unternehmungen eine jährliche Gegenleistung von 600 000 M. an die politische Spitze des Reichslandbundes abführen. Man kann Verständnis dafür haben, daß der Reichslandbund für diejenigen seiner Genossenschaften, die noch gesund sind, einen entsprechenden Kaufpreis haben will. Aber eine dauernde jährlich zu zahlende Abfindung dafür zu verlangen, das beweist doch, wie der Reichslandbund Geschäft und Politik so vortrefflich zu verbinden weiß. Dies alles wird natürlich den Reichslandbund und seine Presse nicht abhalten, zukünftig auch für die „Reinheit des politischen Lebens“ einzutreten.

In der letzten Zeit wurde auch berichtet, daß eines der Vorstandsmitglieder des Reichslandbundes, nämlich Herr Stubbenhendorf, in der Provinz Brandenburg als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter gewählt, seine Vorstandsämter in der Reichslandbund-Aktien-Gesellschaft niedergelegt hat. Stubbenhendorf gehört zu denjenigen, die z. B. den in die Kottbusser Landbundaffäre verwickelten Herrn v. Rahmer finanziell gestützt hat. Herr v. Rahmer hatte die Leitung des gesamten Landbundkongresses. Das sind Genossenschaften, die sich vorübergehend vom Reichslandbund abgetrennt hatten, aber schließlich wieder zum Reichslandbund zurückgekehrt sind. Im Mai d. J. wurde im Haushaltsausschuß des Reichstages festgestellt, daß dieser Landbundkongress einen Kredit von der Reichsregierung in Höhe von 1 Million Mark erhalten hatte mit dem Auftrag, Getreide einzukaufen. Es wurde aber nur für 290 000 M. Getreide geliefert und es verblieb eine Restschuld in Höhe von 710 000 M. Mit Mühe und Not ist es gelungen, mit Hilfe des Reichslandbundes die Hälfte dieser Restsumme zu decken. Ob die restlichen 350 000 M. bis jetzt durch Herrn v. Rahmer oder den Reichslandbund an die Reichsgetreidestelle zurückgezahlt sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls wird die Summe noch nicht zurückgezahlt sein. Als zu jener Zeit der „Vorwärts“ auf diese Verhältnisse aufmerksam machte, wußte die „Deutsche Tageszeitung“ darauf nichts weiter zu erwidern, als daß dieser Teutone v. Rahmer nur deshalb verfolgt werde, weil er ein nationaler Mann sei.

Stubbenhendorf war es aber auch, der seinen Freund Deußen Mitte 1924 bevollmächtigte, nach Amerika zu reisen und einen Hundertmillionenkredit locker zu machen zur Bedeckung der Schwierigkeiten in den Landbundgenossenschaften. Dieser Kredit ist schließlich durch Vereinbarung mit der Rentenbank bzw. der Rentenbankkreditanstalt zustande gekommen. Jener Herr Deußen bemüht sich nun darum, seine Provision zu erhalten, die bei einem Hundertmillionenobjekt nicht gering sein dürfte. Der Reichslandbund, der aus eigener Machtvollkommenheit diesen Auftrag an Herrn Deußen erteilt hat, lehnt es ab, die sehr hohen Kosten, besonders die Provision zu bezahlen. Der Reichslandbund bemerkt in dieser Beziehung, er beanspruche keine Ausnahmestellung, verlange aber, daß ihm die Anerkennung seiner Initiative und des Erfolges in dieser Sache nicht versagt werden könne, d. h. mit dürren Worten, daß er die Kostendeckung nun der Rentenbankkreditanstalt zuschieben will.

Bemerkenswert ist in dieser Vollmachtserteilung an Herrn Deußen der Hinweis, daß die Mitglieder des Reichslandbundes in den Landbundgenossenschaften mit unbeschränkter Nachschußpflicht zusammengeschlossen sind. Bekanntlich sind in den einzelnen Gebieten Deutschlands, wo die Landbundgenossenschaften in Schwierigkeiten geraten sind, die kleinen und mittleren Bauern in großer Aufregung, weil sie nun zu unbeschränkter Nachschußpflicht herangezogen werden und, wie aus ungewissen gebliebenen Presseäußerungen hervorgeht, die großen Grundbesitzer zu einem erheblichen Teil sich rechtzeitig als Mitglieder abgemeldet haben. Bekanntlich werden die meisten Menschen erst durch Taifachen klug. Doch man kann nun annehmen, daß die Bauern nicht mehr für den

Reichslandbund, in dem die großen herrschen, so sehr begeistert sind.

Die Sozialdemokratie hat wiederholt durch ihre Anträge bewiesen, daß sie bereit ist, der tatsächlichen Not in den landwirtschaftlichen Betrieben entgegenzutreten. Wir müssen uns aber dagegen wenden, daß der Reichslandbund seine große Not nun verallgemeinert, um damit wieder zu blühen und die Allgemeinheit zu beeinträchtigen, daß ihm unter dem Vorwand, die landwirtschaftliche Produktion sei gefährdet, aus seiner schweren Not geholfen wird.

Wir wollen nicht noch darauf eingehen, daß unter der Not der Landwirtschaft auch hunderttausende von Landarbeitern leiden, die mit kärglichem Lohn abgefunden werden und in ihrem Aufwärtstreben ganz besonders durch den Reichslandbund gehindert werden. Vor kurzem erst wurde bekannt, daß in der Grenzmark, also in einem räumlich begrenzten kleinen Gebiet, der Reichslandbund beschloss, hat, nicht weniger als sechs gelbe Arbeitermerkspektore anzustellen und natürlich auch aus der Kasse des Reichslandbundes zu besolden. Es ist keine Gewähr dafür gegeben, daß bewährte Kredite dazu verwendet werden, um die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung unter den Landarbeitern zu betämpfen. Auch dieser Umstand muß ein Grund für die maßgebenden Instanzen sein, den Kreditgesuchen des Reichslandbundes gegenüber sehr vorsichtig zu sein.

Die heute stattfindende Tagung wird also bewußt unter einer falschen Flagge segeln. Denn es soll dabei nicht den Bauern oder den Landarbeitern in ihrer großen Not geholfen werden, sondern die Klemme des Reichslandbundes zu beseitigen ist der Zweck dieser Tagung, die in großer Aufmachung über die Bühne gehen soll. Wenn Mittel aus der Steuerleistung der Allgemeinheit verwendet werden, dann darf es nur in wahren volkswirtschaftlichen Interesse geschehen. Daß dieser Grundjah vom Reichslandbund beherzigt wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen leider nicht zu erwarten.

Der Hansabund ist bei dem preussischen Handels- und Finanzministerium dagegen vorstellig geworden, daß die im Zusammenhang stehenden Organisationen der Landbundgenossenschaften in Verbindung mit dem Reichsoberband der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der preussischen Zentralgenossenschaftskasse mit Hilfe öffentlicher Gelder gestützt werden. Der Hansabund wendet sich insbesondere dagegen, daß die aus der Zermürbung der Steuerkraft der von ihm vertretenen Berufsstände gewonnenen Staatsmittel dazu verwendet werden sollen, Fehlunternehmungen aus der Gründungsperiode der Inflationzeit aufrechtzuerhalten.

Dazu erfährt der „Soz. Pressendienst“, daß bei dem Reichsernährungsminister Graf Kanitz, den die Deutschnationalen leider vergessen haben, mit aus der Regierung zu nehmen, eine Besprechung mit den Landbundführern stattgefunden hat. Gegenstand der Besprechungen waren abermals die geplanten Kreditstundungen. Es sollen durch das Ministerium ganz bestimmte Zusicherungen gemacht worden sein. Weiter wurden abermalige Stundungen der seit dem Sommer entstandenen Steuerrückstände in Aussicht gestellt.

Wir haben Grund anzunehmen, daß die Zusicherungen des Grafen Kanitz äußerst weit gehen. Grundätzlich haben wir bereits betont, daß natürlich dem Teil der Landwirtschaft, der z. B. durch Wetterchäden usw. in seiner Finanzkraft beengt ist, geholfen werden muß. Das wird vorzugsweise Aufgabe der Länder sein. Dagegen müssen die übrigen finanziellen Forderungen des Reichslandbundes, schon im Interesse der Kreditpolitik der Landwirtschaft selbst, abgelehnt werden. Eigentümlich behaupten auch die weiteren Zusicherungen auf steuerlichem Gebiet, die sehr wahrscheinlich in Fühlungnahme mit dem Finanzministerium gemacht worden sind. Es geht nicht an, daß die breiten Massen der Bevölkerung durch den unerhörten Lohnabzug und die Umsatzsteuer bis auf die Haut ausgefressen werden, während man den Großgrundbesitzern in freigebigster Weise Steuerstundungen zukommen läßt.

Stressemanns Partei orakelt.

Ein Beschluß über Locarno und zur Regierungskrise.

Parteiordnung und Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben gestern über die Ergebnisse von Locarno und die durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung geschaffene Lage beraten. Sie haben einstimmig eine Entschlüsselung gefordert, in der lang und breit auseinandergesetzt wird, in welchen Punkten das Vertragswerk von Locarno mit den Ansichten der Volkspartei vereinbar sei, und in der es zum Schluß heißt:

„Wenn der Vertrag von Locarno, wie es alle Beteiligten zum Ausdruck gebracht haben, ein Werk dauernden Friedens sein soll, so muß dieser Friedenszustand sich aber auch im besetzten deutschen Gebiet auswirken. Das ganze Werk darf somit erst dann in Kraft treten, wenn nicht nur die alsbaldige Räumung der ersten Rheinlandzone unabhängig von der Bereinigung der Entmässungsforderungen sichergestellt ist, sondern auch die beteiligten Mächte den mündlichen Zusicherungen ihrer Delegationsführer entsprechen im übrigen besetzten Gebiet alsbald einen Zustand herbeiführen, der eine grundlegende Aenderung des Besatzungsregimes und den Anfang der endgültigen Räumung darstellt. Ohne solche entscheidenden Maßnahmen der Vertragsgegner kann der Deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno nicht annehmen.“

Es ist Pflicht der politischen Organe des Reiches und Volkes, mit allen Kräften auf solche Ergänzungen und sofortige Auswirkungen der Vereinbarungen von Locarno hinzuwirken. Diese außenpolitische Aufgabe steht im Vordergrund. Ihre Erfüllung wird durch das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei gefährdet. Statt mit uns und den anderen Parteien an der Durchführung der von ihr selbst bisher verfolgten Politik mitzuwirken, hat sie sich vor Erreichung des Ziels sich von der weiteren Mitwirkung selbst ausgehaltet. Für die außen- und innenpolitischen Folgen trägt sie die volle Verantwortung.“

Aus Zentrumskreisen hört der Reichsdienst der Deutschen Presse, daß der Austritt der Deutschnationalen aus dem Kabinett Luther auch für den bisherigen Streit im Zentrum ein wichtiges neues Moment darstellt. Im wesentlichen beruht doch die gegenwärtige Auffassung im Zentrum auf der Frage, ob es richtig war, sich am Kabinett Luther zu beteiligen oder nicht. Bisher stand in dieser Frage Behauptung gegen Behauptung, nunmehr aber haben, so wird in weiteren Kreisen der Partei festgestellt, diejenigen Zentrumsmitglieder praktisch recht behalten, die mit dem Reichsanführer a. D. Marx der Auffassung waren, daß gerade aus außenpolitischen Gründen die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen auf die Dauer unmöglich sein würde. Zweifelslos hat der Austritt der Deutschnationalen aus dem Kabinett auch den Fall Bircht in ein ganz neues Licht gerückt, und es wird erwartet, daß die kommende Auseinandersetzung auf dem Zentrumsparteitag nunmehr angeht die politische Entwicklung der letzten Tage eine weit größere Bedeutung erlangen wird.

Um den Deutschnationalen ein Pfäffertchen auf ihre Wunden zu heften, publiziert der „Völkische Beobachter“ Hilters in München, daß der Rücktritt der Schiele-Schlieben-Reuhaus ein Erfolg der Völkischen sei:

Es steht außer Zweifel, daß die deutschnationale Leistung schließlich durch die Kräfte von unten, durch jene völkischen Kreise ihrer Wähler gezwungen wurde, das Steuer ihrer schwachpollen bisherigen Erfüllungspolitik herumzudrehen. Vor allem erblickten wir aber hier auch einen Erfolg unserer nationalsozialistischen Tätigkeit. Seit dem schmählichen Unfall am 28. August 1924 haben wir keinen Tag Ruhe gegeben und die ganze Eobdarmlichkeit der deutschnationalen Haltung geübelt. Die Furcht, jetzt die Partei nicht mehr halten zu können, hat den deutschnationalen Parlamentarier Courage gemacht. Wollen wir uns keiner Täuschung hingeben: aus den Ja- und Nein-Sagern werden keine Männer werden, sie müssen anderen Platz machen. . . .“

Also selbst nach der großen Geste wird den Deutschnationalen kein Glauben geschenkt und kein Pardon gegeben! Sie

Der Schulmeister im Grünen.

Von Rudolf Zweg.

Zu „unserer“ Zeit war der Klassenauflug ein Ereignis, das wochenlange Vorbereitungen verlangte. Einmal im Jahr, im Mai gewöhnlich. Ich sehe noch, wie mein Vater mit sorgenvoll gekrümmtem Finger das Barometer beklopfte, den Papiertrinkbecher und die Holzschachtel mit kristallisierter Zitronensäure zurechtlegte — tagelang vorher.

Heute weiß man: ein Tag im Grünen kann eine Woche Schulstundenarbeit aufwiegen; so gehts mindestens einmal des Monats hinaus. Kann, betone ich. Denn was man zu gewissen Zeiten in Breden beobachten konnte, Lehrer im Kreise aufgeregter Klassen, zeigt beschämend, was man hier und da aus der Klassenfahrt macht.

Gewiß, der alte Professor mag mit seinen Primären den unvermeidlichen Bierabend feiern und sich Prüfungsgeheimnisse abhuchen lassen. Doch es gibt auch Leute, die sich den erzieherischen Wert des Tagesausflugs nicht verkümmern lassen wollen.

Bürgerliche Eltern können sich freilich nur schwer entschließen, solchen Führern ihre Kinder zu vertrauen, die ohne Rücksicht auf Unfall- und Hasipflichtgefahr ihre Klasse am Beginn der Wanderung in lauter selbständige Gruppen zerfallen lassen.

Wir entweichen in Potsdam dem Zuge. Nun grade mal das alte seiderziganische Potsdam! Wer den „Geist von Potsdam“ verstehen will, muß seinen Ursprung besuchen. Aber nicht Rossenbordenzug mit Oberlehrerfänger und Bortrag.

Freundestriebe haben sich gebildet, jeder sein ungefähres Marschziel gesagt. Der Führer jeder Gruppe bekommt einen Marschzettel mit Vorschlägen, Fragen, Aufgaben zur Auswahl; Karten und Etappenbücher sind reichlich vorhanden, und jeder weiß: Morgen erwartet die Klasse Gruppenberichte.

Um es gleich zu sagen: Aus diesen Berichten erfährt man selber mit Staunen, wie diese zwölffährigen Jungen, wenn sie nur erst mal zu beobachten wissen, Dinge sehen, an denen der geschäftswichtige Führer glatt vorbeifließt; sie machen sich schon selber das heraus, was ihnen zuzut.

Alles Bedenliche, vom Glockenspiel bis zum Dorfbadofen, zur Fähre und zur Futterstube wird begierig aufgefaßt; jede Gruppe will am meisten gesehen haben. Und komisch: ohne Lehrer kommen sie manchmal sogar — u m s o n s t in die Herrlichkeiten der „Königsstadt“ rein, wenn ein Diener Verständnis für Jungens hat, oder sie kriegen zurückgekehrte Aufsichtsfrauen geschenkt und Anekdoten erzählt obendrein. Sie bledern sich mit Schupo und Militär, Förstern und Führern an, lernen sich zurechtfinden und — die Menschen kennen.

Gefahr, sagen Sie? Beim Übersehen? O nein, die Berliner Jungen sind nie so vorsichtig wie dann, wenn sie allein sind. Wissen sie den erwachsenen Führer in der Nähe, der für alles verantwortlich ist, denken sie: Ach, der muß uns raus holen, wenn wir zu weit

schwimmen. Dann prohen sie kraftmeierhaft mit ihrem Rute. Doch allein? Vorsicht! Ich habe als verborgener Zuschauer Gruppen beobachtet, die allein waren, und über die natotie Kengstlichkeit gelächelt, mit der sie da am Wasser hantierten.

Stiefelsticht bringt dieser einfache Gedankengang unsere Arbeitelern dazu, dem Führer zu vertrauen, der auf solche Weise zur Selbständigkeit zu erziehen sucht. Denn das ist gewiß: Solche Jungen werden im „Leben“ mal ihren Mann stehen und schließlich auch als Staatsbürger selbständig denkende und handelnde Männer werden.

„Ariadne auf Naxos“ wurde in der Städtischen Oper zum ersten Male aufgeführt. Damit feierte Richard Strauß seinen Einzug in einem neuen Berliner Haus; wenn auch nicht mit dem gehortigsten, so doch mit einem besonders reizvollen, im Stil aparten, auf Kammermusikton eingestellten Werk. Nicht jedem wird es gleichmäßig gefallen, denn die vielen gesungenen Rezitative müssen eigentlich von musikalisch wohlgezogenen Ohren genossen werden, und alle Oper mischt sich nur knapp mit der Buffomustel der Nebenhandlung. Diese Oper, ein Unglücksfind der Bühnen, hat ihre Schicksale. Wir scheinen, daß die ursprüngliche Fassung die musikalisch gestättigste Form darstellte, daß in der jetzigen Zusammenziehung, in der Betonung des Ariadne-Stoffs und Zurückdrängung der lustigen Partien manches wertvolle Musikdetail verloren gegangen ist. Bruno Walter läßt dieses kleine Drama in jarten, kongeligen Partitellönen aufklingen. Die hübsche, intime Innenverföderung zusammen mit der flotten Regie Tidjens und der Geigenzurückhaltung Walters lassen die akustischen Schwierigkeiten spielend überwinden. Ebenso die vollendete Stimmkunst und das in allen Gliedern febernde Spiel der Sopranen. Auch Frau Bettendorf weiß unter guter Führung ihrer Ariadne Läne der Andacht, Stille, Feierschleier zu entlocken, während Maria Schreker den Gegenfah zwischen Ton und Raumfülle erst durch ein Außerordentliches an Spielfertigkeit, Intelligenz und belebte Gestaltung weitmacht. Auffallend die Tenorstimme Dehmanns und das bezeichnende Spiel von Emil Ritsch und Anton Baumann. Die Aufführung wurde bejubelt. Die Städtische Oper dürfte hier neben dem „Don Pasquale“ bei Richard Strauß das Zugstück haben, wie die Staatsoper im „Zigeunerbaron“ von Johann Strauß. Man lasse aber ein Wort von zweistündiger Dauer statt um 7 erst um 8 Uhr beginnen. R. S.

Das neue deutsche Kabel Emden-Azoren. Unsere Kabelverbindungen mit Nordamerika, die durch den Krieg zerstört worden waren, werden jetzt wiederhergestellt. Nachdem es der Deutsch-Amerikanischen Telegraphen-Gesellschaft gelungen war, die portugiesische Erlaubnis für die Landung eines neuen deutschen Kabels auf den Azoren zu erlangen, ist jetzt, wie die „Elektrotechnische Zeitschrift“ mitteilt, mit der Legung begonnen worden. Die Verbindung zwischen den Azoren und Nordamerika war schon 1924 durch ein amerikanisches Kabel hergestellt, diesem muß sich nun das neue deutsche Kabel anpassen, damit die ganze Strecke Emden-New York einheitlich betrieben wird. Wie das amerikanische ist daher auch das deutsche ein „Fernallern-Kabel“, so genannt, weil das Kabel mit Fernallern umwickelt ist, einer Legierung aus Eisen und Nickel, die besonders günstige

magnetische Eigenschaften besitzt. Dadurch wird die Telegraphiergeschwindigkeit ganz außerordentlich erhöht, und man wird auf dem neuen Kabel 1500 Buchstaben in der Minute geben können, weit mehr als auf den üblichen Landleitungen. Die Telegramme werden unmittelbar zwischen Deutschland und Amerika gewechselt, wobei die Station Horta auf den Azoren nur zur Übertragung dient.

„Perichol.“ Mit der Aufführung des Offenbachschen Melodramas „Perichol“ hat das Rostauer Künstlertheater wiederum seine große Kunst, Spiel und Gefühl zu einem einheitlichen Ganzen zu bringen, bewiesen. Das Textbuch ist auch in diesem Fall von Gasperin umgearbeitet worden. Der politische Hintergrund des von den Spaniern besetzten Perus tritt stärker hervor. Der Stil in der Kunst der Ballanowa, der kleinen Hinfelängerin Perichol, die trotz der Lockungen des Vizekönigs ihrem Biquillo treu bleiben will, war von eigenartigem Reiz und von vollendeter Darstellungsunst. Die drei peruanischen Schwestern, scheinbar den Spaniern ergeben, in Wirklichkeit aber die Peruaner gegen den Vizekönig Don Andreas aufweisend, wurden von den Damen Polosowa, Remarkata und Sabitowa vorzüglich gefungen und dargestellt. Das Ganze sprühte von Froh sinn und Wig und angeragt durch die politische Umgebung von zeitgemäher Satire. H. H.

Eine Begegnung mit Oscar Wilde. Die große Sängerin Kelli Keibba, die jetzt ihre öffentliche Laufbahn beendet und nicht mehr auf der Bühne oder im Konzertsaal erscheinen will, schildert in ihrem soeben erschienenen Buch „Melodien und Erinnerungen“ ihren Aufstieg aus dem australischen Busch zur weltberühmten Primadonna. Unter ihren Erinnerungen an berühmte Persönlichkeiten findet sich auch eine Erzählung von ihrer letzten Begegnung mit Oscar Wilde, als er nach seinem Sturz in Paris lebte. „Um die Ede,“ so schreibt sie, „schürfte ein großer, schädig aussehender Mann, der Kragen hing ihm lose um den Hals, und in seinen Augen lag ein häßlicher Blick. Ich wollte vorbeigehen, aber er mich anpruch. „Mrs. Keibba — Sie wissen nicht, wer ich bin. Ich bin Oscar Wilde,“ sagte er, „und ich will eben etwas Fürchtbares tun; ich will Sie um Geld bitten.“ Ich konnte kaum ertragen, wie er mich anblickte, nicht aus Abneigung, sondern aus Scham und Mitleid. Ich nahm alles, was ich in meiner Börse hatte — etwa 10 Louisdors —, und er nahm sie rasch, rih sie mir sozt aus der Hand, stammelte ein Wort des Dankes und war fort. Ich habe ihn nie wiedergesehen.“

Reinhardt-Gespel im Lesing-Theater. Max Reinhardt ist von Direktor Hellmer eingeladen worden, mit seiner Inszenierung der Partotomie „Die grüne Nide“ im Lesing-Theater zu wirken. Die Aufführungen werden vom 6. bis 12. November mit Ernst Krause, Maria Sterna und Maria Soborg stattfinden.

Heinrich Derich liest Sonntag, 1. November, abends 8 Uhr, in der Aula des Wanders-Realsgymnasiums, Koppenstraße 76 (nahe Eitel-Bahnhof) aus eigenen Werken. Karten im Vorverkauf (Preis 20 Pf.): Buchhandlung Dieg, Lindenstraße 2; Buchhandlung des ADGD, Wallstraße 64/65; Landsgemeindehaus, Alte Schönhofstraße Str. 5.

Eine deutsche Gesellschaft für Eingeborenenkunde hat sich auf der vom dem Kaiser gegründeten Deutschen Gesellschaft für Eingeborenenkunde gegründet. Sie will Kenntnisse über die Lage der Urvölker des Bites verbreiten und vertiefen. Ihre komitäre und wissenschaftliche Förderung. Vorkühender ist Prof. Dr. D. Wefersmann, Schriftführer Dr. Naumbold in Berlin.

werden sich weiter zu wehren haben gegen die „Kräfte von unten“, die man in demagogischer Weise aufgepöppelt hat und die jetzt dabei sind, „andere Männer“ an die Stelle der bisherigen zu setzen!

Keine Optantenausweisungen mehr.

Beschluß der preussischen Regierung.

Amlich wird gemeldet:

Nachdem in Polen in der Optantenpolitik ein Umschwung eingetreten ist, hat die preussische Regierung entsprechend dem Beschluß des polnischen Ministerrates an die örtlichen Behörden die Anweisung ergehen lassen, daß die in der jüngsten Zeit als Repressalie verhängten Ausweisungsbefehle gegen polnische Optanten unverzüglich rückgängig gemacht werden.

Fürsorgeverbesserung in Preußen.

Sozialere Gestaltung. — Erhöhung der Sätze für Kleinrentner usw. — Die Bedeutung der Wochenfürsorge.

Durch Verordnung vom 3. Oktober d. J. hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt bestimmt, daß die Verwaltungsorgane der Bezirksfürsorgeverbände Nicht- und Einkommenssätze festzusetzen haben. Der Minister gibt hierfür u. a. folgende Richtlinien an:

Da die Unterstützungen in der Regel nur die notwendigsten Lebensbedürfnisse sicherstellen, bedeutet jede Steigerung der Lebenshaltungskosten für den Unterstützungsempfänger nicht nur eine empfindliche Einschränkung, sondern eine Gefährdung seiner Existenz, wenn dem nicht durch eine Angleichung der Unterstützungssätze alsbald entgegen gewirkt wird. Die Unterstützungssätze können nach den vorliegenden Verhältnissen nicht überall als ausreichend angesehen werden. Infolge der Entlastung der Bezirksfürsorgeverbände durch verschiedene gesetzgeberische Maßnahmen sowie durch die Auswirkung der Aufwertungssetze können die hierdurch freigeordneten und noch freizubehaltenden Mittel, soweit die Sätze bisher unzureichend sind, zu einer

allgemeinen Erhöhung der Unterstützungssätze,

insbesondere für Kleinrentner, Sozialrentner und ihnen Gleichstehende verwendet werden. Infolge einer solchen Erhöhung werden bei einem Teil der Sozialrentner die Unterstützungen trotz der eingetretenen Rentnenerhöhungen überhaupt nicht oder nicht um den vollen Betrag gekürzt werden; damit wird auch dem verständlichen Unwillen in diesen Kreisen der Hilfsbedürftigen entgegen gewirkt.

Ferner sollen Einkommenssätze festgesetzt werden, bei denen in der Regel

mindestens die vollen Leistungen bei der Wochenfürsorge

gewährt werden; ferner soll für die besonderen Bedürfnisse der Schwangerschaft und Entbindung mindestens das zur Verfügung stehen, was die Familienwochenhilfe gewähren würde. Bei der Festsetzung der Einkommenssätze soll auf den Familienstand der Wöchnerin gebührend Rücksicht genommen werden; die Einkommenssätze werden zweckmäßig nach dem Einkommen aus einem nicht zu lange zurückliegenden Zeitraum, etwa dem letzten Monat vor dem Eintritt des Pflugesalles, bemessen, da nach einem solchen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Wöchnerin und ihrer Familie zur Zeit des Pflugesalles in der Regel zutreffend beurteilt werden können. Die hohe bevölkerungspolitische Bedeutung der Wochenfürsorge rechtfertigt einen leichteren Maßstab für die Beurteilung der Notwendigkeit von Hilfsmitteln. Insbesondere wird trotz Erreichung der Einkommenssätze Hilfe schon dann zu gewähren

sein, wenn die für die Schwangere oder Wöchnerin und das neugeborene Kind erforderlichen Aufwendungen nicht ohne empfindliche Beeinträchtigung der gewöhnlichen Lebenshaltung ermöglicht werden können. Auch erscheint es gerechtfertigt, wenn die Erstattung der geleisteten Unterstützungen von der Wöchnerin, dem ehelichen Vater oder den sonstigen unterhaltspflichtigen Verwandten nur in Ausnahmefällen gefordert wird.

Um eine einigermaßen gleichmäßige Durchführung der Fürsorge zu erreichen, sollen sich die Bezirksfürsorgeverbände zweckmäßig mit den benachbarten Bezirksfürsorgeverbänden, in denen gleiche wirtschaftliche Verhältnisse bestehen, über die Festsetzung der Nicht- und Einkommenssätze ins Benehmen setzen. Inwieweit dabei der Landesfürsorgeverband zu beteiligen ist, muß den örtlichen Verhältnissen überlassen bleiben.

Der Strafantrag im Nehring-Prozess.

Gefängnis für alle Angeklagten.

Am Schluß seines Plädoyers beantragte der Staatsanwalt im Prozeß der Landes-Plandbriefanstalt folgende Strafen:

1. Gegen den Angeklagten Nehring wegen Bilanzfälschung 2 Monate Gefängnis, wegen Betruges durch Erschleichung der Tantieme eine Geldstrafe von 2000 Mark, wegen Untreue zum Nachteil der PBL eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten, wegen Beiseiteschaffung von Urkunden eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten. Von Ehrenstrafen hat der Staatsanwalt Abstand zu nehmen, da dem Angeklagten Nehring in einjähriges Mißgeschick nicht zu verjagen sei und er nicht aus unläuterer Motiven gehandelt habe. Ebenso sei nicht aus Verleumdung der Fähigkeit der Bekleidung öffentlicher Ämter zu erkennen, da Nehring selbst freiwillig auf Amt und Pension verzichtet habe. Die Gefängnisstrafen für Beiseiteschaffung von Urkunden und für Bilanzfälschung seien gemäß dem Geldstrafengesetz durch 2000 M. Geldstrafe für je 2 Monate Gefängnis zu ersetzen. Hinsichtlich der Gefängnisstrafe von 9 Monaten empfehle er den Angeklagten Nehring dem Gericht zur bedingten Begnadigung.

2. Gegen den Angeklagten Lüders beantrage er wegen Untreue im Falle Schapp 3 Monate Gefängnis, ebenfalls wegen Bilanzfälschung und Urkundenbeiseitesetzung je drei Monate Gefängnis, wegen des Betruges durch Erschleichung der Tantieme eine Geldstrafe von 2000 Mark, wegen der Untreue zum Nachteil der PBL eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Die Gefängnisse für Lüders beantragte der Staatsanwalt auf eine Gesamtsstrafe von 1 Jahr Gefängnis zusammenzuziehen, daneben aber die Geldstrafe von 2000 Mark bestehen zu lassen, von einer Ehrenstrafe hat er trotz des gewissenlosen Verhaltens des Lüders abzuweichen, wohl aber beantragte er, ihm die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren abzuspreden.

3. Hinsichtlich der Angeklagten von Gydorf, von Karstedt und von Carlowich beantrage Dr. Zimmermann, wegen Betruges und Untreue zum Nachteil der Landesplandbriefanstalt und des Herrn von Zihemitz gegen jeden auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten zu erkennen, wegen Untreue zum Nachteil der Grundstücks-Gesellschaft auf 6 Monate Gefängnis. Diese Strafen seien zusammenzuziehen zu einer Gesamtsstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Bei dem Angeklagten v. Carlowich sei die erstellte Untersuchungshaft voll anzuerkennen. Die Verhandlung wurde dann auf Freitag früh 9 Uhr vertagt.

Bei den Wahlen zum kanadischen Unterhaus wurden 351 Abgeordnete gewählt. Davon sind Konservern 239, Liberale 216, Progressiven 69, Unabhängige 38 und Arbeiterpartei, einschließlich der Landarbeiter, 21. Vier Frauen sind gewählt.

Die internationale Zollkonferenz in Peking ist wegen der ungewissen politischen Lage auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die Katastrophe der Dolchstoßflügel.

Der Zusammenbruch halb eingestanden, ganz vollendet!

Nun hat der Münchener Dolchstoßprozeß, der zunächst nur eine recht unnütze Wiederholung eines alten Streits zu sein schien, doch seine Sensation und seine weitreichende Wirkung. Unter der Wucht der Aussagen unseres Genossen Landsberg, die unsere Leser an anderer Stelle finden, hat die Gegenseite — ein in der Prozeßgeschichte seltenes Ereignis — ihr Unrecht halb zugegeben. Es muß ein dramatischer Augenblick gewesen sein, als sich der Rechtsanwalt Cohnmann und der „Süddeutschen Monatshefte“, Graf Pestalozza, erhob, um zu erklären, der Vorwurf des Dolchstoßes richte sich in keiner Weise gegen die mehrheitssozialistische Partei, sondern ausschließlich gegen die frühere Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Das ist ein Rückzug aus der bisher mit allen Kräften verteidigten Hauptstellung in eine schlecht ausgebaute Reservestellung.

Den einstigen Mitgliedern der mehrheitssozialistischen Partei liegt gewiß nichts daran, von den nationalistischen Dolchstoßgebern ein Ehrenzeugnis zu erhalten und in Gegensatz zu ihren Parteigenossen gebracht zu werden, die von der U.S.P. kommen. Die Meinungsverschiedenheiten, die während des Krieges herrschten, sind bekannt, sie sind behoben. Darum kann in der ganzen Partei heute nur ein Gefühl der tiefen Genugtuung darüber herrschen, daß gestern in München eine der widerwärtigsten Geschichtslügen zum Zusammenbruch gekommen ist.

Unseren politischen Gegnern ist sehr wenig an der Behauptung gelegen, daß eine frühere Richtung in der deutschen Arbeiterbewegung und daß einzelne Mitglieder der heutigen Sozialdemokratischen Partei während des Krieges eine Haltung eingenommen haben, die von ihrem Standpunkt aus als „vaterlandsfeindlich“ erscheinen mag. Rein, ihre Behauptung ging dahin, daß die Sozialdemokraten schließlich während des Krieges eine landesväterische Haltung eingenommen und schließlich im November 1918 „dem siegreichen Heer den Dolch in den Rücken gestossen hätten.“

Ueber die nun eingetretene Wendung wird in München nicht geringes Staunen herrschen. Denn der Münchener Spieher wußte es eben bisher nicht anders, als daß gerade die Mehrheitssozialisten, daß vor allem Ebert und Scheidemann die schlimmsten Landesverräter gewesen wären. Und nun erfährt er, daß alles, was im Heinfeldzug gegen den verstorbenen Reichspräsidenten und den lebenden Parteiführer vorgebracht wurde, Lüge gewesen ist. Kein rechtlich denkender Mensch, mag er auf welchem Parteiboden immer stehen, wird sich des Gefühls erwehren können, daß hier schamloses Unrecht begangen worden, daß Verleumdung bis zum äußersten getrieben, daß ein Kampf mit vergifteten Waffen geführt worden ist.

Dafür liefert die Erklärung des Grafen Pestalozza den endgültigen, entscheidenden Beweis. Sie mag aus seinem Munde die Erklärung eines Ehrenmannes sein, der es ablehnt, sich mit einer bewußten Unwahrheit zu beschwören. Für die Richtung aber, zu deren Vertreter er sich in diesem Prozeß gemacht hat, ist sie das Geständnis ihrer skrupellosen Unwahrhaftigkeit und Ehrlosigkeit.

Man mag einigen veralteten Admiralen, nach ihrer eigenen Selbstschätzung „deutsche Männer, die sich um Politik nicht kümmern“, die eben nicht begriffen haben, was um sie her vorging, mildernde Umstände so viel man will zugute halten. Der Dolchstoßheze als einem parteipolitischen Geschäftsunternehmen und den findigen Unternehmern kommen diese mildernden Umstände nicht zugute. Sie sind durch die Erklärung ihres eigenen Anwalts im Münchener Dolchstoßprozeß abgetan und moralisch erledigt.

Aus den Aussagen des Genossen Kuttner vom Montag ist noch nachzutragen:

Genosse Kuttner gibt zunächst an, daß er bei Kriegsausbruch mit Hellmann und Roske zusammen Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ war. Hellmann und er stellten sich den Militärbehörden zur Verfügung. Der Zeuge Kuttner hat den musterrunden Militärarzt, der ihn für dienstuntauglich erklärt hatte, ihn für kriegsberwendungsfähig zu erklären. Die Sache wurde in Chemnitz bekannt und erregte um so mehr Aufsehen, als der damals an der „Chemnitzer Allgemeinen Zeitung“ tätige Reinhold Wulle einen Straßendemonstration zum Anlaß nahm, den Kriegsdienst zu verweigern. A. wurde mehrfach verwundet und Ende 1916 Redakteur des „Vorwärts“ sowie der „Sozialdemokratischen Volkspost“. In dieser Eigenschaft habe er Tausende von Zuschriften aller Truppengattungen erhalten, welche Klagen führten über Mißstände. Im Februar 1918 fand eine allgemeine Stimmungserhebung statt, bei der, soweit ihm bekannt sei, etwa 120 000 Briefe von Kriegsteilnehmern zurückgehalten und geöffnet wurden. Der positive Inhalt der Briefe an die „Sozialdemokratische Volkspost“ offenbarte eine wachsende Korruption in der Armee. Ein Briefschreiber hatte seine Beobachtungen damit zusammengefaßt: Die Stimmung der Soldaten war so, daß man ausbarren und durchhalten müsse bis zum Ende. Im übrigen wimmeln die Briefe von großen Schimpereien über Mißstände und von Beschwerden, die im einzelnen wohl übertrieben sein konnten, die aber doch in ihrer Hebereiherstimmung ein erschütterndes Bild von tatsächlich vorhandenen Mißständen gab. Der Zeuge geht dann an Hand von Zuschriften, die ihm als Redakteur des „Vorwärts“ aus der Front zugegangen waren, auf die Mißstimmung ein, die mit der steigenden Entbehrung die Ausübung der Kommandogewalt verursacht habe.

Ein jeder habe sich bemüht, auf Grund seines militärischen Postens persönliche Vorteile zu erlangen und sich ein direktes Wohlleben zu schaffen.

Aus Briefen habe er ferner den Eindruck gewonnen, daß es in den Stappen noch viel schlimmer gewesen sei als an der Front, und gerade dadurch, daß auch der Frontsoldat einmal in die Etappe kam, sei die Erbitterung über das Wohlleben in der Etappe noch gewachsen. In einem Artikel im „Vorwärts“ habe er einmal schwere Vorwürfe gegen das Offizierkorps erhoben. Er habe damit bezwecken wollen, daß man gegen ihn vor aller Öffentlichkeit gerichtlich einschreite, um ihn zum Antritt des Wahrheitsbeweises zu zwingen. Das Einschreiten gegen ihn sei aber abgelehnt worden mit der Begründung, man könne es dem Artikel-schreiber nicht verbieten, den Wahrheitsbeweis anzutreten, und das hätte dann in der Bevölkerung den größten Unwillen hervorgerufen. Ferner sei es den Soldaten nicht möglich gewesen, in den Kantinen Zuzufuhrung zu kaufen, da die Offiziere schon vorher auf Grund ihrer bedeutend höheren Löhne das Lager aufgekauft hatten. Auch über die Quartiere sei viel geklagt worden. Die Pioniere seien in erster Linie zu Infanterieunterstützung der Offizierquartiere benutzt worden. Ueber die Behandlung der Mannschaften durch das Offizierkorps sei ebenfalls schwere Klagen geführt worden, auch Mißhandlungen seien an der Tagesordnung gewesen. Auch

das von der Krone nicht gehaltene Wahlrechtsversprechen

habe sehr verstimmt gewirkt. Diese Mißstimmung sei auch von Politikern bestätigt worden, die heute in den Reihen der Rechten zu suchen seien. So hätten die Herren J. M. Wörth und Arthur Zidler während des Krieges und nach der Revolution diese Verhältnisse in Wort und Schrift veröffentlicht. Heute ständen sie aber auf Seiten der Rechten. Der Zeuge vermehrte sich dagegen, daß er beabsichtige, seine Aussage zu verallgemeinern. Sicher sei aber, daß die Mißstände mit jedem Kriegsjahre größer geworden seien. Sodann geht der Zeuge dazu über, darzulegen, wie in der Heimat die Wahrheit unterdrückt wurde. Als Journalist habe er Dinge erleben müssen, die ein besonderes Licht auf die Tätigkeit der Pressekonferenz werfe. So sei z. B. am 1. Mai 1917 in der Berliner Pressekonferenz mitgeteilt worden, daß die Meinung verbreitet worden wäre, England sei nicht mehr in der Lage, infolge des Birkens der U. Boote länger als zwei Monate auszuhalten. Auch sei in der Pressekonferenz der Presse der Rat gegeben worden, dahin zu wirken, daß das Eingreifen der Amerikaner in den Krieg nicht von entscheidendem Einfluß auf den Ausgang des Krieges sei. Auch über die Hoff der in Frankreich befindlichen Amerikaner sollte nach dem Wunsch der Pressekonferenz nur mitgeteilt werden, daß sich lediglich 10 Divisionen amerikanischer Truppen auf dem Festlande befänden.

Der Zeuge Kuttner erwähnt dann den Brief des ehemaligen deutschen Kronprinzen an Professor Jörn, in dem der Kronprinz erklärt, daß er nach der Marne-Schlacht schon den Krieg für verloren hielt.

Damals, als dieser Brief veröffentlicht wurde, sei dem Kronprinzen von der Reichspresse der Vorwurf gemacht worden, daß er sozusagen mit der Revolution gellebäugelt habe. Der journalistische Vertrauensmann des Kronprinzen habe die Herren von der Rechten darauf sehr deutlich daran erinnert, daß sie selber mit der Revolution paktiert hätten.

Der Zeuge verwies dann auf die Offiziersgeleise hinter der Front und gab schließlich noch eine eingehende Schilderung seiner Unterredung mit Admiral v. Trotha. Auf Grund eines Briefes, den ein Marineoffizier seinem Vater gefandt habe, habe er, Kuttner, einen Artikel im „Vorwärts“ geschrieben: „Wie es kam.“ Am 16. November sei auf Grund dieses Artikels Admiral v. Trotha zu ihm gekommen und habe erklärt, die Angaben in diesem Artikel seien vollständig unrichtig. Auf die Frage Kuttners, warum die Flotte am 23. Oktober ausgelassen sei, habe Trotha nur ausweichende Antworten gegeben, schließlich aber erklärt,

daß die Operation nur den Zweck haben sollte, den Rückzug der deutschen Armee in Flandern vom Wasser aus zu schützen. Eine Angriffsabsicht habe Trotha entschieden in Abrede gestellt, wenn sich aber die englische Flotte gerade gezeigt haben würde, wäre es nötig geworden, einen Angriff zu unternehmen.

Diese Erklärung sei denn auch im Rahmen eines großen Artikels im „Vorwärts“ enthalten. Das sei ungefähr das Gegenteil von dem, was Admiral v. Trotha und Herr v. Trotha heute behaupten.

Als Beweis dafür, daß auch die Regierung über den beabsichtigten Flottenvorstoß in Unkenntnis gehalten wurde, erklärte der Zeuge, daß der ehemalige Staatssekretär Scheidemann den Chefredakteur des „Vorwärts“ zu sich bat und ihm mitteilte, die Matrosen seien verückt geworden, sie bildeten sich ein, daß eine große Schlacht stattfinden würde; es sei aber von der Marinleitung verhindert worden, daß daran kein wahres Wort sei.

Der Chefredakteur habe damals auf Scheidemanns Veranlassung einen beruhigenden Artikel losgelassen. Der Flottenvorstoß sei ohne Kenntnis der Regierung geplant worden. Der Zeuge freilich dann noch die damaligen Verhandlungen bezüglich des Waffenstillstandes. Es sei von vornherein der große Fehler gewesen, die Verhandlungen auf einen Waffenstillstand statt auf Friedensverhandlungen abzuwickeln. Als dann General v. Ludendorff mit den Forderungen nicht durchgedrungen war, sei dann bei der Marine der Plan entstanden, nach einem Vorstoß in den Kanal die Reichsregierung zur Aufhebung der in der Schweiz befindlichen Waffenstillstandsverhandlungen zu zwingen. Der Zeuge erklärt hierzu, daß sich damals die Marinleitung in offener Auflehnung gegen die Reichsregierung befunden habe. Es sei die Marinleitung gewesen, die zuerst gemeuert habe, und diese Meuterei der Marinleitung sei dann auf die Befehle übergegangen. Das habe dann zu den Ereignissen der Oktober- und Novembertage geführt.

Der Bericht über den gestrigen Verhandlungsverlauf befindet sich in der Beilage. Da der Bericht in dem Teil, der über Eisner handelt, nur lückenhaft ist, lassen wir an dieser Stelle eine Ergänzung der Aussagen des Genossen Auer folgen. Auer führte aus, daß nach seiner Auffassung und nach seiner Kenntnis Eisner mit dem Gelde nicht das geringste zu tun hatte, zumal er während der Zeit ihrer angeblichen Herausgabe ja im Gefängnis gesessen hat. Die „Süddeutschen Monatshefte“ hätten stattdessen behauptet, daß diese 164 Millionen Eisner aus dem feindlichen Ausland zur Herbeiführung der Revolution erhalten und verwendet habe. Hier wies nun Dr. Hirschberg urkundlich nach, daß sich Cohnmann nicht nur einer objektiven, sondern auch einer subjektiven Geschichtsfälschung bewußt schuldig gemacht habe. Denn einmal hat Cohnmann wenige Tage vor Erscheinen seines Heftes in Zeitungen öffentlich aufgefodert, es möchten sich Leute melden, die diese Sache aufklären könnten, da sie bisher noch vollständig dunkel sei, und weiterhin habe er einige Monate nach Erscheinen dieses Heftes in einem Briefwechsel angegeben, daß eine Aufklärung über die in den Akten des Ministeriums befindliche Aufklärung noch in gar keiner Weise erfolgt sei. Trotz dieser Kenntnis hat Cohnmann aber im zweiten Dolchstoßheft die schweren Anklagen gegen Eisner bewußt wahrheitswidrig erhoben.

Gegenüber diesem widerstreitenden Beweis der Geschichtsfälschung hatte Cohnmann in seiner Vermittlung kein Wort der Erwiderung. Mit dieser zweiten schweren Niederlage für die Dolchstoßflügel ist die Demoralisierung.

Die „Volksstimme“ berichtet über die Schlussbemerkungen des Genossen Auer nach folgenden Ausführungen: „Wo waren denn am 7. und 8. November 1918 diejenigen, die jetzt Dolchstoß rufen? Den alten König und seine schwermütige Frau hat in München niemand in die Wohnung anzunehmen gewagt, und so schickten sie ihn nachts im Kraftwagen fort, wo er in den Graben fiel, so daß ein Bauer mit einer Kuh kommen mußte, um den Wagen wieder aufzurichten. Ein Schlossherr bei Landshut aber erklärte, die Passanten müßten weiter fahren, er könne sie nicht aufnehmen.“

Entwaffnung und Kölnräumung.

Veratung in Paris.

Paris, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorkonferenz tagte Dienstag vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz Jules Cambons etwa zwei Stunden. Marshall Foch nahm an dieser Sitzung teil. Man beschäftigte sich mit der deutschen Entwaffnungsnote vom 22. Oktober und beschloß, das Internationalisierte Militärkomitee zu erziehen, einen Bericht zu erstatten. Die Vorkonferenz ist außerdem zur Verabredung der Maßnahmen geschritten, die zu ergreifen sind, sobald die Räumung der Kölner Zone durch die alliierten Regierungen festgelegt sein wird. Es wurde dabei insbesondere die neue Verteilung der Truppen im besetzten Gebiet erörtert.

Das Schlichtungswesen in Mißkredit.

Stellungnahme der Berliner A.D.B., A.F.A. und A.D.B.-Vertreter.

Am Montag abend war im Gewerkschaftshaus die erste gemeinsame Vertreterversammlung der Ortsausschüsse des A.D.B., des A.F.A.-Bundes und des A.D.B. Clemens Rörpel vom A.D.B. hielt einen Vortrag über „Die Lohn- und Gehaltspolitik der Behörden und des Unternehmertums“. Er führte etwa folgendes aus: Die Politik der regierenden Parteien war besonders in diesem Jahre ein Feldzug gegen die arbeitenden Klassen, in dessen Verlauf sich die Schlichtungsbehörden meist als Verbündete des Unternehmertums zeigten. Die Uebereinstimmung des Reichsarbeitsministeriums mit den Unternehmern in Lohn- und sozialpolitischen Dingen liegt klar zutage; die bekannte Ktennotiz hat diese Uebereinstimmung blühend beleuchtet. Die gemündeten Erklärungen des Reichsarbeitsministers und des Herrn Dr. Sichter auf diese Ktennotiz sind keine Entkräftigung, sondern eine Bestätigung der Richtigkeit ihres Inhalts.

Die Ablehnung der Beamtenforderungen, die Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen in den Streitigkeiten der Berliner Werksarbeiter, der Bergarbeiter in Schlesien, der verschiedenen Textilarbeitergruppen und jetzt der chemischen Industrie im Frankfurter Bezirk zeigen nur zu deutlich, wie stark die

Uebereinstimmung der Regierung, Schlichtungsbehörden und Unternehmer

ist. Durch diese Angelegenheit ist auch der § 7 der Schlichtungsordnung betreffend Schlichterbesprechungen beim Reichsarbeitsministerium und der darauf folgenden Information der Schlichtungsausschüsse durch die Schlichter einer breiteren Masse als bisher bekannt geworden. Ueber die Auswirkungen dieser Informationen auf die Schlichter und Schlichtungsverhandlungen hat sich in den Kreisen der Gewerkschaften nur eine Meinung gebildet, die allerdings dem Schlichtungsgedanken nicht zuträglich ist. Die Praxis der Schlichtungsausschüsse hat sich ja auch so ausgewirkt, daß wir in Deutschland kein Schlichtungswesen, sondern

einen behördlichen Lohnfestsetzungsapparat

haben. Durch die Verbindlichkeitserklärungen wird weiter das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten stark einge-

schnürt und Zwangstarife geschaffen, die letzten den schwachen Arbeiterschichten zum Vorteil gereichen. Reist wird für schwach organisierte Arbeitnehmergruppen eine Verbindlichkeitsklärung nicht ausgesprochen, während sie über den kampffähigen Organisationen wie ein Damoklesschwert schwebt. Neuerdings gehen auch die Unternehmer dazu über, Zwangstarife nicht anzuerkennen oder die Richtigkeitsklage gegen sie zu erheben. Da diese Entscheidungen bis ans Reichsgericht gehen und bis zu 2 Jahren dauern, hat die Arbeiterschaft auch bei solchen Zwangstarifen keinen augenblicklichen Rechtsanspruch auf seine Durchführung. Angesichts all dieser Tatsachen müssen die Gewerkschaften wieder dazu übergehen

die Schlichtungsinstanzen möglichst wenig zu beanspruchen.

Die Unternehmer müssen wie in der Vorkriegszeit gezwungen werden, in freie Verhandlungen zu treten und sich nicht hinter den Schlichtungsinstanzen verstecken. Es muß wieder das freie Spiel der Kräfte eintreten. Gewiß kann das nicht von heute auf morgen geschehen. Von den 24 Millionen Arbeitern Deutschlands sind erst etwa 7 Millionen gewerkschaftlich (nicht nur freigewerkschaftlich) organisiert. Die restlichen Arbeiter müssen für die Organisationen gewonnen werden, damit den Forderungen der Gewerkschaften Nachdruck verliehen werden kann. Doch auch schon heute können die Gewerkschaften, die über eine absolut gute Organisation verfügen, von den Schlichtungsausschüssen abrücken und die Unternehmer an den Verhandlungstisch zwingen.

So wie bisher kann es nicht weitergehen.

Dem durch den ewigen Gang zum Schlichtungsausschuss wird der Gedanke des Klassenkampfes in den Arbeitnehmern erlöst.

Rachdem Steffelbauer vom A.D.B. die Lage der Beamten besuchte und das Zusammenarbeiten der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen mit dem A.D.B. als zwingende Notwendigkeit betont hatte, sprachen in der Diskussion noch einige Verbandsvertreter. Sie alle unterstrichen die Ausführungen des Referenten und brachten zum Ausdruck, daß sie alles daran setzen werden, die Anregungen des Referenten zur Geltung zu bringen.

Die Feststellungen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes haben nimmere mit Bestimmtheit ergeben, daß die vom Bezirksamt ausdrücklich zum Zwecke der Lohnzahlung gegebenen Gelder, für andere Zwecke verwendet worden sind.

Die Organisation der Arbeiter hat die Leitung des Vereins Jugendheim e. V. nicht im Klaren gelassen, daß, wenn die rückständigen Löhne nicht in ganz kurzer Frist gezahlt sind, sich die Gerichte mit der Angelegenheit zu befassen haben werden.

Das Bezirksamt Charlottenburg aber mühte aus diesen Vorkommnissen den Schluß ziehen, daß der Verein Jugendheim e. V. nicht geeignet erscheint, Aufgaben zu erfüllen, die der Stadtverwaltung zufallen. Es muß die Volksspeisung selbst in die Hand nehmen.

Sonderunterstützung für arbeitslose Tabakarbeiter.

Artikel III des Gesetzes über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer vom 10. August d. J. enthält Bestimmungen zugunsten der Hausgewerbetreibenden, der Angestellten und Arbeiter, die infolge dieses Gesetzes in der Zeit bis zum Inkrafttreten eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes nachweislich arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden. Diese Sondermaßnahme darf, laut Antiklimm Preussischen Pressedienst, nur den Tabakarbeitern zugute kommen, deren Erwerbslosigkeit ursächlich auf die Erhöhung der Tabaksteuer durch obiges Gesetz zurückzuführen ist.

Was geht in den Deutschen Kraftfahrzeugwerken vor?

Zu der von uns in der Nr. 496 am 20. Oktober gebrachten Pressenotiz wird uns vom Zentralverband der Angestellten im Auftrage aller A.F.A.-Verbände mitgeteilt, daß diese nimmere infolge der bewussten Verhöhnung gegen die gesetzlichen Bestimmungen das Reichsarbeitsministerium angerufen haben.

Sobald ein Ergebnis vorliegen sollte, werden wir den Angestelltenrat hierin in Kenntnis setzen und die Anlegung einer Betriebsversammlung zur Berichterstattung veranlassen.

Starke Anwachsen der Arbeitslosen.

In der Zeit von Anfang bis Mitte Oktober ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 266 000 auf 298 000, d. h. um rund 12 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 244 000 auf 272 000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 22 000 auf 26 000 erhöht. Die Zahl der Zuschüsseempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 325 000 auf 358 000 gestiegen.

Ein Heberläufer.

Unter Bezugnahme auf die Notiz in Nr. 502 des „Vorwärts“ vom 23. Oktober schied uns das Vorstandsmitglied des Allgemeinen Verbandes der Versicherungsangestellten von Tein eine Erwiderung, in der er bestritt, daß ihm finanzielle Vorteile zum Uebertritt bestimmt hätten. Er bestritt weiter, vor der von ihm ausgesprochenen Kündigung mit dem A.D.B. verhandelt zu haben. Ein ihm vor Monaten gemachtes Angebot habe er damals ohne weiteres abgelehnt. Erst als feststand, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem A.D.B. nicht mehr in Frage käme, habe er auf das Angebot des A.D.B. zurückgegriffen. Der A.D.B. habe sich ein abfälliges Urteil über seine Leistungsfähigkeit erst nach seinem Ausscheiden gebildet. Der Grund seines Ausscheidens aus dem A.D.B. sei die Weigerung, den im Jahre 1919 abgeschlossenen Vereinbarungsvertrag mit dem Verband der deutschen Versicherungsbeamten als noch zu Recht bestehend anzuerkennen. Als ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender des A.D.B. habe er nicht seine Hand dazu bieten können, daß die Sonderrechte der Versicherungsangestellten beseitigt würden. Da der A.D.B. eine freie Gewerkschaft sei, liege auch kein Gefälligkeitsbescheid vor.

Wie wollen zu dieser Erklärung nur einige kurze Bemerkungen machen. Ob der A.D.B. eine freie Gewerkschaft ist, wollen wir hier nicht unterfragen. Jedenfalls ist er eine Spalterorganisation und führt somit zur Schwächung der Angestellten. I. war, wie er selbst schreibt, fünf Jahre Reichsstadtratspräsident der Versicherungsangestellten im A.D.B. Als solcher wohnte er allen Vorstandssitzungen bei und hatte in allen Fragen, die die Versicherungsangestellten betreffen, auch das Stimmrecht. Während dieser fünf Jahre hat I. nicht bemerkt, daß der A.D.B. seine Verpflichtung den Versicherungsangestellten gegenüber nicht nachkomme, oder daß gar, wie er jetzt behauptet, ein Zusammenarbeiten nicht möglich sei. Wie wir uns aus dem Protokoll der letzten Vorstandssitzung des A.D.B., an der I. teilgenommen hat, überzeugen konnten, trifft es auch nicht zu, daß sich der Vorstand des A.D.B. erst nach dem Uebertritt von I. ein abfälliges Urteil über dessen Leistungsfähigkeit gebildet habe. Mit diesen Feststellungen ist die Diskussion für uns geschlossen.

Metall-Schiedspruch für Hagen unannehmbar.

Hagen, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die am 19. Oktober gefällten Schiedsprüche für die Hagen-Schmelzer Metallindustrie sind vom Christlichen Metallarbeiterverband abgelehnt worden. Die anderen Organisationen dürften sich dem anschließen.

Der Textilarbeiterkampf in Köln a. Rh.

Köln, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kampf der Kölner Textilarbeiter dauert mit unverminderter Schärfe an. Vermittlungsversuche des Schlichters führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber zeigen sich halsstarrig. In einem Teil der Betriebe wollen sie über die alten Löhne nicht hinausgehen, in anderen aber lediglich eine Lohnerhöhung von 1, 2 und 3 Pfennig gewähren. Dieses geringfügige Angebot fand natürlich bei den Gewerkschaften kein Verständnis. Die Verhandlungen zerfielen sich. Die Textilarbeiter kämpfen in bester Stimmung weiter.

Deutsche Studienkommission in England.

London, 27. Oktober. (A.F.A.) Gegenwärtig hält sich hier eine deutsche Studienkommission auf, um sich über die Arbeitslosenversicherung in England zu informieren. Sie besteht aus Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aller Richtungen. Die Kommission wird im Laufe der nächsten Tage eine Reihe von Arbeitsnachweisen in der englischen Provinz besichtigen, wobei sie von einem Beamten des englischen Arbeitsministeriums begleitet sein wird.

Textilarbeiterverband, Bezirk X. Am Freitag, den 26. Oktober, abends 7 Uhr, im Klubhaus, Obstr. 2, allgemeine Vertreterversammlung der Metallindustrie, Arbeiter oder Beruflicher Oberbau.

Köln, Eisenbahner des Einzelarbeitersverbandes der Eisenbahnen Deutschlands, Ortsgruppe Berlin. Die nächste Versammlung für den Bezirk, in der der Genosse Schiller teilnimmt, findet heute abend 7 Uhr im Wilmersdorfer Klubhaus statt. Die Funktionäre werden ersucht, sämtliche Mitglieder zu informieren. Die Ortsverwaltung.

Bericht: Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Götter; Reichsarbeitsministerium: Fritz Götter; Angestellte: H. Götter; Journalik: Berlin; Berichter: Sozialdemokratisches Büro, Berlin; Druck: Sozialdemokratisches Büro, Berlin; Verlagsanstalt: Carl Singer & Co., Berlin; Vertrieb: Friedrichstraße 2, Straß 2, Vellagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Die Ausbeutungsmethoden der Reichsbahn.

Sie sind unerträglich geworden.

Uns wird geschrieben: Wir müssen uns immer wieder mit den Ausbeutungsmethoden, der unsozialen Behandlung, Richtelhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und sozialhygienischen Einrichtungen der Reichsbahngesellschaft gegenüber ihrem Personal beschäftigen. Fortwährendes Experimentieren nach völlig falschen Gesichtspunkten der sogenannten wissenschaftlichen Betriebsführung hat, wie vorausgesetzt, vielfach zur Betriebsanarchie geführt. Dies trifft insbesondere auf die Güterböden, Abfertigungen und Umladehallen der Reichsbahn Groß-Berlins zu. Jegliche Organisation der Arbeit ist den verantwortlichen Instanzen und auch den aufsichtsführenden Beamten fremd. Unter letzteren befinden sich vielfach zweifelhaftes Elemente aus dem nationalsozialistischen Lager.

Die im letzten Halbjahr zum Prinzip erhobene Steigerung des Tonnenfalls neben einer völlig unzureichenden Entlastung hat große Unzufriedenheit unter den Güterbödenarbeitern und auch unter den Bahnunterhaltungsarbeitern ausgelöst. Unter ständigen Gefahren von Leben und Gesundheit erfüllen die Güterbödenarbeiter ihre schwere Arbeit. Die Umladehallen befinden sich in einem trostlosen Zustande. Desgleichen geht die Feuerzettelabgabe auf ungedeckten Rampen vor sich. Die Hilfsmittel zum Bewegen der Güter, z. B. Karren, Brücken usw. sind nicht nur in ungenügender Zahl vorhanden, sondern in völlig gebrauchsunfähigem Zustande. Die Frachtkontrollen werden nur der Form nach durchgeführt (Anhalter Bahnhof, Potsdamer Bahnhof und Hamburger-Lehrter Bahnhof), d. h. die Briefe werden nicht mehr abgelesen. Fehlbildungen, Gewichtsdifferenzen usw. sind die Folgen, für die nur die Arbeiter verantwortlich gemacht werden. Hauskuchungen über Hauskuchungen sind statt, denn kein anderer als der Arbeiter kann nach der Meinung der Verwaltung als Spitzhube in Frage kommen. Die Güterböden selbst charakterisieren die Auswirkung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Speicher des Anhalter Bahnhofs sind seit Monaten verstopft, weil der Potsdamer Güterbahnhof zeitweilig ganz stillgelegt ist.

Hinzu kommt die

Auswirkung des widersinnigen Personalabbaues.

Zum „zeitweiligen Ausgleich“ hat man auf dem Stettiner Güterbahnhof 16- bis 17-jährige Burschen, auf dem Anhalter Bahnhof Studenten usw. eingestellt. Der Zweck ist die Organisation einer Streikbrechertruppe neben Teno, Bahnhüter und Personalbetriebshilfe. Hierfür ist also genügend Geld vorhanden.

Die Speicheranlagen des Anhalter Bahnhofs waren vor Schmutz, Ratten und sonstigen Ungeziefer beherbergt worden. Die Unterkunftsräume des Personals sind mit einem Kuhstall zu vergleichen. Die Beleuchtung ist derartig mangelhaft, daß Gut und Personal dauernd in Gefahr stehen, ernsthaft Schaden zu erleiden. Vielfach fehlen Verbandstafeln und Waschgelegenheiten! Die unbedingt erforderlichen Sitzgelegenheiten für das zur Frachtkontrollen vorgesehene Personal sind für genommen! Der Kassenhof, Demuzierern usw. sind die Nebenerscheinungen, wie sie sich leider auch vielfach unter einer besonderen Gattung der Beamenschaft mehr und mehr herausbilden. Unter diesem Druck sind nimmere die Güterbödenarbeiter am Ende ihrer Kraft angelangt, und es ist nicht nur verständlich, sondern völlig berechtigt, nimmere genau nach der von der Eisenbahnverwaltung herausgegebenen Unordnung, d. h.

genau nach Vorschrift zu arbeiten,

um der sofortigen Entlassung oder hohen Geldstrafen zu entgehen. Dies trifft auch für die Beamten zu. Eine Ausnahme macht der Obersekretär Haase. Unter Androhung hoher Geldstrafen resp. Entlassung bestimmt dieser Deutschlandspitze, daß die Rollkuffler der Expeditionsfirma Jakob u. Vallentin die Güter selbst vom Speicher herunternehmen. Nach der Amtsblattverfügung im Stück 87 müßte dieser Beamte freilos entlassen werden. Was sagt das zuständige Amt, resp. die Direktion dazu?

Zu diesen bahnbrechenden Zuständen haben die im Verkehrsband organisierten Expeditionsarbeiter kürzlich Stellung genommen und den Güterbödenarbeitern ihre volle Solidarität zugesagt.

Die Eisenbahner wollen nicht mehr und nicht weniger als eine zeitgemäße Arbeitszeit, anständigen Lohn, menschenwürdige Behandlung

und volle Durchführung der Unfallvorschriften. Dies verlangt auch das Rangierpersonal.

Darum Eisenbahner, Arbeiter und Beamte, rafft Euch auf und werdet genau so hart wie die Verwaltung, und schließt Euch möglichst schnell in der führenden Organisation, dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands zusammen.

Neue Verhandlungen im Kohlenarbeiterstreik.

Der Verband der Berliner Kohlenrohthändler bemüht sich, den Kampf nach berühmten Mustern zu führen. Er hat an seine Mitglieder unterm 26. Oktober ein Rundschreiben gerichtet, in dem es heißt:

Jedes Mitglied, welches höhere Löhne, als der Lohnstarif Teil II, Nachtrag F. vorsieht, bewilligt, oder während des Streiks Lieferungen an Verbraucher ausführt, welche von einem zurzeit bestreikten Händler ausgeführt wurden, wird in Strafe genommen. Die Strafe soll 100 Rentenmark je Arbeitstag und Kopf der Belegschaft betragen.“ Das hindert allerdings nicht, daß die Anzahl der Firmen, die die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, täglich steigt. Gegenwärtig haben bereits 32 Firmen die Forderungen bewilligt. Vielleicht lagern sich die Mitglieder, daß ihnen die angeordnete Konventionalstrafe nicht weiter gefährlich werden kann, da sie auf Rentenmark lauten und die Währung des Deutschen Reiches, was den Herren vom Verband Berliner Kohlenrohthändler offenbar noch unbekannt ist, die Reichsmark ist. Da außerdem die Berliner Brennstoffgesellschaft die Sätze des Schiedspruchs bewilligt hat, arbeiten bereits ein Drittel der Kohlenarbeiter zu den neuen Bedingungen. Argend eine Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen besteht also nicht. Es dürfte sich nur noch um eine Frage von Tagen handeln, bis der Streik sozusagen sein natürliches Ende gefunden haben wird.

Der stellvertretende Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat, wie uns mitgeteilt wird, nimmere beide Parteien für heute zu neuen Verhandlungen geladen. Er will den Versuch machen, den Kampf so rasch wie möglich zu beenden.

Schiedspruch für das Schuhmachergewerbe.

Die in den Betrieben der Mitglieder der Berliner Schuhmachereinnungen beschäftigten Arbeiter fordern Ende August eine Lohnenerhöhung um 10 Pf. pro Stunde. Die Innungen lehnten eine Lohnzulage ab. Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin fällt am 19. Oktober einen Schiedspruch, wonach die bisherigen Tariflöhne vom 19. Oktober ab um 8 Proz. erhöht werden. Das Abkommen soll bis zum 31. März 1926 gelten.

Die Urabstimmung bei Volle.

Bekanntlich ist auf Beschluß der Funktionäre über den letzten Schiedspruch für die Meierei Volle eine Urabstimmung der Belegschaft vorgenommen worden. Die Abstimmung ergab zwar mit erheblicher Mehrheit die Ablehnung des Schiedspruchs; da jedoch die statutenmäßige Dreiviertelmehrheit nicht ganz erreicht wurde, gilt praktisch der Schiedspruch als angenommen.

Da andererseits die Firma Volle den Schiedspruch abgelehnt hat, ist nimmere vom Deutschen Verkehrsband die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt worden. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, dann wäre allerdings ein offener Kampf zu befürchten.

Lohnwirtschaft in der Volksspeisung Charlottenburg.

Während in allen übrigen Bezirken Groß-Berlins die Volksspeisung von der Stadtverwaltung betrieben wird, hat man sie in Charlottenburg einem privaten „Wohlfahrtsunternehmen“, dem Verein Jugendheim e. V., Goethestr. 22, übertragen. Dieser Verein, der auch den „Hausfrauenverein Charlottenburg“ in sich schließt und dessen Vorstand aus Damen der „Gemeinschaft“ besteht, erhält vom Bezirksamt Charlottenburg zu den Löhnen der Arbeiter der Volksspeisung ganz erhebliche Zuschüsse. Trotzdem erhalten diese Arbeiter seit etwa drei Monaten nur Teilbeträge ihres Lohnes ausgezahlt, der ohnedies bescheiden niedrig ist.

Stillende Mütter trinkt Kaffee Hag

Kaffee Hag-Proberstube
Berlin, Kurfürstendamm 26a

denn er ist frei vom Nervengift Coffein!



Eine schwarze Biene auf goldenem Grunde grüßte vor einiger Zeit von Blakaten und Anschlagläuten. Ihr Saugrüssel war auf eine unlichtbare Nahrung gefaßt, ihr Stachel hing, stets kampfbereit, lotrecht herunter, ihre drei Beinpaare sind zu einem lateinischen „M“ umgestaltet. Sie sollte zur Zuckerausstellung in Magdeburg einfliegen und uns schon im Bilde an den innigen Zusammenhang erinnern, den die fleißige Arbeit der Biene und der menschliche Zuckergenuß von jeher miteinander gehabt haben.

Steigender Zuckergenuß.

Die verschiedenen Zuckerarten sind durchweg für den Aufbau und die Erhaltung unseres Körpers von großer Wichtigkeit. Auch der Umstand, daß der Verbrauch seit dem Ende der Zwangswirtschaft und besonders seit dem Anfang des vorigen Jahres, also seit der Stahlschmelzung, in steter Kurve ansteigt, beweist, daß ein ungeheures Verlangen nach diesem wichtigen Stoffe vorhanden ist. Glücklicherweise sind auch die Preise für den Zucker allmählich langsam heruntergegangen, so daß sie nicht wesentlich über den Friedenspreisen liegen. Nach dem großen und fühlbaren Mangel, den der Krieg und seine Folgezeit mit sich gebracht hatten, ist es freudig zu begrüßen, daß hier eine, wenn auch geringe, Besserung eingetreten ist. Der Zucker ist für den Menschen zu einem unentbehrlichen Nahrungs- und Genußmittel geworden. Wir wissen, daß schon frühzeitig in der Geschichte der Menschheit Zucker genossen wurde, indem die natürlich vorkommenden, nicht bearbeiteten Formen, also der Honig verschiedener Insekten oder zuckerhaltige Pflanzen gegessen wurden. So war z. B. in Indien das Zuckerrohr eine uralte Kulturpflanze. Und sprachlich ist es interessant, zu wissen, daß das Sanskritwort „sarkara“ die Wurzel für die Bezeichnung des Zuckers in vielen anderen Sprachen geliefert hat. Dafür dienen uns das lateinische „saccharum“, das arabische „sukkar“ und unser deutsches „Zucker“ als gute Beispiele. — Der Zucker, den wir gewöhnlich zu uns nehmen, wird jetzt aus der Rübe hergestellt, seitdem man entdeckt hatte, daß diese sich bei weitem billiger verarbeitet läßt, als das tropische Zuckerrohr. Vergessen dürfen wir aber nicht, daß in chemischer Beziehung Rohrzucker und Rübenzucker genau dieselben Stoffe sind. Sie gehören zu der großen Gruppe der Kohlehydrate, die auf dem Gebiete der Ernährung von so ungeheurer Wichtigkeit sind, da die pflanzlichen Nahrungsmittel überwiegend aus ihnen

bestehen. Die Kohlehydrate gliedern sich in mehrere Arten, die durch ihren Aufbau voneinander verschieden sind. Die kompliziertesten von ihnen sind die Stärke, das Dextrin, das Glykogen und die Zellulose. Die weniger verwickelt gebauten Arten sind der Rohrzucker und Rübenzucker, kurzweg Zucker genannt, ferner der Milchzucker und der Malzzucker, während von den einfachsten Zuckerarten der Fruchtzucker und der Traubenzucker von Wichtigkeit sind.

Kohlehydrate als Nahrung.

Sollen uns diese Kohlehydrate als Nahrungsmittel dienen, so müssen die meisten von ihnen erst durch die Verdauung zur Verwendung im Organismus vorbereitet werden. Dafür besitzt der Körper ganz bestimmte Stoffe, die sogenannten Fermente, die eine Zerlegung der kompliziertesten Kohlehydrate in einfache Zuckerarten vornehmen. Die Zellulose, die wir mit allen pflanzlichen Speisen zu uns nehmen, da sie die Zellwände und die Fasern bildet, können wir nur zum kleinsten Teil verdauen, und zwar nur bei jungen Gemüsen, wo sie noch dünn und zart ist und daher unter Mitwirkung der im Darm vorhandenen Bakterien teilweise zur Auflösung gebracht werden kann. Im übrigen muß durch Kochen oder durch eine andere Zubereitungsart vorher eine Zerkleinerung der Zellwände bewirkt werden, damit die Verdauungssäfte zu den im Innern befindlichen Stoffen Zutritt finden können. Die meisten Kohlehydrate nehmen wir in der Form von Stärke zu uns, und zwar als Mehl, Grieß, Graupen, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Rüben oder dergleichen. Bei der Zerkleinerung der Speisen im Munde wird zu gleicher Zeit eine Durchdringung mit Speichel vorgenommen. Das im Speichel vorhandene Ferment zerlegt nun die Stärke in Dextrin und Traubenzucker, wobei es selbst aber keine Veränderung erfährt. Auch im Magen wirkt das mit dem verschluckten Speisefaser vermengte Speichelferment noch weiterhin ein, und es findet auch dort noch ein Abbau statt. Weiter schreitet aber der Verdauungsprozess erst im Dünndarm, wo nimmere das im Saft der Bauchspeicheldrüse vorhandene Ferment seine Wirksamkeit entfaltet und die Stärke und das Dextrin zu Malzzucker verwendet. Da aber auch dieser noch nicht zur Aufnahme in den Organismus geeignet ist, muß noch einmal eine Veränderung eintreten. Diese besorgt ein drittes Ferment, nämlich das der Dünndrüsen, indem es den Malzzucker in den chemisch verhältnismäßig einfach gebauten Traubenzucker verwandelt. Dieser besitzt nun die Fähigkeit, durch die Darm-

wand hindurchtreten zu können, und er wird nunmehr auf dem Wege der Blutbahn dem Gesamtorganismus zugeführt. Jetzt kann der Körper ihn für seinen Stoffwechsel chemisch weiter verwerten. Dies geschieht, indem der Traubenzucker entweder im Verbrennungsprozess der Lungen unter Wärmeerzeugung zu Kohlendioxid ver wandelt und mit der Atmungsluft ausgeschieden wird, oder indem er den arbeitenden Geweben des Körpers zur Ernährung ihrer Zellen zugeführt wird, oder indem er endlich nach erfolgter Umwandlung zu tierischer Stärke, dem sogenannten Glykogen, an bestimmten Stapelplätzen, nämlich in der Leber und den Muskeln, aufbewahrt wird.

Einen Teil unseres Zuckerverbrauchs nehmen wir nun aber nicht in der Form der komplizierten Kohlehydrate, sondern als Rohrzucker oder Rübenzucker zu uns, indem wir Kuchen oder andere



Aus der zuckerlosen Zeit.

Süßspeisen oder gezuckerte Getränke verzehren. Auch dieser gewöhnliche Zucker ist nicht ohne weiteres für die Verwendung im Organismus geeignet, und es muß auch hier erst durch die Einwirkung der Verdauungsfermente eine Umwandlung in einfache Zuckerarten erfolgen. Ganz ähnlich liegt es bei dem Milchzucker, welcher mit der Mutter- oder mit der Kuhmilch in unseren Körper gelangt, und ebenso mit dem Fruchtzucker, welchen wir mit Obst, Honig und Marmelade zu uns nehmen. Diese letzten beiden treten aber in Menge und Bedeutung für die Ernährung den anderen Kohlehydraten gegenüber zurück.

Ganz verschieden von allen Zuckerarten sind dagegen in ihrem Aufbau die künstlichen Süßstoffe, von denen das Saccharin das bekannteste ist. Sie haben allerdings für die Ernährung des Körpers keine Bedeutung und dienen lediglich zur Geschmacksverbesserung. Das Saccharin hat uns in den Zeiten des Mangels als Ersatzmittel für den fehlenden Zucker dienen müssen. In den üblichen Mengen hat es sich als durchaus un-

Die Passion.

Roman von Clara Diebig.

Es war hart für sie gewesen, als man schon den zehnjährigen weggeben mußte. Aber es ging doch nicht an, daß er noch länger zu Wilkowski in die Dorfschule ging, wo die Jungen sich prügelten, und Knaben und Mädchen zusammen auf einer Bank saßen. Und mit den Gouvernanten war erst recht nichts gewesen. Die Frau runzelte die Stirn, wenn sie an diese Erfahrungen dachte. Die eine gab sich mit dem Inspektor ab, die andere sogar mit dem Pferdewechter, die dritte kokettierte mit dem Hausherrn, der doch auch nicht unempänglich war, und in die vierte, kaum zu glauben, verliebte sich der dumme kleine zehnjährige schon. Da hatte man ihn denn in die Kreisstadt geben müssen. Es ging allen Eltern auf dem Lande nicht besser: wenn die Söhne etwas werden sollen, nicht bloß Stoppelhopper, dann muß man sie früh von Hause tun.

Die Frau sah auf ihre blaugedrehten, feinen Hände nieder und seufzte: auch für sie war das Landleben nicht ohne Schwierigkeiten gewesen. Eine Städlerin sollte nicht aufs Land heiraten. Die Stadt, die Stadt, nach der beehlt man immer die Sehnsucht; man hatte mehr Fühlung für die. Oh, wie angenehm waren ihre Jugendjahre in der Stadt Polen gewesen! Auf ihrem ersten Ball, als ihre Jugend und ihre Schönheit bewundert wurden, da hätte sie es sich nicht träumen lassen, daß sie einmal einen anderen Mann als einen aus ihren Kreisen — studiert, hochgebildet — heiraten würde. Aber die Jahre waren vergangen, Vermögen war nicht da, so hatte sie denn doch den Besitzer von Bukowicz genommen, den sie bei einer Freundin, die an einen Landpfarrer verheiratet war, kennen gelernt hatte. Nun war es aus mit der schönen Osefshaleit, mit Theater und Konzerten. Aber wenn Manfred erst in Berlin war — nach Berlin mußte er auf alle Fälle, dort studieren — dann würde sie ja alles wieder haben, durch ihn mitgenießen. Wie schön!

Traumverloren lächelnd sah die Frau durch die gelbe Scheibe — da lag der verwilderte Garten, nicht mehr tot, nicht mehr grau, er lag im goldensten Sonnenglanz.

Aber der Mann fuhr jetzt durch einen grauen Tag. Er raffelte durch Dorf Bukowicz, daß an der Straße spielende Kinder aufschreien, und im verstreuten Mist scharrende Hühner aufgedernd in die Haustüren flüchteten. Nun war seine Feldmark zu Ende, und die von Groß-Bukowicz — Bukowicz

stand am Meilenstein, denn da sah ein polnischer Herr — begann. Gute Felder, viel ertragsfähiger als die feinen. Er warf einen zerstreuten Blick nach rechts und links. Das, was er sonst mit einer gewissen Unruhe betrachtet hätte und mit einem leisen Schmerz — war ihm etwa der Nachbar schon vor mit der Bestellung? — das ließ ihn heute kalt. Seine Gedanken waren schon ganz in der Kreisstadt. Was würde er da zu hören bekommen? Nichts Angenehmes. Er kannte solche Fahrten. Jedesmal hatte es damit geendet, daß er den Jungen in eine andere Pension steckte. War denn immer die Pension schuld gewesen? Zum Teil ja. In der einen hatte man die Butter, die Eier, die Kartoffeln, die Hammelkeulen, die er regelmäßig schickte, sich zu Gemüte geführt und den Jungen hungern lassen. In der anderen hatte niemand Zeit, sich um ihn zu kümmern, der Mann ging seinem Verufe nach, die Frau hatte einen Haufen kleiner Kinder. In einer dritten waren keine Kinder und die Frau war Witwe, aber die Frau war noch nicht alt, sie fühlte wenigstens noch ganz jung. Und in einer vierten war es schmutzig, Maloine war außer sich gewesen über die verwahrloste Stube — und so Pension auf Pension. Man hatte es wie ein Glück begrüßt, daß Wilkowski, der lange Jahre die Dorfschule geleitet, und dessen tadellose Moralität man so genau kannte, sich pensionieren ließ. Er verzog in die Kreisstadt, der Tochter wegen, die sich ausbilden sollte im Schneidern. Wenn auch die alte Wilkowski tot war, die Tochter ersetzte die Hausfrau, es ging ordentlich zu da. Und nun war es auch da wieder nichts! Denn wie durfte Wilkowski es wagen, daß der Bengel sich herumtrieb?! Keinen Hausschlüssel geben, ihn aussperren, wenn er nicht beizeiten da war, das hätte Wilkowski tun müssen. Aber der war eben schon alt und trotzig, ließ nach dem Tode seiner Frau zu viel in die Messe und beichtete alle noselang, wo er doch gewiß nichts Sündhaftes zu beichten hatte. Ob die Tochter auch so fromm war, wie der Alte? Sicher. Er erinnerte sich nur flüchtig an ein ganz hübsches blondes Mädchen, das man selten zu Gesicht bekam.

„Verflucht, verflucht!“ Der Herr von Klein-Bukowicz schimpfte in sich hinein und hieb dabei auf die Pferde, daß sie, wie scheu geworden, dahinstrast und der Pferdejunge, der hinten im leichten Jagdwagen aufsaß, sich anklammern mußte, um nicht herunterzufallen.

Eine tolle Fahrt. Die Grenze von Groß-Bukowicz lag längst dahinten, andere Felder kamen, Weiten, große Weiten, in denen aufgeschreckte Hasen in toller Furcht durch Ackerfurchen flohen, obgleich sie wußten: Jagd ist vorbei. Luisenhof — Wilhelmssau — Klein-Swinia — Chraplewo — Schloß Pio-

tramka. Vorüber Gutshöfe, Dörfer, polnische Edelfitze. Sie tauchten auf, tauchten unter, mit ihren Parks wie umbuschte Inseln im Meer der baumlosen Felder schwimmend. Jetzt Wald, mit seinen langen Streifen dunkelblaue Linien in die noch farblose Ebene ziehend. Hier und da ein See, in dessen Röhricht Enten quartieren und beim Reißentknall rauschend ausfliegen. Selten so etwas wie ein Hügel, aber dann sicher darauf ein Kapellchen oder das Holzgerüst eines trigonometrischen Turmes. Alles in flüchtigen Erfassen vorüber.

Was brauchte Hermann Berndorf auch weiter groß hinzusehen, er kannte das ja alles, mußte genau, wenn diese Gemerkung gehörte, wenn jene, kannte sich aus mit der Ertragsfähigkeit dieser Kornbreiten und jener Rübenäcker; das Land um ihn trah diesmal nicht seine Blide, seine Gedanken, er sah und dachte heute nur in sich hinein. Und da war etwas, das kannte er noch nicht so genau wie die Gegend hier, das betrachtete er jetzt mit ganz verunkelten, sich immer tiefer einbohrenden, nachdenklichen Blicken. Bis dahin hatte der Sohn ihm nur Ärger gemacht, aber nun war auf einmal eine Sorge daraus geworden, eine wirkliche Sorge, fast ebenso groß wie die Sorge, die ihm Klein-Bukowicz machte. Man hätte doch vielleicht öfter nach dem Sohn sehen, ihn nicht so sehr sich selber überlassen sollen. Kann, darf man denn das bei einem so jungen Menschen?! Dem vollblütigen Mann schoß es beängstigend heiß in die Stirn. Er ächzte auf in einer plötzlichen Wallung. Bei manchem Sohn konnte das ein Vater vielleicht tun, sie waren sich ja nicht alle gleich die Jungen, aber Manfred war nicht einer von denen. Der mußte auf Kandare geritten werden — ein Gaul, der leicht durchging.

Im Brief des Direktors war etwas gewesen, das den Vater aufgeweckt hatte. Zigarettenrauchen, zu viel Interesse für das weibliche Geschlecht oder so ähnlich! Die Weiber, ja die Weiber, daß der Junge schon mit denen anfing, das war schlimm! Gerade, weil er sich jetzt auf einmal an manche Erlebnisse der Jugend erinnerte — sie standen plötzlich vor dem alternden Mann — quoll etwas wie Angst um den Sohn in ihm auf. Er rang nach Luft und wurde fast blaurot vor erschwerem Atmen. Auf alle Fälle mußte er mal mit dem Jungen sprechen. Es waren vielleicht ganz harmlose kleine Liebesleien, die nur der verrodnete Schulmeister so wichtig nahm, aber gleichviel, der Junge hatte jetzt nur die Nase in seine Bücher zu stecken und nicht hinter Mädchen herzuschlüpfen. Gott sei Dank, daß die Kreisstadt so ein Nest war, trotz ihres Gymnasiums, ihrer Präparandenanstalt und ihres Seminars für katholische Priester. Hier kam man gleich hinter alles, hier konnte nichts weiter Bedenkliches passieren, denn man nicht sofort auf die Spur gekommen wäre. (Fortf. folgt.)

schädlich erwiesen. Trotzdem sehnt sich wohl niemand nach ihm zurück, denn besonders angenehm war sein Genuss nicht. Im übrigen wird es nur von Zuckerkranken gebraucht, denen der Gebrauch des natürlichen Zuckers wegen der Störung ihres Stoffwechsels nicht erlaubt werden darf.

Zaubererverein.

In der reichhaltigen Sammlung Berliner Vereine gibt es auch einen Zaubererverein. Es liegt im Wesen eines charakteristischen Zauberers, daß er Unfug anstiftet, eine Liebung, die aus Märchenbüchern und Heldenjagen reichlich bekannt ist, aber trotz des indischen Titels „Maja“ ist der Berliner Zauberer vollkommen harmlos, er denkt nicht einmal daran, vielleicht den Reichstanzler in einen anderen Menschen zu verwandeln, der das Versprechen vom Preisabbau wahr machen würde, nein, auch die Parteien, die der Zollvorlage zustimmen, können sich ruhigen Gewissens weiterhin über ihr soziales Verhalten freuen, ihnen droht von dieser Seite keine Gefahr. Der Zaubererverein will einfach „das gesunkene Interesse an der Zauberkräft im Kabarett oder Variété heben“, gewissermaßen die breiten Massen „aufwachen“, damit sie wieder einsehen, wie wichtig es ist, ein Taschentuch in einen Vogel zu verwandeln, und aus einer unwahrscheinlich dünnen Röhre ein Paar Kaninchen ans Tageslicht zu befördern. Der Vereinszauberer trägt wie jeder Vereinsmitglied, der sich an die Öffentlichkeit wagt, einen Frack. Ihm fehlen der wallende Bart, der böse Blick und die mit magischen Zeichen dekorierte Spitzmütze, die man heute nur noch bei großen Zauberern in Märchenopern findet, er spricht mehr oder minder würdig und besitzt nicht den leisesten Anflug an einen Finsterling. Sehr nett führt er kleine Kunststücke vor, die seit Generationen bekannt sind, er holt sich einen Herrn aus dem Publikum, dem natürlich im entscheidenden Moment die Hosen rutschen und der das wichtigste Gesicht aufweist, das er in seiner Waderobe findet; dann muß eine junge Dame auf die Bühne kommen. Die junge Dame weicht vor Aufregung nicht, wie sie sitzen soll und lacht aus Verlegenheit unentwegt, sie muß eine Tüte halten, aus der Ringe verschwinden, die sich nachher in einem Postpaket wiederfinden. Die Vereinsmitglieder erreichen einen hohen Grad der Begeisterung, der Vereinszauberer fühlt sich als Mann der Öffentlichkeit und dankt gerührt mit wohlwollenden Lächeln. Dann wird getanzt und dabei vielleicht noch eine Verlobung gefestigt. Hoffentlich gelingt es dem Wirken des Vereins, aus dem Zauberer wieder eine Nummer zu machen, die der Conferencier nur mit einer in Achtung ersterbenden Stimme antündigt, eine Aufgabe, die des Schweiges der Edlen wert ist.

Der „begehrte Königssohn“. Ein Gaunerroman.

Fast ebenso zahlreich wie seine angebotenen Titel und Würden sind die Straftaten, die den „Schriftsteller“ Werner Sell vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führten. Wegen Diebstahls und zahlreicher Betrügereien hat die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage erhoben.

Unter dem romantischen Deckmantel, ein illegitimer Sohn des Königs von Sachsen zu sein und als solcher den Titel eines Freiherrn von Cölln-Weitin führen zu dürfen, suchte und fand er selber immer noch allzu bereitwillige Opfer. Ein hochbetagter Boesener Goldschmidt und mehrere Damen haben ihre Leichtgläubigkeit teuer bezahlen müssen, sie durften der geheimnisvollen „Königlichen Hoheit“ erhebliche Summen opfern. Auch in der Verhandlung umgab sich der Angeklagte sofort mit einer phantastischen Wichtigkeit und suchte vor allen Dingen politische Momente in den Vordergrund aller seiner Handlungen zu stellen. Wiederholt fielen die Namen Erzberger und Birth. Mit den Hördern des ersten hätte er mehrfach in Verbindung gestanden, sei dann aber vollständig in das Lager der Bolschewisten abgewandert. Rechts und links waren für den Scheinbar sehr gewissen Gauner aber weniger Operationsfelder für seine politischen Anschauungen, sondern nur jeweilige Vorwände für seine betrügerischen Absichten. In der Beweisaufnahme ließ sich feststellen, daß er einige junge Damen geschädigt hat, die längere Zeit Privatsekretärinnen bei Erzberger und Birth waren. Mit welcher dreisten Mitteln der Angeklagte in anderen Fällen vorgegangen ist, mag das nachfolgende Beispiel zeigen. Einer jungen Dame hatte er ein kleines Mädchen mit einem Geheimnisgel übergeben. Nach seinen Angaben befanden sich darin die Bestattungen seiner geheimnisvollen Geburt, untrügliche Dokumente, in welchen Beziehungen er zu dem König von Sachsen stünde. Das betreffende Fräulein glaubte fest an diese Märchen und betrachtete sich als Braut des Angeklagten, den sie bestimmt heiraten wollte. Als eines Tages aber die Neugierde den Glauben überwand, war die Enttuschung groß — einstmals gestohlene Plaketten befanden sich in dem Beutchen, aber kein Wort, keine Zeile meldete von einem Königssohn! Ueber die Möglichkeit einer solchen Leichtgläubigkeit befragt, konnte die Zeugin nur antworten: „Ich stand ganz unter seinem Einfluß!“ Nun sahen die gläubigen Damen beschämt, gefestigten Hauptes auf der Zeugenbank und mußten zu ihrem großen Schrecken noch vernehmen, daß ihr „verwunschener Prinz“ auch vom Staatsanwalt in Eiferfeld dringend verlangt wird. Dort muß er sich wegen eines Sittlichkeitsverbrechens an einer Französin verantworten. Weil dem Angeklagten verschiedene Punkte der Beschuldigungen nicht so einwandfrei nachzuweisen waren, daß er deswegen bestraft werden konnte, blieben eigentlich nur drei Fälle von Betrug und Diebstahl übrig, die ihm eine immerhin noch gelinde Gefängnisstrafe von einem Jahr eintrugen.

Schwere Straßennfälle.

Ein schwerer Unfall ereignete sich in den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages in der Leipziger Straße am Dönhofsplatz. Der 19 Jahre alte Walter Tilmann aus Neukölln, Kottbuser Damm 96, fuhr unglücklich mit seinem Rad zwischen einem Triebwagen der Straßenbahn 99 und einem Autobus der Linie 8 und wurde förmlich zerquetscht. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er in sehr bedenklichem Zustande in das Krankenhaus am Urban eingeliefert. — Ein weiterer schwerer Straßennfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich um 1/4 Uhr nachmittags in der Köpenicker Straße. Dort wurde der 70 Jahre alte Albert Scheel, wohnhaft Köpenicker Straße 25a, von einer größeren Zyklette überfahren. Dem alten Mann wurden beide Beine abgefahren; bereits auf dem Transport nach dem Bethanien-Krankenhaus trat der Tod ein. — Am Kurfürstendamm Ecke Giesebrechtstraße wurde gegen 1/6 Uhr die 60 Jahre alte Privatierin Frau Wolff aus der Kommissenstraße 45 von einem Lastwagen überfahren. Die Verletzungen waren so schwerer Natur, daß die Verunglückte kurz nach ihrer Einlieferung im Krankenhaus Westend verstarb. — Einen schweren Unfall erlitt der 29 Jahre alte Kaufmann Paul Freuh aus Hamburg, der sich erst seit gestern in Berlin befindet. Beim Ueberfahren des Kurfürstendamms wurde er von einem Kraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er sofort in das Westender Krankenhaus übergeführt werden mußte, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Brandstiftung? Im dritten Stock des Hauses Mühlenstraße 60 brach gegen 2 Uhr nachmittags bei der Radio-Telephon N. G. durch Wegwerfen eines Zigarettenrestes Feuer aus. Beim Eintreffen der Feuerwehr hatten die Angestellten den Brand bereits gelöscht. Nach einer Stunde wurde die Feuerwehr erneut dorthin gerufen. Abermals war ein Brand in demselben Raum entstanden, der nach 10 Minuten von der Wehr gelöscht wurde. Der Schaden beträgt 3000 Mark. Er wird Brandstiftung vermutet. Die Ermittlungen sind im Gange.

Berlins Schweizer Anleihe.

Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung.

Der städtische Haushaltsauschuß hat sich gestern nachmittags noch einmal mit Berlins Schweizer Anleihe befaßt, die bekanntlich im Betrage von 30 Millionen Franken von einem Züricher Bankkonsortium übernommen werden soll. Im Haushaltsauschuß hatten bei der ersten Beratung dieser Anleihe alle Parteien an verschiedenen Einzelheiten der Anleihebedingungen Anstoß genommen. Der Rämmerer war beauftragt worden, noch einmal zu verhandeln und eine Abänderung der Bedingungen durchzusetzen. In der gestrigen Sitzung erstattete der Rämmerer über das Ergebnis seiner Bemühungen Bericht. Der Haushaltsauschuß selber faßte keine Entscheidung, doch kam auf Grund seiner gestrigen Verhandlungen als sicher angenommen werden, daß die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag mit großer Mehrheit der Bürgschaftübernahme der Stadt für diese Anleihe der Berliner Elektrizitätswerte Aktiengesellschaft zustimmen wird. Nur die Kommunisten erklärten, daß sie prinzipiell der alten Stadtverordnetenversammlung nicht mehr das Recht zuerkennen könnten, einen so wichtigen Beschluß zu fassen. Ihnen wurde entgegengehalten, daß der Bau des Rummelsburger Kraftwerkes unter allen Umständen sichergestellt werden müßte. Im übrigen hielt Herr v. Egnern — immer der gleiche — wie gewöhnlich zur Belehrung der unaufgeklärten Haushaltsauschusmitglieder eines seiner bei ihm üblichen volkswirtschaftlichen Kollegs. Großen Eindruck pflegt er allerdings mit seinen Belehrungen nicht zu erzielen. Immerhin, mancher kann sich stundenlang reden hören, ohne daß es ihm zu viel wird. Es ist ein Glück für die geplagten Zeitgenossen, daß Herrn v. Egnerns Rolle in der neuen Stadtverordnetenversammlung erheblich ausgepielt sein wird.

Berlins Schullindergärten.

Mehr als 600 Kinder werden im engeren Berlin jedes Jahr zu Ostern ihrer allgemeinen Schwäche wegen vom Schulartz zurückgestellt. Da diese Kinder von ihrer Ausbildungszeit ein volles Jahr verlieren, hat man seit einigen Jahren den Versuch gemacht, ihr Auffassungsvermögen, Gedächtnis, Ueberlegen, ihre körperliche Kraft, Beweglichkeit und ihr Geschick in Schullindergärten zu entwickeln und zu heben, damit sie geistig, körperlich und sprachlich den Anforderungen gewachsen sind, die die unterste Schullasse an die Anfänger stellt. Dem Beispiele Charlottenburgs ist das enge Berlin gefolgt, indem es vor einigen Jahren drei solcher Schullindergärten in Gemeindegärten veranschaulicht einrichtete und nun, da die Erfolge als recht günstig bezeichnet werden konnten, vier weitere eröffnen wird. Am 1. November werden folgende Schullindergärten bestehen: 1. im Bezirk Prenzlauer Berg bei der 289. Gemeindegarten, Senefelderstraße 6 (alt), 2. im Bezirk Prenzlauer Berg bei der 296. Gemeindegarten, Scherenbergstr. 7 (alt), 3. im Bezirk Wedding bei der 14. Gemeindegarten, Untenstr. 10/15 (alt), 4. im Bezirk Mitte bei der 103. Gemeindegarten, Kuppiner Str. 47 (neu), 5. im Bezirk Tiergarten bei der 246. Gemeindegarten, Zwinglstr. 37 (neu), 6. im Bezirk Friedrichshagen bei der 282. Gemeindegarten, Jellstr. 12 (neu), 7. im Bezirk Kreuzberg bei der 191. Gemeindegarten, Görliger Str. 51 (neu). Jeder Schullindergarten hat einen aus den benachbarten Gemeindegärten bestehenden Einschulungsbezirk, doch werden, falls noch Platz vorhanden, auch entfernter wohnende Kinder, jedoch nur schulpflichtige und vom Schulartz zurückgestellte, aufgenommen. Die Schullindergärten sind von 9 bis 1 Uhr geöffnet. Falls der Schulartz nicht Bedenken erhebt, sind die Eltern gehalten, ihre Kinder regelmäßig zu schicken. Jeder Garten umfaßt nur etwa 25 Kinder, so daß eine Rücksichtnahme auf die Eigenart eines jeden Kindes gewährleistet ist.

Emilie Bäumler gestorben.

Am 24. Oktober starb die vielen Parteimitgliedern wohlbekannte Genossin Emilie Bäumler im Alter von 71 Jahren. Ihr ganzes Leben war ausgefüllt von dem Bestreben, der Sache des Proletariats zu dienen und in unserer Partei besonders die Frauenbewegung zu fördern. 1900 gründete sie in Schöneberg den Frauen- und Mädchenbildungsverein und führte ihn acht Jahre später geschlossen unserer Partei zu. Unermüdet war die Entschlossenheit für die örtliche Frauenorganisation tätig und ihrer Pflicht treu war es in hohem Maße zu danken, wenn dieselbe die furchtbaren Kriegsjahre ungeschwächt überwinden konnte. An der Seite ihres Lebensgefährten, auch eines alten Kämpfers aus der Zeit des Sozialistenkampfes, teilte sie echtes Proletariat. Ihr Lebensmut aber wankte auch in schweren Tagen nicht und Alltagsleid konnte sie nicht hindern, ihre Arbeitskraft der Allgemeinheit zu widmen.

Sie wird den Genossinnen und Genossen des Kreises Schöneberg-Friedenau ein gutes Vorbild bleiben. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße, statt.

Die Ferienheimgenossenschaft.

Ueber „Die Ferienheimgenossenschaft, ihr Zweck und Ziel“ sprach kürzlich in der Aula der Weimarschule R. Scharf. Einleitend wies er auf die ungeheuren Fortschritte hin, die die Arbeiterferien gemacht haben. Die Zahlen des Metallarbeiterverbandes zeigen eine Entwicklung von einigen Tausenden vor dem Kriege zu Millionen, die jetzt durch Tarifverträge zu ihren, wenn auch noch zu kurze Ferien kommen. Der Lichtbildervortrag selbst, nach

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 28. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
3.30 Uhr nachm.: Jugendbühne. Vortrag: „Wirbelchens Windfahrt“, von Luise Glab. Vorgetragen von Elisabeth v. Elka.
4.30—5 Uhr nachm.: Dr. Jo Lbermann spricht über „Das europäische Drama von heute“. 3. Vortrag: „Frankreich“. 1. Albert — Birot. 2. Apollinaire. 3. Barde. 4. Claudel. 5. Duhamel. 6. Lenormand. 7. Romains. 8. Vildrac. 9. Zimard. Im Anschluß: 1. „Der Verarmte“, ein Akt von Charles Vildrac. Für den Berliner Rundfunk ins Deutsche übertragen von Ernst Josph. Personen: Toussaint; Alfred Brann; Mario; Charlotte Hagenbruch; Tibaut; Otto Kronburger; Mädchen: Hedda Forsten. 6.45 Uhr abends: Dr. med. Fritz Streblow: „Hygiene der Heizung“. 1. Vortrag: „Wärmeökonomie des Wohnhauses im allgemeinen“. 7.15 Uhr abends: Geh. Reg.-Rat Dr. Max Paehler: „Die Versorgung der Kriegsgeschädigten“. 7.45 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Musikwissenschaft. Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Max Friedländer: „Das deutsche Volkslied“. 2. Vortrag: 8.30 Uhr abends: Heiterer Abend. 1. a) v. Wittich: Konzert (Reise). b) Bohn: Schön Elschen (Wagemann). c) Hildach: Spatz und Spatzin (Meyer) (Charlotte Freyer, Sopran). 2. Rezitationen (Karl Zander). 3. James Rothstein: a) An Pepito de Sala y Salvador (Dichtung eines spanischen Kuhlirten, übersetzt von Hans Bethge). b) Der Schäfer (Goethe). c) Hum junler Lens, Aus des Knaben Wunderhorn. d) Bettelortanzlied. Aus des Knaben Wunderhorn (Rob. Koppel, Berlin). 4. G. Becco: a) Notturmo. b) Liebestraum. c) Intermezzo lirico. d) Elegie (Aus der Musik zum Film „Der letzte Mann“) (Kapelle Becco). 5. a) Löwe: Niemand hat's gesehen (Gruppe). b) Hildach: Mein Liebster ist ein Weber (Keil). c) Dorn: Das Mädchen an den Mond (Boise) (Charlotte Freyer). 6. Rezitationen (Karl Zander). 7. R. Friml: Aus der Opolette „Rose-Marie“. a) Ueber die Prärie. b) O Rose-Maria, ich lieb dich. c) R. Nelson: Morgen nicht zu spät, mein Schatz, aus „Con-fetti“. d) W. Rosen: Wenn ich keinen Dalles hätte (Schwabach und Rosen) (Robert Koppel). 8. G. Becco: a) Serenata amorosa. b) Siciliana. c) Dickens: Du meines Lebens Sonnenschein. d) G. Becco: Liebestraum (aus der Musik zu dem in Kürze erscheinenden Film „Tartuffe“) (Kapelle Becco). 10 Uhr abends: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater und Filmdienst.

Kamiskript gelesen, zeigte Bilder einer Reise durch Thüringen und die Ferienheime der Genossenschaft. Die Lichtbilder waren mehr als lästiger, der Vortrag bis auf wenig Eigenes ein Gemenge von laischer Fremdenindustrie und Baedeker. Es ist schade, daß die Veranstaltung nicht besser vorbereitet war, denn Zweck und Ziel der Ferienheimgenossenschaft sind sehr begrüßenswert. Im Thüringer Wald, im Erzgebirge, bei Söllichau bestehen schon wundervolle Heime, wo für 60 Pfennig Unterkunft gewährt wird. Jetzt soll die Mark Brandenburg eine Reihe von Ferienheimen erhalten, damit kurzfristige Ferien nicht durch die weite Reise verloren gehen. Bis jetzt zählt die Genossenschaft etwa 5000 Mitglieder, die hauptsächlich dem Touristenverein der Naturfreunde angehören. Daß durch Selbsthilfe der Arbeiterschaft Großes geschaffen werden kann, zeigten die Thüringer Heime. Je mehr der Gedanke des Verlebens der Arbeiterferien draußen in der Natur zur Tat wird, um so mehr wird auch die Genossenschaft ihr schönes und erstrebenswertes Ziel verfolgen können.

Das „Versehen“.

Unterlagene Spartaßengelder.

Wegen Amtsverbrechens wurde der Stadtschreiber Boide aus Spandau vom Schöffengericht Wedding abgeurteilt. Boide war Gegenbuchführer bei der Städtischen Spartaßengelder in Tegel und hatte in den Jahren 1924/25 in 5 Fällen insgesamt 370 M. von den Geldern, die durch seine Hände gingen, unterschlagen. Zur Deckung der Unterschleife hatte er Belege und Register gefälscht.

Als auf einer Kontokarte eine zu Unrecht erfolgte Abbuchung festgestellt wurde, stellte er es als „Versehen“ hin und veranlaßte eine ihm bekannte Spartaßengeldin, ihm ihr Buch auszuhandigen. Er machte dann mit Hilfe dieses Buches einen anderen falschen Abrechnungsvermerk. Erst als auf das Buch Geld abgehoben werden sollte, kam auch dieser Beitrag heraus. Die Verhandlung ergab auch die auffällige Tatsache, daß Boide schon im Jahre 1922 wegen versuchten Diebstahls an Stelle einer Gefängnisstrafe von 100 Tagen zu einem entsprechenden Geldbetrage verurteilt worden war. Diese Bestrafung war aber nicht zur Kenntnis seiner Dienstbehörde gekommen. Das Schöffengericht billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, weil ihn wirtschaftliche Notlage, hervorgerufen durch Krankheit in der Familie, zu den Straftaten veranlaßt hatte. Der Stadtschreiber wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt und es wurde ihm auf 5 Jahre die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter abgesprochen. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verfehlungen sprach sich das Gericht gegen jede Strafaussetzung aus.

Der „Transportgriff“.

Zum dritten Male gelangte ein Vorgang, der sich nach einem Konzert des italienischen Tenors Gigli vor der Philharmonie abgespielt hatte, zu einer gerichtlichen Verhandlung. Zuerst war ein Geiger J. wegen Widerstandes angeklagt gewesen, aber in zweiter Instanz vor der Strafkammer freigesprochen worden. Nunmehr war der Spieß umgedreht worden und der Schutzpolizeiwachmeister Sachweh wegen Körperverletzung im Amt vor dem Schöffengericht Mitte angeklagt worden. Vor der Philharmonie hatte sich seinerzeit eine große Menschenmenge angeammelt, die den Sänger sehen wollte. Die Polizei hatte einen Durchgang gebildet, damit die Konzertbesucher das Haus verlassen konnten. J. wurde mehrmals von Sachweh zurückgestoßen, wie er behauptete, weil die Menge nachdrängte, wie er behauptete, weil er sich vordrängte. J. will nun plötzlich ohne jeden Grund von dem Beamten am Arm gepackt worden sein. Der Arm sei ihm auf den Rücken gebogen worden und, mit dem Körper fast auf der Erde, habe er zur Wache mitgehen müssen. Erst unterwegs habe der Beamte ihn losgelassen und er sei freiwillig mitgegangen. Als er dem Beamten sagte, er sei Geiger, und es möchte ihm nicht der Arm kaputtgemacht werden, habe er die Antwort erhalten, daß gehe ihm (dem Beamten) „einmal Dreck“ an. Der Polizeiwachmeister bestritt diese Darstellung und will nur den üblichen Transportgriff angewendet haben, um den Widerstand zu brechen. Jedenfalls hatte J. am Arm von dem Griff blutunterlaufene Stellen, was zu der gegenwärtigen Anklage gegen S. führte. Die Aussagen von Augenzeugen bei dem Vorfall aus dem Publikum und der Beamtenchaft widersprachen sich vollkommen. Eine Reihe von höheren Polizeioffizieren, die als Sachverständige vernommen wurden, bezeichneten den Transportgriff, bei dem der Arm des Sittierten auf den Rücken gezogen wird, als einen ganz harmlosen Vorgang. Die Verlegungen sprächen dafür, daß Widerstand geleistet worden sei. Nachdem den Beamten der Gebrauch der Waffe stark beschränkt worden sei, wäre der Transportgriff in der heutigen Zeit eines der notwendigsten und ungefährlichsten Hilfsmittel. Das Schöffengericht konnte nicht feststellen, ob der Polizeigriff in der vorliegenden Situation notwendig gemessen sei. Die Zeugenaussagen hätten sich derartig widersprochen, daß die objektive Wahrheit sich nicht feststellen ließe. Dem Angeklagten hätte nicht widerlegt werden können, daß er sich zu dem Polizeigriff berechtigt glaubt habe, um einen Widerstand zu brechen, deshalb mußte er auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden.

Die unerwartete Kassenrevision. Der Gemeindevorsteher von Hoppegarten, Karl Wotte, ist, wie jetzt mitgeteilt wird, vor kurzem sowohl wegen sittlicher Verfehlungen als auch wegen der nicht einwandfreien Führung seiner Gesellschaft als Gemeindevorsteher beurlaubt. Er war 1920 zum ersten beurlaubten Gemeindevorsteher von Hoppegarten gewählt worden, wurde nach Befolgungsgruppe 9 bezahlt und erhielt eine Aufwandsentschädigung als Amtsvorsteher von 1500 Mark jährlich. Als er im Juli d. J. auf Urlaub ging, wurde durch eine plötzliche Kassenrevision ein erhebliches Defizit festgestellt. Auf Grund dieser und der bereits oben genannten Verfehlungen ist jetzt das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet worden.

Selbstmord eines Wählers. In der Markußstraße 50 schoß sich der 66 Jahre alte Wähler Emil Stählenstein eine Kugel in die rechte Schläfe. Er wurde durch das Rettungsdienst nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo er bereits verstorben ist. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Gegen die starke Verunreinigung der Flußläufe. Die Berliner Wasserstraßen werden in letzter Zeit stark durch Tierkadaver und faulende Abfälle verunreinigt. Die Straßenaufsichtsbeamten sind deshalb angezogen worden, gegen Verionen, die die Flußläufe und sonstige Gewässer auf irgendeine Art verunreinigen, rücksichtslos einzuschreiten und sie zur Anzeige zu bringen.



Unerreicht in antiseptischer Wirkung und Wohlgeschmack.

Die Arbeiterbildungsschule. Neue Arbeitsgemeinschaften.

Im Laufe dieser Woche beginnen im Rahmen der Unterrichtskurse des Arbeiter-Kultur-Kartells Groß-Berlin die Arbeitsgemeinschaften der Arbeiterbildungsschule.

1. 12. Kreis Steglitz. Freitag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der 1. Gemeindefschule, Steglitz, Ringstr. 55: „Im Kampf um die Schule.“ Lehrer: Genosse Kreuziger.

2. 17. Kreis Kaulsdorf. Freitag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, Gemeindefschule Adolfsstraße, Kaulsdorf: „Grundlagen sozialistischer Erziehungsarbeit.“ Lehrer: Genosse Harlich.

3. 7. Kreis Charlottenburg. Montag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Charlottenburg, Rosinerstraße 3: „Geschichte der Arbeiterbewegung.“ Lehrer: Genosse Marquardt.

4. 20. Kreis Reinickendorf. Dienstag, den 3. November, abends 8 Uhr, im Zeichenaal der 1. Gemeindefschule, Reinickendorf, Lindauer Straße (unmittelbar am Bezirksamt): „Sozialistische Theorien und sozialdemokratische Parteiprogramme.“ Lehrer: Genosse Kakenstein.

Hörerkarten für die Arbeiterbildungsschule sowie Karten für sämtliche vom Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin und dem Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin getroffenen Veranstaltungen sind zu haben bei allen Mitgliedern der Kreisvorstände und der Bildungsausschüsse, Zigarrengeschäft Horich, Engelauer 24/25, Tabakvertrieb Inselstr. 6, Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Wie Jakobsstr. 5, Wilhelm Schmidt, N., Tegeler Str. 31, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 8, in allen Vorwärts-Expeditionen.

Benutzt die Bibliothek der Arbeiterbildungsschule!

Die Bibliothek der Arbeiterbildungsschule ist in erster Linie dazu bestimmt, den Teilnehmern an den Kursen der Arbeiterbildungsschule geeignete literarische Hilfsmittel an die Hand zu geben. Hervorragende Werke aus allen Wissensgebieten, die im Lehrplan berührt werden, wie Nationalökonomie, Geschichte, Theorie und Praxis des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Sozialpolitik, Kulturgeschichte, Philosophie und Psychologie sind in Arbeiten bedeutender Fachgelehrter reichlich vertreten. Naturwissenschaften, Religionen und Pädagogik sind erst in letzter Zeit durch Neuanschaffungen wesentlich ergänzt worden. Außerdem enthält die Bibliothek eine reiche Sammlung von Werken der schönen Literatur, darunter Meisterwerke aller Völker und auch viele zeitgenössische Dichtungen von bleibendem Wert. Die Bibliothek soll nicht nur den in der Schule arbeitenden Genossen und Genossinnen zur Selbst- und Weiterbildung dienen, sondern sie steht ohne Unterschied allen zur Verfügung, die Freude an guter Literatur haben. Die Bibliothek ist mit großen Opfern geschaffen und mit Liebe und Sorgfalt von Jahr zu Jahr weiter ausgebaut worden, bis sie zu der heute über 10 000 Bände umfassenden Sammlung angewachsen ist. Sie erfüllt ihren Zweck erst dann vollkommen, wenn die, die materielle Opfer für dieses Werk gebracht haben, auch geistig davon Besitz ergreifen.

Ein guter Fang.

Nach der Festnahme der Tempelhofer Stadtkasseneinbrecher sind inzwischen von den Behörden über 200 000 M. Bargeld zurückgebracht worden, etwa ein Viertel steht noch aus. Die Ermittlungen des Kommissars Wäcker ergaben, daß der Schlosser Bruno Schulz, der Kaufmann Paul Patolik und der Arbeiter Billy Fechner noch als Täter einer ganzen Reihe weiterer Geldschrankdiebstähle in Frage kommen, die in diesem Jahre in Berlin und Umgebung verübt wurden. Es ist demnach mit einer Anklage wegen zahlreicher, bandenmäßig verübter Geldschrankdiebstähle zu rechnen.

Dritte deutsche Spitzenmesse.

Die Arbeitsstelle zur Förderung deutscher Spitzenkunst, -Stich- und Strichereien E. B. hält zurzeit in den Festhallen des Zoologischen Gartens ihre dritte deutsche Spitzenmesse ab. Für den flüchtigen Beschauer hat diese Veranstaltung ein doppeltes Gesicht: Einerseits erfreut sie durch die Fülle des Gebotenen, durch die zahlreichen Qualitätsstufen in Arbeit und Material, ohne daß man je auf minderwertiges stößt; andererseits wiederum stimmt sie nachdenklich durch den Anblick an wirklich Neuem; nicht an neuen Techniken — da diese doch meist mehr Modellen als als einen bleibenden Gewinn darstellen — wohl aber an Entwürfen. Ganz selten sieht man etwa Rippmuster von kunstgewerblichem Wert, und in der Fülle der sonstigen zur Schau gestellten Spitzen finden nur noch häufige kleine Zillarbeiten von besonderem Gepräge auf. Alles andere scheint die tausendfache Wiederholung von neunhundertneunundneunzigmal Besehenem zu sein, da die Mittel fehlen, um befähigte Kunstgewerber zu Reuewürfen heranzuziehen. Daher ist es nicht weiter überraschend, daß man beispielsweise originelle Leinwandarbeiten eigentlich nur dort findet, wo sie eben ein anderes Volkstum ausdrücken: an den ausstellenden Sowjet-Auslands. Doch sieht man den meisten Dingen an, daß sie schnell gearbeitet wurden und in erster Linie für den Verkauf, nicht zum Selbstgebrauch bestimmt sind. Um die Spitzenausstellung, die den Kern der Veranstaltung bildet, gruppieren sich denn tausend andere Dinge, die das Herz einer Frau erfreuen können.

Ein Empfang. Zum Empfang der im Leipziger Kommunistenprozess nach langer Untersuchungshaft gestern abend 9 Uhr freigelassenen 5 Kommunisten hatte die Polizei ein Aufgebot von etwa 120 Mann am Anhalter Bahnhof zusammengezogen und Absperungen vorgenommen. Das Publikum, das von nichts wußte, wurde erst dadurch aufmerksam. Abends 7 Uhr 19 Min. trafen die Kommunisten hier ein. Angehörige und einige Parteifreunde, die sich in der Bahnhofshalle befanden, warteten zuerst vergeblich auf die fünf Singend aus dem Zug Steigenden, die von der Polizei zum Seitenausgang hinausgeleitet wurden. Außerhalb der Sammelhalle des Bahnhofes versammelten sich die zum Empfang herbeigezogenen Bezirksgruppen und in geschlossenen Zügen zogen sie zum Blücherplatz. Dort wurden Ansprachen gehalten. Darauf zogen die einzelnen Gruppen in ihre Bezirke zurück.

Fernübertragung der Sendespiele „Iphigenie in Aulis“. Die am Sonnabend, den 31. d. Mts., aus Anlaß der Feier des Geburtstages der Kunststunde zur Erzielung gelangender Große Oper „Iphigenie in Aulis“ von Christoph W. Gluck wird von Berlin aus gleichzeitig auf die Sender Hamburg (Zwischenender Hannover und Bremen), Frankfurt a. M., Leipzig (Zwischenender Dresden), Münster (Zwischenender Dortmund und Elberfeld) und Königsberg übertragen.

Das nächste Fernsehspiel in Neufuß ist auch in diesem Jahre in der Lage, sein Anschauen weiter auszudehnen. Das Bezirksamt wird die im Bau befindlichen Wohnhäuser an der Lindenbrück- und Binowstraße sowie an der Ecke Weingandener und Lindenbrückstraße an die Leitungen des Werks anschließen. Die Gebäude besitzen rund 320 Meter Straßenfront und enthalten durchweg Kleinwohnungen, denen durch den Anschlag an das Fernsehwerk auf billige Weise die großen Annehmlichkeiten der Sammelheizungen zuteil werden.

Im Paternoster verunglückt. Der 43 Jahre alte Stellmacher August Wermisch wollte den im Charlottenburger Rathaus befindlichen Paternoster benutzen, um von dem dritten Stock nach Barterre hinunter zu fahren. Bei dem Bestreben den Aufzug zu betreten und wurde mit dem linken Fuß zwischen die Seilwinden und den Aufzug gefasst. Zum Glück war der Unfall sofort bemerkt worden, so daß der Aufzug zum Halten gebracht und W. aus seiner qualvollen Lage befreit werden konnte. Küher einem Bruch des Beines hatte der Verunglückte eine so starke

Quetschung des Fußes davongetragen, die seine Amputation wahrscheinlich machen. W. wurde nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

Der Stadtwahlprüfung tritt am Freitag, den 30. Oktober, vormittags 11 Uhr im Rathaus, Saal 109, drei Treppen, Eingang Jüdenstraße, zur Feststellung der auf die Kreiswahlvorschläge insgesamt entfallenden Stimmen und zur Ermittlung des Wahlquotienten zusammen. Am Donnerstag, den 5. November, mittags 12 Uhr, findet ebendort die Verteilung der auf die zugelassenen Stadtwahlvorschläge entfallenden Stadtverordnetenstimmen durch den Wahlprüfungsausschuss statt. Der Zutritt zu diesen Sitzungen steht den Wahlberechtigten offen.

Tragödie eines Wirtshausbesizers. Aus Furcht vor Strafe, weil er nämlich seinen Eltern einen Ring entwendet hatte, erhängte sich der 18 Jahre alte Schlosser Kurt W. in der elterlichen Wohnung in der Stettiner Str. 12, als die Eltern abwesend waren. Als sie gegen 2 Uhr nachts heimkehrten, fanden sie ihren Sohn am Ofen hängend tot vor. Der von der Rettungsstelle sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Städtische Oper: Karten zu ermäßigten Preisen für Freitag, den 30. Oktober „Abermals“; Montag, den 2. November, „Wassenschnee“ und Dienstag, den 3. November, „Ariadne auf Naxos“, im Bezirksbildungsausschuss, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8.

Das Volkshochschulamt Prenzlauer Berg veranlaßt am Freitag, den 30. Oktober, in der Aula der Königsbrunnener Oberschule, Volkstr. 44/46, einen Vortragsabend. Herr Dr. Felix Günther spricht „Zum fünfzigsten Geburtstag“. Der Vortrag wird erläutert durch Musik und Gesang. Der Eintritt ist frei. Beginn 7 1/2 Uhr.

Typographia! Die Übungsstunden Donnerstag vormittags fallen bis auf weiteres aus.

Norderney — Festland.

Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, daß der Dammbau Festland — Spitz seiner Vollendung entgegengehe. Es wird interessieren, daß schon seit längerer Zeit ein Projekt: Dammbau Norderney — Festland die Gemüter der zunächst Interessierten bewegt. Schon vor dem Kriege wurde dies Problem einmal erörtert. Greifbare Gestalt gewann es allerdings erst in letzter Zeit. Hefig wird für und auch gegen diesen Plan debattiert. Gegen ihn scheinen allerdings nur interessierte Schiffahrtkreise zu sein, die es vielleicht schmerzhaft empfinden, wenn die Reichseisenbahn die Beförderung der Reisenden nach Norderney übernehmen würde. Der Dammbau ist jedoch östlich des Leuchtturms von Norderney nach dem Festland, und zwar auf der Wasserscheide, wo sich die Flüsse des Baltramer und Norderneyer Seegates treffen, wo man bei Ebbe schon fast trockenen Fußes das Watt durchqueren kann. Der Deich müßte als Eisenbahndamm und als Autostraße benutzt werden können. Die Meinungen der Sachverständigen gehen darüber auseinander, ob ein einfacher Durchlaß für die Wattschiffahrt genügt, oder aber ob eine Drehbrücke notwendig ist. Zum Anschluß an das Eisenbahnnetz könnte die Strecke Leer — Emden — Norden benutzt werden, dagegen wird von anderer Seite gewünscht, durch eine neue Eisenbahnlinie Leer — Aurich — Norderney die wirtschaftliche Erschließung Ostfrieslands zu fördern, da im Innern Ostfrieslands noch große Moor- und Dehlandereien brach liegen, die man durch diese Eisenbahnlinie ertragsfähig zu machen hofft. Norderney erwartet, daß durch den Eisenbahnananschluß die Frequenz des Bades bedeutend gehoben wird. Für die Erholungsuchenden würde die direkte Verbindung eine größere Bequemlichkeit bedeuten. Ganz abgesehen von niedrigeren Lebensmittelpreisen, die durch die billigeren Frachtsätze bedingt wären, denn es ist ohne weiteres einsehend, daß die jetzige Dampferverbindung preisverwerfend wirkt. Bei durchgehenden Zügen nach Norderney würde auch den Minderbemittelten besser Gelegenheit gegeben, die Schönheiten der Nordsee kennenzulernen.

Durch den Dammbau würde die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse der Insel verbessert und die in jedem Winter erschreckend hohe Zahl der Arbeitslosen vermindert, da dann die Möglichkeit bestände, auswärts, z. B. in Emden, Beschäftigung anzunehmen, ohne die Wohnung aufgeben zu müssen.

Hauseinsturz in Paris.

Die Bewohner unter den Trümmern begraben. Paris, 27. Oktober (All.). In Paris ist heute vormittag ein dreistöckiges Haus eingestürzt. Sämtliche Bewohner liegen unter den Trümmern begraben. Feuertwehr und Truppenkommandos sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Bisher sind mehrere Tote und Schwerverletzte unter den Trümmern hervorgezogen worden. Wieviele noch unter den Trümmern liegen, ist noch nicht zu übersehen.

Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich in einer Wagburger Seifenfabrik. Das Pferd eines vorüberfahrenden Fuhrwerks ging durch und raste in die Garage der Seifenfabrik hinein. Dabei wurde ein Mann überfahren und leicht verletzt. In der Garage zerstückte das Pferd einige Ballons mit Schwefelsäure. Ein Chemiker wurde so schwer verletzt, daß an seinem Kollaps gezweifelt wird. Der Arzt erlitt einen Verbrennung und zog sich eine Vergiftung durch Schwefelgas zu; er hat die Sprache verloren.

Ein neuer Rundfunksender in Königsberg. Nachdem die nötigen Mittel zur Aufstellung eines großen Rundfunksenders in Königsberg bewilligt worden sind, soll in allerhöchster Zeit mit dem Bau auf einem vom Königsberger Magistrat in Amalienau auf 80 Jahre gepachteten Gelände begonnen werden. Der neue Sender ist 10 Kilowatt stark.

Nationalsozialisten gegen die Zeppelin-Spende. Die Vollversammlung des Münchener Stadtrates genehmigte mit allen gegen sieben Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten zur Zeppelin-Edener-Spende einen Betrag von 10 000 Mark.

München — Berlin in 3 Stunden. Ein Verkehrsflugzeug flog dieser Tage die Strecke Berlin — München, für die der Flugplan 4 1/2 Stunden vorsieht, in drei Stunden. Der Schnellzug braucht demgegenüber 11 Stunden.

Eisenbahnkatastrophe in Amerika. Ein Schnellzug der St. Louis-San-Francisco-Eisenbahn entgleiste in der Nähe von Victoria (Mississippi) und stürzte den Eisenbahndamm hinunter. 16 Personen wurden getötet, über 30 verwundet.

Wirbelsturmkatastrophe im Persischen Golf. Bei einer Wirbelsturmkatastrophe im Persischen Golf bei Bahrain und Hendscham sind hunderte von Persischern ertrunken. Unmittelbar vor Ausbruch des Wirbelsturmes wurden die Inseln Hendscham und Tamb von einem heftigen Seebeben heimgesucht. Gleichzeitig mit der durch das Seebeben hervorgerufenen Flutwelle legte der Wirbelsturm ein. Die britischen Kanonenboote, die die Persischer im Golf überwachen, versuchten die Ertrinkenden zu retten, mußten sich jedoch vor dem Sturm in den Windbüch der Inseln retten.

Der Polizeichef von Moskau tödlich verunglückt. Der Chef der Moskauer Polizei und stellvertretende Direktor der Wirtschaftsabteilung des Moskauer Sowjets Jierust wurde bei einem Automotivzusammenstoß auf der Bakuninstraße schwer verletzt und starb 24 Stunden später im Hospital. Hierin, ein Letztes aus Russland, hatte bereits an der Revolution von 1905 teilgenommen, wurde von der Zarenregierung nach Sibirien verbannt und trat dann 1918 nach der bolschewistischen Revolution sogleich als sehr aktives Mitglied der kommunistischen Partei hervor. Er organisierte die Zweigabteilung der Tscheta im Turkestan und war auch zeitweilig stellvertretender Kommissar des Innern in der Turkmenenrepublik. 1923 wurde er zum Chef von Moskau ernannt.

Wetter für Berlin und Umgebung. Fortdauernd mild, meist bewölkt ohne erhebliche Niederschläge. — Für Deutschland. Im Westen reichweise etwas Regen, überall mild.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, Berlin S. O. 2, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Wichtig! Folgende Abteilungen haben die Wahlfälle noch nicht eingeholt: 7, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 83, 85, 86, 88, 102, 108, 111, 112, 124, 126, 127, 138, 141. Wir bitten das Verzeichnis schnellstens nachzuholen.

17. Kreis Bismarck. Donnerstag, den 22. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Gefängnis des Caritativ-Haus, Rathausstraße, Prenzlauer Berg: „Politik und Parteiprogramm“. Referent Genosse Franz Baud. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Berlin-Mitte. Donnerstag, den 23. Oktober, pünktlich 8 Uhr, Verbandsabend in der Aula Weinmeisterstr. 17-18. Genosse Fritz Schmidt berichtet von seinen Erlebnissen in Sowjetrußland und wird dazu viele neue interessante Bilder zeigen. Karten zu 30 Pf. an der Abendkasse.

Heute, Mittwoch, den 28. Oktober:

12. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Wilmstr. 17, Funktionärsversammlung. 20. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Wendt, Kolonnenstr. 147, Abteilungsversammlung. Vortrag: „Die letzten Sozialdemokraten“. Referent Genosse Emald. 24. Wkt. 7 1/2 Uhr im Altersheim (vom Bezirksamt Prenzlauer Berg) Panziger Straße, Borsdorf, Abteilungsversammlung. 26. Wkt. Die Funktionäre werden ersucht, eine halbe Stunde vor Beginn der heutigen Versammlung in der Schulaula Strohmännstr. 6 zu einer sehr wichtigen Besprechung anzuwesend zu sein.

Morgen, Donnerstag, den 29. Oktober:

7 1/2 Uhr bei Behrendt, Monbijoustr. 6, Vortrag: „Reich und Kommune“. Referent Stadtrat Pfeiffer. Jungsozialisten. Gruppen Mitte und Norden: 8 Uhr in der Schule Stöckerstr. 26, Uebung zum Glasbrenner-Abend.

Freienkolonie Schöneberg, Kindergruppe. Die Kinder werden erben, an der Kinderversammlung ihrer Eltern, Genossen Bäumer, am Donnerstag, den 29. Oktober, teilzunehmen. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr am Neuen Rathaus, Rudolf-Wilhelms-Platz. Elternbeitrag. Am Donnerstag, den 29. Oktober, 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Vorstr. 11, Vortrag des Genossen Hauptabteilungsleiter Rudolf über: „Der Ausbau der Berliner Volkshochschule“. 103. Wkt. Oberkassener. 26 Jahre Tätigkeit der Partei ist heute der Genosse Paul Burschhat. Seine frühere Tätigkeit als Referent, Vorkämpfer und Gemeindevorstand haben wir in dankbarer Erinnerung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

77. Wkt. Schöneberg. Die Einäscherung unserer verstorbenen Genossin Bäumler erfolgt am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Bismarckstr. Berliner Straße. 105. Wkt. Wilmersdorf. Unser Genosse Otto Lorenz, Friedenstr. 21, ist verstorben. Einäscherung am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Bismarckstrasse.

Jugendveranstaltungen.

Wichtig! Abteilungsleiter! Zeits von 5-7 Uhr Abrechnung der Beitragsmarken.

Heute, Mittwoch, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Wichtig! Schule Rudolph, Ecke Uranienstr. Vortrag: „Gemeinschaftsfeier“. — Helmkeplatz: Schule Oberweber Str. 10. Abteilungsversammlung und Aussprache über „Das Reichsbanner“. — Kolonnenstr. 147. Vortrag: „Wohlfühl“. — Volkswahl: Jugendheim Kaiser Str. 103. Abteilungsversammlung. — Oden (Wetzlarer Viertel): Jugendheim Oberstr. 12. Vortrag: „Wir und die Gemeindefreunde“. — Wetzlarer Viertel: Jugendheim Kaiser Str. 4. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“. — Zankwitz: Gemeindefschule Schulstraße. Vortrag: „Abteilungsleiter“. — Wausener: Schule Charlottenstraße. Abteilungsversammlung. — Gieser: Volkshochschule. Vortrag: „Der Staat und wir“. — Kaulsdorf: Schule Wollstr. 25. Vortrag: „GND und soziale Fragen“. — Guckel: Volkshochschule beim Genossen Winkler.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Gesellschaftsfeier: Berlin S. O. 2, Geboblenstr. 77/78. Hof 2 Tr. Delegatengruppe Wilmersdorf: Heute abend 8 Uhr Generalsversammlung in Adenau, Stadtbrötter.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Dienstag, den 27. Oktober.

1. Rennen. 1. Mixed Double (W. Wolf), 2. Kossin (W. Kellebrandt), 3. Hedenkrauch (Gangmoll). Toto: 29:10. Platz: 17, 20, 18:10. Ferner liefen: Blau, Blau, Wolf, Fegeler, Leander, Chin Chin, Columbus, Caracas, Uadia. 2. Rennen. 1. Stallekling (Vargo), 2. Wackels (D. Schmidt), 3. Kimmerrade (Guguenin). Toto: 70:10. Platz: 15, 12, 16:10. Ferner liefen: Finghilde, Qilf Der selbst, Brandmeister, Geber, Vitale, Orlis, Gariotta. 3. Rennen. 1. Meteor (W. Schmidt), 2. Rotenburg (Gagner), 3. Dorn (Vargo). Toto: 123:10. Platz: 51, 20, 57:10. Ferner liefen: Marabid, Lante Rette, Waid, Grafkrieger, Magnet, Puck Emma, Laufjunge, Wera. 4. Rennen. 1. Dampfer (D. Schmidt), 2. Erlich (Gagner), 3. Pan Robert (Gugener). Toto: 89:10. Platz: 29, 27, 24:10. Ferner liefen: Grotzler, Marcellus, Bromo, Laugenschütz, Lebrator, Graburg, Rudlich, Grohmann, Gantler, Kallomendon. 5. Rennen. 1. Rheinwein (E. Larras), 2. Walfahrt (Gugener), 3. Indigo (D. Schmidt). Toto: 15:10. Platz: 15, 25:10. Ferner liefen: Impressionist, Dillator. 6. Rennen. 1. Kufbau (W. Ludwig), 2. Goldsch (Vargo), 3. Wito (Gugener). Toto: 89:10. Platz: 30, 21, 151:10. Ferner liefen: Uel, Dine, Madieschen, Herbert, Georgkritter, Großer Put, Victoria, Trianon, Hecker, Dullon, Milla. 7. Rennen. 1. Zeit (D. Schmidt), 2. Zaig (Schönlich), 3. Röhling (Ecklein). Toto: 121:10. Platz: 27, 17, 51:10. Ferner liefen: Tramlule, Abendwind, Great Gala, Katschopfal, Varus, Gaudium, Fischke, Glasbäger, Dobrit, Roberta, Weleda.

Neben
seinen bekannten
Puddingpulver
empfiehlt jetzt

das
vorrätigste selbsttrocknende
Kuchenmehl
mit feinstem Küchengewürz
1 Pfund-Paket für die hausbäckerei
55
Preiswert und bequem verwendbar.
In allen Lebensmittelgeschäften erhältlich.
Nährmittelfabrik Julius Penner A. G.
Berlin-Schöneberg.

Zusammenbruch der Dolchstoßflüge.

Coßmann tritt den Rückzug an.

München, 27. Oktober. (Bd. 3.)

Reichstagsabgeordneter Landsberg-Berlin führte im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung aus: Ich befürchte, daß die Einheitsfront, die mir in Deutschland noch einmal dringend brauchen werden, durch diesen Vorwurf verhindert wird. Es gab für die erdrückende Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion gar keinen Meinungsunterschied. Es wurde immer betont: „Wir haben nicht zu untersuchen, wie der Krieg herbeigeführt worden ist, sondern wir sind im Kriege, und wir müssen alles tun, um die Gefahr für unser Land zu beseitigen, und wir müssen jetzt vor aller Welt und namentlich im Interesse unserer ausziehenden Soldaten die vollkommene Einheit wahren.“ Das war die Bedeutung des 4. August. Wenn es uns in diesen Zeiten gelungen ist, die Feinde in Ost und West zurückzudrängen und deutsches Land im wesentlichen vor der Invasion zu bewahren, so fühle ich das zurück auf die Begeisterung, die unsere Soldaten auf Grund des Eindrucks empfingen: die ganze Heimat steht hinter uns! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich damals mit allen gegen 14 Stimmen entschlossen, die Kriegskredite zu bewilligen. Im Plenum trat ein Widerstand überhaupt nicht in die Erscheinung, und diejenigen, die zur Minderheit gehörten, haben nicht daran gedacht, das Vaterland mehrlos zu machen. Was die Mehrheitssozialisten von den Unabhängigen trennte, das war die

verschiedene Beurteilung der Lage Deutschlands.

Wir wollten den Frieden der ehrlichen Verständigung, der uns lieb, was wir hatten, und auch dem Gegner nichts nahm. Der Krieg nahm aber seinen Fortgang. Es war uns nicht gelungen, bezüglich der Friedenspolitik Einfluß zu erlangen. Die Massen gingen schließlich an, den Krieg mit ganz anderen Augen zu betrachten. Entbehrungen und furchtbare Verluste kamen hinzu, und all das wirkte auf die Massen ein, und wir nutzten unseren Einfluß mehr und mehr schwinden sehen. Aber wir sozialdemokratischen Führer sind der Ansicht gewesen, daß man Populartät nur zu dem Zwecke betriebe, um sie aus dem Spiel zu setzen. Die Sozialdemokraten sind jedesmal für die Kriegskredite eingetreten. Unter der Regierung des Prinzen Max von Baden wurden die Sozialdemokraten zum Eintritt in die Regierung eingeladen. Es erhoben sich damals in den Reihen meiner Freunde warnende Stimmen, die sagten: Werken wir uns nicht für die verlorene Sache in die Bresche, wir brauchen unsere Kräfte später! Ich sehe noch den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert; er kam von einer Besprechung mit der Reichsregierung, in der Major von dem Busche Mitteilung über die Lage an der Front gemacht hatte. Ebert sagte, „diejenigen, die da liegen, es sei alles verloren, sprechen wie Spieler.“ Es ist der deutschen Sozialdemokratie unwürdig, unser Vaterland in Gefahr, und sie sieht sich nur dadurch befreit, wenn wir uns mit einsetzen. Wir müssen in die Regierung mit hinein.“ Die Mehrheit der Fraktion genehmigte dann den Beschluß.

Ueber das Wirken der Führer der U.S.P. befragt, erklärt der Zeuge: Ich kenne nicht einen einzigen, dem ich zuzurufen möchte, daß er etwas getan hat, um die militärische Lage Deutschlands zu verschlechtern.

Wir ist nichts von irgendeiner begerischen Tätigkeit der U.S.P.-Führer bekannt. Die Unabhängigen wollten keinesfalls für Annexionen kämpfen, das war letzten Endes der Schlüssel ihrer Politik. Ich glaube auch nicht, daß Dittmann eine Meuterei provoziert hat. Wenn ich hier über Dittmanns Bienen auslegen soll, so kann ich hier nur als Leumundzeuge auftreten.

Ein Wendepunkt.

Darauf gab Rechtsanwalt Bekolozza folgende grundsätzliche Erklärung ab: „Die Süddeutschen Monatshefte haben in den beiden Dolchstoßheften insofern, als sie den Inhalt und die Tendenz der dort veröffentlichten Artikel zu vertreten haben, in keiner Weise die Mehrheitssozialistische Partei als solche in ihrer vaterländischen Haltung angegriffen. Die von der Reaktion zu vertretenden Artikel geben klar zu erkennen, daß die U.S.P. eine vaterländische, feindliche Haltung eingenommen hatte. Dieser Vorwurf ist aber nicht gegen die Mehrheitssozialdemokratische Partei erhoben worden. Ich möchte den Herrn Verteidiger der Gegenpartei der Vereinfachung halber ersuchen, daß er diejenigen Stellen, in denen die Mehrheitspartei angegriffen worden ist, hervorhebt. Es ist kein Satz davon enthalten, daß sich die Mehrheitssozialdemokratie mit der U.S.P. im Sinne einer Schädigung der vaterländischen Interessen verbunden hat.“

Rechtsanwalt Dr. Hirschberg gab hierauf folgende Erklärung ab: „Wir sind nunmehr an einem entscheidenden Punkt des Dolchstoßprozesses angelangt. Die Gegenseite stellt fest, daß das, was in den Büchern als Beschuldigungen gegen die Mehrheitssozialdemokratische Partei erhoben worden ist, nicht wahr ist. Die Gegenseite gibt damit

zu, daß gegen die Mehrheitssozialdemokratische Partei ein Vorwurf nicht erhoben werden kann. Von unserer Seite wird das als ein Eingeständnis zu unserer Behauptung der Fälschung historischer Ereignisse aufgefaßt.“

Darauf wird die Befragung des Zeugen Landsberg fortgesetzt. Dieser führt weiter aus:

Zu den Grundrissen der Sozialdemokratie hat der Grundsatz der Selbstverteidigung immer gehört.

Die Unabhängigen trennten sich von der Mehrheit, weil ihnen vorgeworfen wurde, daß sie die alten Grundsätze preisgegeben und verraten haben. Bezüglich des U-Boatkrieges erklärte der Zeuge: Wir standen dem U-Boatkrieg skeptisch gegenüber. Zuerst wurde der uneingeschränkte U-Boatkrieg von der Regierung abgelehnt. Auch Helfferich sprach dagegen. Im Januar 1917 kam dann der Umschlag. Helfferich sagte damals, daß die größte Aussicht vorhanden sei, England durch den U-Boatkrieg zu vernichten. Ich erinnere mich eines Ausspruches, den ich im Reichstage machte an dem Tage, als der uneingeschränkte U-Boatkrieg beschlossen wurde. Ich sagte: „Diese Tat ist der Untergang Deutschlands.“

Staatssekretär Capelle sagte damals: „Sollte Amerika infolge des U-Boatkrieges sich am Kriege gegen Deutschland beteiligen, so haben wir uns nicht zu fürchten. Amerika ist militärisch eine Null. Amerika hat wohl Menschenmaterial, aber keine Soldaten.“

Zu dem Vorwurf, der in den „Süddeutschen Monatsheften“ erhoben wird, erklärte der Zeuge Landsberg, daß an diesem Vorwurf kein Wort wahr sei. Die Sozialdemokratie sei doch in die Regierung eingetreten. Wie sollte sie dazu kommen, diese Regierung, in der sie vertreten war, in die Luft zu sprengen? Hinsichtlich der Forderung nach Abdankung des Kaisers, die kurz vor der Revolution von der Sozialdemokratie gestellt wurde, verweist der Zeuge darauf, daß diese Forderung auf der allgemein bekannt gewordenen Tatsache beruhte, daß Amerika, England und Frankreich jeden Frieden ablehnten, wenn nicht ein Wechsel in der obersten Spitze erfolgte. Die Sozialdemokratie habe bei Nichterfüllung dieser Forderung gedroht, aus der Regierung auszuscheiden. Unrichtig sei aber, daß sozialdemokratische Führer im Weigerungsfalle mit der Revolution gedroht hätten.

Da Zeuge Wels noch nicht eingetroffen ist und Abg. Scheidemann erst am 29. Oktober nach München kommen kann, wird zunächst der

Zeuge Erhard Auer

vernommen, der sich einseitig gegen den Vorwurf verwehrt, daß der beklagte Redakteur Gruber in diesem Prozeß nur der Vorgesetzte sei. Zu den Veröffentlichungen in den „Süddeutschen Monatsheften“ erklärt der Zeuge, daß der Sozialdemokratie durch diese Publikation bitteres Unrecht geschehen sei. Die Kränkung gehe um so tiefer, als die Arbeit des Professors Coßmann in wissenschaftlicher Aufmachung erschien, und es sich dabei nicht um eine Arbeit handele, die in der Hoff der Redaktionsstätigkeit in die Druckerei und zur Veröffentlichung gekommen sei.

Man habe das Gefühl, daß mit dieser Arbeit die Träger und Verteidiger der heutigen Staatsform getroffen werden sollten.

In der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 steht der Satz: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr das heilige Vaterland nicht im Stich.“ Diese Erklärung sei nicht aus Feigheit oder Spekulation gegeben worden, sondern aus der innersten Ueberzeugung heraus. Fritz Ebert hat sich gegen das Unsinvolle der verschiedentlich zur Verteilung gelangten Flugblätter gewandt und ausgeführt, in einer Zeit, in der die englischen Munitionsarbeiter auf Feiertag und Sonntag verzichteten, in der die ganze Welt mit äußerster Kraftanstrengung für die Entente Munition und Kriegsmaterial herstellte, in der alle feindlichen Staatsmänner grundsätzlich jede Friedensbereitschaft ablehnten und unsere Söhne und Brüder an allen Fronten im furchtbaren Trommelfeuer siegen: in dieser Zeit sollen die deutschen Munitionsarbeiter streiken? Wäre das nicht Wahnsinn?

haare erklärte noch dazu: die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die Genossen haben mit der angeblichen Verbreitung von Flugblättern aus dem Auslande nichts zu tun.

Zuf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917 wurde nach dem vom Zeugen vorgelegten Protokoll die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik ausdrücklich gebilligt. Nach dem Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion berichtete Scheidemann damals über die politische Situation und erklärte zur Frage, ob Sozialdemokraten in eine zu bildende Regierung eintreten wollen, u. a.:

die Situation ist so unlagbar schwer, daß uns höher als alle Parteinteressen das Schicksal unseres Volkes, das Leben unserer Soldaten stehen muß, die draußen Tag für Tag gemordet werden.

Auf Grund dieser Protokollauszüge verweist der Zeuge auf das Unsinvolle des Vorwurfes, daß die Sozialdemokratie den Dolchstoß geführt und planmäßig auf die Revolution hingearbeitet habe. Der General Althoff habe die Gesamtverluste Deutschlands auf 12 Millionen Mann geschätzt. Man darf sicher gehen, daß wohl mit der größten Teil der Verluste von der arbeitenden Bevölkerung getragen worden sei. Wenn nun behauptet würde, die organisierte Arbeiterschaft habe den Dolchstoß verübt, so wäre das ja eine eklatante Leichenschändung. Der schwerste Vorwurf gegen die Oberste Heeresleitung sei aus dem Grunde zu erheben, weil sie es unterlassen habe, einen möglichst schnellen Frieden herbeizuführen. Auch Reichskanzler Michaelis habe geradezu den Verständigungsfrieden hintertrieben, weil er nicht zugeben konnte, daß angefangen des im gleichen Jahre stattfindenden protestantischen Jahresfestes ein Verständigungsfrieden auf Grund der vermittelnden Tätigkeit des Papstes zustande kam. Der Zeuge trat dann der Meinung entgegen, daß die Lebensmittelnot allein die Mannschaften zermürbt hätte. Gewiß hätten auch die Verhältnisse in der deutschen Industrie vielfach Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben.

Die Arbeiter hätten gewußt, daß Stahl und Eisen ins Ausland gingen, während an der Front keine Munition vorhanden war.

Auch sei er in der Lage, über die Stimmung im Heere zu berichten. Er habe Tausende von Reichswerkern erfahren, die sich auf schlechte Ernährung, schlechte Behandlung usw. bezögen. Die alldeutschen Eroberungspläne hätten selbstverständlich den bestmöglichen Widerspruch bei den Sozialdemokraten hervorgerufen. Auf der andern Seite hätten sie aber auch unsere Kriegsgegner zu verschärfem Widerstand angeporn. Der Zeuge erklärt,

daß er sich gegen einen Waffenstillstand ausgesprochen habe mit der Begründung, daß das Revolution bedeute. Es würde niemals möglich sein, nach Ablauf des Waffenstillstandes die Waffen wieder zu erheben, und daß der Waffenstillstand das Ende Deutschlands bedeuten würde.

Als man ihn gefragt habe, was er denn vorschlagen würde, habe er geantwortet, er würde ein Friedensangebot hinausenden. Der Zeuge wandte sich dann den sogenannten Streikheerchen der Sozialdemokraten zu und erklärte, wenn die Sozialdemokraten einen Streik während der Kriegsjahre gewollt hätten, dann wäre er auch durchgeführt worden, aber die Sozialdemokratie sei immer gegen den Streik gewesen, weil sie es als ein Unglück für das Vaterland betrachtete, wenn alles stillgelegt würde. Durch die Treibereien der Annexionisten und durch das Unverständnis der Heeresleitung sei eine aktive Friedenspolitik unmöglich gemacht worden. Nach dem Dafürhalten des Zeugen seien das alles die Hauptursachen des Zusammenbruches gewesen. Man habe die Sozialdemokraten oft gefragt, warum sie den Zusammenbruch nicht verhindert haben. Die Welle der Zerstörung sei aber schon zu nahe und unaufhaltbar gewesen. Das sei der beste Beweis dafür, daß die Welle nicht künstlich gemacht worden ist. Für die Sozialdemokraten sei es für die Zukunft die Hauptsache gewesen, Deutschland vor dem Bolschewismus zu bewahren, und das sei den Sozialdemokraten gelungen.

R.-M. Dr. Hirschberg beantragte daraufhin die Verteilung eines Abchnittes aus den Dolchstoßheften, der sich mit den finanziellen Grundlagen der Revolution beschäftigt. In diesem Aufsatz heißt es, daß sich im Nachlass Eisners im bayerischen Ministerium des Innern ein Schriftstück fand, das die Stückzahl und Summe der vom 25. September bis 16. November 1918 ausgegebenen Scheds darstellt. Eisner habe in der angegebenen Zeit nicht weniger als 164.727.000 Mark ausgegeben.

Der Zeuge Auer erklärte: Ueber den Ursprung der Liste mit der Aufschrift über 164 Millionen wisse er nichts zu befinden. Eisner habe nie Geld gehabt und es siehe fest, daß es zur damaligen Zeit keine Behörde gab, die über 164 Millionen verfügen konnte. Die einzige Stelle, die dies machen konnte, sei die Militärbehörde gewesen. Nach der Ueberzeugung Aurers könne diese Liste nur aus dem Kriegsministerium stammen. Von militärischer Seite seien wiederholt Gelder zur Propaganda im neutralen Auslande ausgegeben worden.

Die Verhandlung wird auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Musikaufträge

übergibt man nur dem Nachweis des Deutschn. Musikerverbandes, Berlin O 27, Andantenstr. 21 (Königsplatz 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Sonderangebote

Damen-Trikotagen

- Schlüpfer** farb. Baumwolle, feingewebt, Gr. 42-46 **1⁶⁵ 1⁴⁵**
- Schlüpfer** farbig, mit anorahntem Futter..... **1⁹⁵**
- Hemdchen** geblickt, ec 1 Mako, feingewirkt, ca 30 cm lg. **2⁴⁵**
- Jacke** mit 1/2 Aermel, wollgemischt..... Grösse 4 **2⁹⁵**
Jede weitere Grösse 25 Pfennig mehr
- Beinkleid** oden, wollgemischt..... Grösse 4 **3⁰⁰**
Jede weitere Grösse 30 Pfennig mehr
- Reformhose** mit Elastik oder Hängel, wollgemischt, Gr. 4 **3⁷⁵**
Jede weitere Grösse 25 Pfennig mehr
- Hemd** mit 1/2 Aermel, wollgemischt..... Grösse 4 **4⁷⁵**
Jede weitere Grösse 25 Pfennig mehr
- Schlüpfer** farbig, reine Wolle, feingewebt, Gr. 42 **5⁴⁰**
Jede weitere Grösse 60 Pfennig mehr.

- Kasak** aus gestreiftem, baumwollenem Flanell, mit Taschen, gut verarbeitet **3⁵⁰**
- Kasak** aus Crêpe-Flanell, in modernen bunten Dessins, mit langen Aermeln und Kragen **6²⁵**
- Kasak** aus kunstseidenem Trikot, mit langen Aermeln und bestickter Bordüre **9⁷⁵**



- 1 Posten Original **Wiener Westen** ganz aussergewöhnlich, preiswert, in vielen Farben **16⁷⁵**

- Kasak** aus gutem gemustertem Velvet, mit langen Aermeln und Kragen, 1 grossen Farbensortiment. **16⁵⁰**

- Jumper** reine Wolle, in sehr schönen Streifen mit Falten u. Taschen, elegant verarbeitet **11⁷⁵**
- Unterrock** aus guten warmen Stoffen, in vielen Farben **2⁷⁵**
- Unterrock** aus gutem, baumwollenem Trikot, mit plissiertem Satinvolant **4⁵⁰**
- Unterkleid** aus kunstseidenem Trikot, in allen modernen Farben **3⁹⁰**

- Damen-Strümpfe**
- Baumwolle** Doppelsehle und Hochterse, schwarz und farblich..... **95**
- Prima Seidenflor** klar, feines Gewebe..... **1⁹⁵**
- Prima Kunstseide** Doppelsehle, Hochterse und Naht..... **2⁹⁵**
- Kaschmirwolle** schwarz..... **2⁹⁵**
- Tramaseide** moderne Farben..... **4⁹⁵**
- Morgenröcke**
- Morgenrock** aus gut u. feinstem Stoff, los- u. be Form..... **5⁹⁰**
- Morgenrock** aus gut u. feinstem Stoff, eleg. be- stickt, mit langem rchal u. Aermelanschlägen **9⁵⁰**
- Morgenjaske** aus gut. Filzstoff, in vielen mod. Farben **4⁵⁰ 5⁵⁰**

- Handschuhe** für Damen, Trikot, halbg. /kletter, 2 Drahtknöpfe, erstes Fabrikat..... **2²⁵**
- Handschuhe** für Damen, Schwed. imitiert, mit mod. Aufsicht und Riegelverschluss, erstes Fabrikat **3²⁵**



- Handschuhe** für Damen, Schwed. imitiert, mit elegantem seidnen Halbfutter, erstes Fabrikat... **3⁴⁵**
- Handschuhe** für Damen, Woll-Imitation, 2 Drahtkn., farbig, gelb, weiss, schwarz, erstes Fabrikat. **3⁹⁰**

Welternte und Weltpreise.

Die Welternte an Brotgetreide (Weizen und Roggen) auf der nördlichen Erdhälfte wird in diesem Jahre als reichlich bezeichnet. Bringt man jedoch die Erntezahlen ins Verhältnis zu den Vorkriegszahlen und zur Bevölkerungsvermehrung, so zeigt sich sofort, wie relativ der Begriff „reichlich“ ist. Im Durchschnitt des Jahrzehnts 1909/13 wurden auf der nördlichen Erdhälfte 91,5 Millionen Tonnen Weizen und 43,1 Millionen Tonnen Roggen geerntet, zusammen 134,6 Millionen Tonnen. Für das Jahr 1925 lauten die neuesten Schätzungen auf 95,6 Millionen Tonnen Weizen und 44,5 Millionen Tonnen Roggen, zusammen 140,1 Millionen Tonnen. Die geringfügige Steigerung bleibt hinter der Bevölkerungsvermehrung zweifellos weit zurück, wenn sich für letztere auch zuverlässiges vergleichsfähiges Zahlenmaterial nicht beibringen läßt.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß Europa ohne Rußland in diesem Jahre 35 Millionen Tonnen Weizen und 21,9 Millionen Tonnen Roggen erntete gegen 35,8 Millionen und 23,4 Millionen Tonnen im Jahrzehnt 1909/13. Europa ist also an dem vorstehend deutlich gemachten Erntepius nicht beteiligt. Dies ist vielleicht ganz und gar durch Nordamerika veranlaßt, das 1909/13 durchschnittlich 24,2 Millionen Tonnen Weizen und 1 Million Tonnen Roggen (zusammen 25,2 Millionen Tonnen) erntete und in diesem Jahre 29,7 Millionen Tonnen Weizen und 1,7 Millionen Tonnen Roggen (zusammen 31,4 Millionen Tonnen). In die Schätzung der Gesamternte der nördlichen Erdhälfte ist für dieses Jahr Rußland mit 18 Millionen Tonnen Weizen und 20,8 Millionen Tonnen Roggen aufgenommen. Das bedeutet, daß die Ernte Rußlands in diesem Jahre für beide Brotfrüchte zusammen erheblich über dem Durchschnitt der Jahre 1909/13 (18,6 Millionen Tonnen Weizen und 18,7 Millionen Tonnen Roggen) liegen soll. Die Zuverlässigkeit dieser russischen Schätzung wird mit gutem Recht bezweifelt.

Gegenüber dem Vorjahre stellt sich der Erntevergleich günstiger. Für das Jahr 1924 wird die Weizenernte der nördlichen Erdhälfte nur mit 82,2 Millionen und die Roggenernte mit 34,7 Millionen Tonnen angegeben. Das Einzelverhältnis stellt sich zwischen 1924 und 1925 in Millionen wie folgt:

	Weizen		Roggen	
	1924	1925	1924	1925
Europa	27,7	35,0	15,2	21,9
Nordamerika	80,9	29,7	2,0	1,7
Europ. Rußland	10,4	18,0	17,6	20,8
Asien	10,8	9,9	—	—
Nordafrika	2,9	2,9	—	—

Die Entwicklung der Ernten seit Vorkriegszeiten zwingt zum Rückschluß auf

wesentliche Veränderungen des Konsums.

Im allgemeinen Pro-Kopf-Verhältnis, das aber nur ein rohes Bild gibt, zeigt sich ein starker Rückgang des Brotgetreideverbrauchs. Wir wissen, daß davon hauptsächlich Europa betroffen war, das nach schweren Entbehrungsjahren erst seit dem vorigen Jahre wieder eine Zunahme des Brotkonsums zeigte. Soweit Deutschland in Betracht kommt, ist aber inzwischen wieder eine Abnahme des Brotkonsums eingetreten. Typische Reihenbeobachtungen aus dem industriellen Westen des Reiches erweisen diese Tatsache deutlich genug. Der Brotgetreideverbrauch in Ostfriesland zeigt die entgegengesetzte Tendenz. Es ist von vielen Beobachtern darauf aufmerksam gemacht worden, daß insbesondere in China in der jüngsten Vergangenheit eine starke Ausweitung des Weizenverbrauchs eingetreten ist. Dafür sprechen auch die Verschiffungszahlen für Weizen von dem größten pazifischen Hafen Kanadas, Vancouver, nach dem „fernen Osten“. Diese betragen von 1921 bis 1924 in tausend Bushels: 359, 2648, 5753 und 13.534.

Preise und Spekulation.

Die schlechte Ernte des vergangenen Jahres in Verbindung mit der erwähnten Besserung der Kaufkraft Europas hat Veranlassung zu den tollsten Spekulationsmanövern gegeben, die ihren Gipfelpunkt an der Börse von Chicago fanden. Für den Umfang dieser spekulativen Wuchenschaften ist charakteristisch, daß im ersten Quartal 1925 an den Getreidemärkten der Vereinigten Staaten siebenmal soviel Weizen „gehandelt“ worden ist, als die gesamte Weizenernte des Landes im Jahre 1924 betrug. In der Auswirkung dieser Spekulation erreichte der Weizen an der Börse von Chicago am 28. Januar 1925 einen höchsten Preis von 205 Cents je Bushel (118 Proz. mehr, als er im Durchschnitt des Jahres 1913 an derselben Börse gestoft hatte) und der Roggen 181 Cents je Bushel (187 Proz. mehr als 1913). In der Folge ist zwar ein Abbau dieser Rekordpreise geschehen, aber es ist eine recht ansehnliche Preissteigerung geblieben, so daß der Durchschnittspreis des ersten Halbjahres 1925 an der Chicagoer Börse für Weizen 170,7 Cents (90 Proz. mehr

als 1913) und für Roggen 134,05 Cents (113 Proz. mehr als 1913) blieb.

Die Preisentwicklung Chicagos hat in dieser Zeit mehr oder weniger auch die Preise der übrigen Weltmärkte bestimmt. Seitdem haben sich die Preise in Chicago wie folgt entwickelt:

	Weizen		Roggen	
	Preis je Bushel	Proz. mehr als 1913	Preis je Bushel	Proz. mehr als 1913
1925 1. Halbjahr	170,70	90	134,05	113
Juli	152,60	70	95,95	82
August	159,75	78	102,40	83
September	148,35	85	84,25	84
1. bis 24. Oktober	141,30	87	80,65	88

Die Abwärtsbewegung der Preise ist inzwischen zum Stillstand gekommen und ins Gegenteil umgeschlagen. Am 3. Oktober hat der Weizen in Chicago mit 134 Cents je Bushel seinen tiefsten Stand erreicht, nachdem der Roggen schon am 26. September bei einem solchen von 73 1/2 Cents angefangen war. Nach manchen Preisschwankungen galt der Weizen am 24. Oktober in Chicago 142 1/2 Cents und Roggen 80 1/2 Cents je Bushel. Zwischen durch erreichte höhere Preise konnten nicht gehalten werden.

Rückwirkungen auf Deutschland.

Die im ganzen rückläufige Preisbewegung seit Januar war durch allmählich gewichtiger werdende, weniger pessimistische Ansichten über den Grad der für Mai bis Juli erwarteten akuten Getreideknappheit geformt und setzte sich fort unter dem Einfluß der günstigen Nachrichten über die wachsende und jetzt eingebrachte Ernte der nördlichen Erdhälfte. In den Vereinigten Staaten haben wegen deren eigener ungünstiger diesjähriger Ernte diese Nachrichten nicht ihre volle Wirkung getan. Die Abwärtsbewegung der Preise blieb dort längere Zeit gehemmt, und maßgebend wurden infolgedessen für den Weltmarkt andere Großhandelsplätze (z. B. Winnipeg in Kanada), die billigere Preise notierten. Wie das nicht selten geht in der kapitalistischen Wirtschaft, erzeugten rückläufige Preise weitere Rückgänge gewissermaßen aus sich selbst. Sie veranlaßten überflüssiges Angebot der Produzenten aus der Befürchtung, später noch niedrigere Preise zu bekommen, und sie veranlaßten Zurückhaltung der Käufer in der Hoffnung, später noch billigere anzukommen. Von überallher wird gemeldet, daß Händler und Mühlen immer noch nur die notwendigsten Posten kaufen und nur geringe Vorräte halten.

Mit dringenden Angeboten waren seit der neuen Ernte besonders Rußland, Polen und Deutschland am Markte. Die Sowjetregierung hat ein sehr starkes Finanzbedürfnis; sie muß, um die Ernte überhaupt aus den Händen der Bauern übernehmen zu können, die Einfuhr wichtiger Bedarfsartikel forcieren und sucht sich die Mittel dafür durch schnelle Ausfuhr der zunächst erlangten Getreidemengen und durch Verkäufe, auf die sie sich Vorkäufe zahlen ließ, zu sichern. Polen ist auf die Getreideausfuhr angewiesen, um die Währung halten zu können, deren Erschütterung auch den Getreidehandel wegen der zu erlangenden wertbeständigen Devisen sehr exportfreundig machte. Die deutsche Landwirtschaft wie auch der deutsche Getreidehandel suchte im Export die Möglichkeit, die Ernte zu mobilisieren, um so harem Gelde zu kommen. Diese Exportbedürfnisse standen in scharfer Konkurrenz miteinander und haben die Preise nicht wenig „verdorben“.

Es blieb der Sowjetregierung vorbehalten, aus dem Gegeneinanderwirken der Konkurrenten ein Miteinander zu machen. Es ist unumwiderproben, daß Tschitschew in Warchau mit dem polnischen Außenministerium ein Abkommen über den russischen und polnischen Getreideexport geschlossen hat, durch das die Absatzmärkte in eine russische und eine polnische Einflußsphäre geteilt wurden, innerhalb deren sich die Russen und Polen keine Konkurrenz machen. Der Abschluß des deutsch-russischen Kreditvertrages diente einem ähnlichen Zweck. Nach der bekannten Erklärung des Leiters der russischen Handelsvertretung in Deutschland ist dieser Abschluß „durch die Konjunktur auf dem Getreidemarkt begründet“, und zwar deshalb, weil die Verhältnisse auf dem internationalen Getreidemarkt Rußland angeblich zwingen, „das Getreide vorderhand zurückzuhalten“. Diese russisch-polnisch-deutsche Allianz hat schon einen Teil ihrer Wirkung getan. Der erwähnte Umschlag der Preisbewegung, an den die seitdem wieder einflussreichste Börse von Chicago sofort angeknüpft hat, ist nicht zum wenigsten ihr gedankt. Für Weizen stellt sich diese Wirkung wie folgt dar. Er kostete im Oktober:

	niedrigst	höchst	am 24. Okt.
New York (Cents je Bushel)	140	187 1/2	163 1/2
Chicago dito	134	147 1/2	142 1/2
Winnipeg dito	116 1/2	123 1/2	123 1/2
Buenos Aires (Pesos je Doppelqtr.)	11,60	12,50	12,25
London (Manitoba I. Pence je 480 engl. Pfund)	564	603	601 1/2

Schon laichen Andeutungen auf, daß sich in den Vereinigten Staaten wieder „ein kleiner Corner“ (Spekulationsring) bildet. Gewisse Maßnahmen des Außenministeriums der Vereinigten Staaten deuten darauf hin, daß man dort eine derartige Entwicklung nicht ungern sehen würde. Inzwischen mehren sich die Meldungen, daß die Sowjetregierung Schwierigkeiten hat, die Ernte in der beabsichtigten Weise für die Ausfuhr zu erschaffen. Sie war bereits gezwungen, für den Getreideexport gemietete Schiffe abzugeben. Das führte auch dazu, sich kritischer zu den russischen Ernteschätzungen einzustellen. Unter solchen Umständen ist jede Voraussage über die Entwicklung des internationalen Getreidemarktes unsicher, wie der Markt selbst. Joh. Kreyen.

Zu den Klagen der Schwerindustrie. Friedensdividende bei den van-der-Zypen-Werken.

Schon der Abschluß der Kloeckner-Gruppe, über den wir feinerzählt berichteten, hat gezeigt, daß man bei der Beurteilung der Lage der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie (abgesehen von den reinen Zechen) scharf zwei Gruppen unterscheiden muß. Die eine, die von ihrer Rohstoffbasis aus eine weitreichende Ausdehnungspolitik getrieben hat und dadurch nach der Währungsstabilisierung in große Schwierigkeiten kam. Zu ihr gehören Stinnes-Konzern, Lothringengruppe, Kombacherhütte, Stumm-Konzern. Die andere, die auch alle Umstellungsschwierigkeiten kennen lernte, aber durch vorsichtige Beschränkung auf ihr altes Arbeitsgebiet und durch vorausschauende Geschäftspolitik ihre Werte vor Erschütterungen zu bewahren mußte, die die Unabhängigkeit und den Bestand gefährdeten. Zu ihr gehören Kloeckner, Hoersch, Thyssen, Krupp. Von der zweiten Gruppe liegt bisher nur der Abschluß der Kloeckner-Gruppe vor, die zwar keine Dividende verteilt, aber beträchtliche Gewinne erzielt hat, die in den Werken selbst Verwendung fanden. Einen neuen und sehr wichtigen Beitrag zu der von uns immer vertretenen Ansicht, daß die heutigen Schwierigkeiten vieler montaner Großunternehmungen hauptsächlich in der unfähigen und kurzfristigen Wirtschaftsführung ihrer Leiter ihren Grund haben, lieferte die alte Vereinigte Stahlwerke von der Zypen und Wisseener Eisenhütten A.-G. Köln-Deutz, die soeben ihren Geschäftsbericht für 1924 veröffentlicht hat.

Auch auf diesen Werken kostete die schlechte Konjunktur sehr schwer. Von den vier Hochöfen waren meistens nur zwei, nur gelegentlich war ein dritter im Betrieb. Die Syndikatsaufträge brachten auch hier jenen Rückgang, der in der Weltüberproduktion und der teilweise Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Werke seinen Grund hat. Die Stahl-, Walz- und Hammerwerke Deutz, in den Vorkriegsbilanzen der beste Anlagenwert der Gesellschaft, hatten größtenteils, mit durch das Fehlen der Reichsbahn aufträge, eine sehr schlechte Beschäftigung. Nur von dem Blechwalzwerk Wesseln, das in 20 Walzenstrahlen Weis- und Feinbleche herstellt, wird ein guter Geschäftsgang berichtet. Im Januar d. J. wurde der höchste bisher erreichte Bestand verzeichnet.

Dennoch schließt das Werk sein Geschäftsjahr mit einer Friedensdividende von 10 Proz. ab (1911/13: 12, 12, 8 Proz.). Bei der Festsetzung dieser in der Montanindustrie bisher ungewohnten Dividende mögen vielleicht besondere Gründe mitgespielt haben. Von der Zypen ist mit den Rheinischen Stahlwerken durch eine Interessengemeinschaft mit dem Phönix-Konzern als Großaktionär verbunden (der Phönix-Konzern besitzt 80 Proz. der Aktien). Die van-der-Zypen-Dividende sollte möglicherweise die Gewinnquote erhöhen helfen, die Rheinische und Phönix bei dem neuen Montantrust erreichen wollten. Nichtsdestoweniger beweist die Bilanz, daß die Dividende durch die Betriebsergebnisse durchaus gerechtfertigt ist. Daran kann auch die Vorstandsbeurteilung im Geschäftsbericht nichts ändern, daß ein Vergleich des günstigen Abschlusses der Zypen-Werke mit anderen Hüttenwerken nicht ohne weiteres möglich sei, weil das Unternehmen Spezialerzeugnisse herstelle. Im technischen Aufbau, in der Hauptproduktion unterscheidet sich von der Zypen nicht so wesentlich von anderen Montanombinationen. Höchstens in der Größe, was aber eher ein Nachteil als ein Vorteil den großen Werken gegenüber ist.

Nach Abzug sämtlicher Betriebs- und Geschäftsunkosten verbleibt ein Rohgewinn von 2,79 Mill. M., der nach 1,01 Mill. M. Abschreibungen einen Reingewinn von 1,78 Mill. M. läßt. Aus diesem werden 10 Proz. Dividende auf das dividendenberechtigte Kapital von 16,2 Mill. ausgeschüttet (Gesamtkapital 22,2 Mill. gegenüber 17 Mill. 1913). Der Aufsichtsrat erhält 108 000 M. Rund 48 000 M. werden auf neue Rechnung vorgezogen. Die Abschreibungen mit 1,01 Mill. scheinen zwar gegenüber einem Anlagenwert in der Goldbilanz von 18,75 Mill. niedrig (zirka 6 Proz. auf Bergwerke, je 10 Proz. auf Hochöfen und Stahlwerke, 8 Proz. auf die Walzwerke). Aber diese Anlagen sind weit unter ihrem Wert angelegt (die Stahlwerke Deutz z. B. mit 1,75 gegen 8,24 Mill. 1913), und die zu erwartende Besserung der Konjunktur rechtfertigt durchaus die Auf-

OVERSTOLZ



OVERSTOLZ

★ nach wie vor 5 Pf. ★

70% mazedonische und 30% kleinasiatische Tabake enthält unsere Overstolz-Zigarette. Der Fachmann bezeichnet diese Mischung als „echt“, denn es sind ihr weder bulgarische, oder altgriechische noch sonstige, unedle Provenienzen beigemischt. Auch der Raucher erkennt die in dieser Preislage ungewöhnliche Qualität. Sonst wäre Overstolz nicht die meistgerauchte 5-Pfennig-Zigarette Deutschlands.

OVERSTOLZ

Schiebung großer Abschreibungen auf später. Dafür scheint die Gesellschaft sich aber durchaus von spekulierendem Kreditinanspruchnahmen freigehalten zu haben. Bankschulden sind überhaupt nicht aufgeführt. Eigene Aktepte sind nur mehr mit 327 498 M. gegenüber 4,82 Mill. im Vorjahr ausgewiesen. Die Warenschuldner (7,63 gegen 6,77 Mill.) sind fast ebenso stark gestiegen wie die Gläubiger (4,16 gegen 2,68 Mill.). Die Warenvorräte haben sich mit 5,33 gegen 2,8 Mill. fast verdoppelt. Dabei ist anzunehmen, daß diese Vorräte beträchtlich unterbewertet sind, wie sich aus der Höhe des Warenbestandes von 1913 vermuten läßt, der damals bei geringerem Verkaufsumfang schon 5,07 Mill. betrug. Es handelt sich also bei der von der Zypen keineswegs um eine „Paradedividende“ für die Kontantverhandlungen, sondern um eine normale Geschäfts-

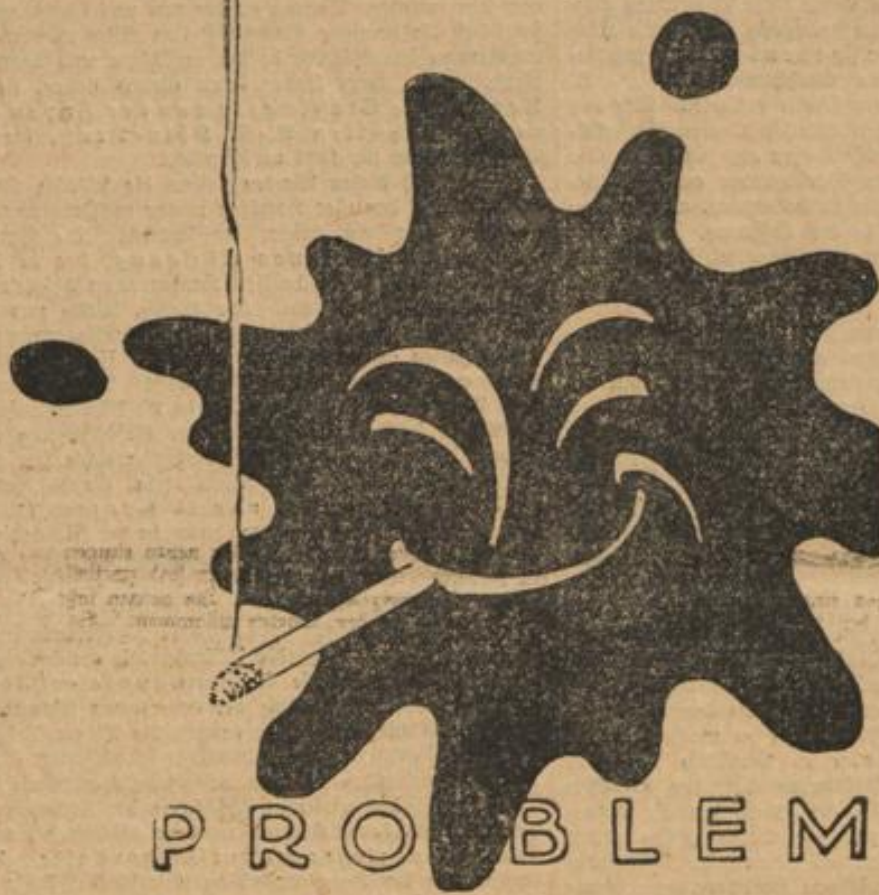
dividende, wie sie der Kloeckner-Konzern ebenfalls hätte verteilen können, wenn er seine Gewinne nicht kapitalisiert und das Goldkapital weniger hoch angelegt hätte.

Der Geschäftsabfluß der van-der-Zypen-Werte ist also ein neuer Beweis dafür, daß die Lage der Schwerindustrie nur teilweise und zeitweise als ungünstig anzusehen war. Teilweise, soweit Inflationskonzerne in Frage kamen, die sich ihre schlechte Lage selbst zuschreiben haben. Zeitweise insofern, als auch für die übrigen Konzerne die Währungsstabilisierung erhebliche Umstellungskosten brachte. Diese aber teilten sie mit der gesamten übrigen deutschen Industrie. Soweit die Weltkonjunkturlage die Ursache besonderer Schwierigkeiten wurde, hat kein Kapitalist ein Recht, sich darüber zu beschweren; denn das gehört nun einmal zum Geschäft.

Einer gründlichen Sanierungsaktion muß sich die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik A.G. in Düsseldorf unterziehen. Nach den jetzt mit den Banken abgeschlossenen Verhandlungen wird eine Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis von 3:1 nämlich von 18 auf 6 Millionen vorgeschlagen, und es soll dann neues Kapital beschafft werden durch die Ausgabe von 6 Millionen Mark Aktien, so daß dann das Aktienkapital 12 Millionen Mark betragen wird. Die Gesellschaft begründet die Sanierungsaktion mit der ungünstigen Geschäftslage des letzten Jahres, das auf die umfangreichen Betriebsstillegungen zurückzuführen ist. Durch die Transaktion werden der Gesellschaft ausreichende Mittel zugeführt, um mit Erfolg ihr verkleinertes Fabrikationsprogramm weiter führen zu können. Die Betriebsstillegungen sind erforderlich geworden mit Rücksicht auf die durch verschiedene Gründe hervorgerufenen Abschwicherigkeiten.

4 Pf.

MOSLEM
sind wieder überall
erhältlich!



PROBLEM

20% RABATT
UND WENN EINMAL
DAS GELD NICHT REICHT,
KAUFT MAN BEI
FEDER
FEDERLEICHT

auf die geleistete Anzahlung werden dem Vorzeiger dieses Inserates in allen unseren Abteilungen sofort gutgeschrieben.

KLEIDUNG AUF KREDIT
PELZE FÜR DAMEN AUF KREDIT



BRUNNENSTRASSE 1
FRANKFURTER ALLEE 350. KOTTBUSER DAMM 103. CHARL. SCHARRENSTR. 5.
MITGLIED DES REICHSVERBANDES DES KREDITGEBENDEN EINZELHANDELS.



Er und Du
Lebensfreude
solten Wanderungen Sie geben. Nicht „Du“ dich aber hinterher wie verschlagen, dann war Deine Wanderung nur eine schädliche Strapaze. Woher kommt es, daß „Er“, der Aufbaumacher, fröhlich über Stein und Stein wandert und dabei vollen Gewinn an Lebensfreude und Körperliche hat? Die richtigen Heilmittel Dr. Schröders Aufbausalz machen es. Sie fehlt daher auch

2x1 = 1
Preis Aufbausalz = 1
ganzes Leben Jugend

„Das Salz des Lebens“ ist ein vitaminhaltiges Nährsalz-Präparat, hergestellt nach den neuesten Erkenntnisse der Vitamin-Forschungswissenschaft.

- Es schafft... gesundes, aktives Leben.
- Es beugt... Müdigkeit, Abspannung, Lust, Depression.
- Es kräftigt... Nerven, Muskeln, Haarwurzeln, Zahngewebe.
- Es erneuert... die Zellen und Gewebe.
- Es fördert... die Verdauung, den Blutkreislauf, Stoffwechsel.
- Es vertagt... Nieren, Leber, Darm und Blase.
- Es bindet... die überschüssigen Säuren im Blut u. in den Organen.
- Es gibt... Kraftgefühl, Fröhlichkeit, Wohlbefinden.
- Es ist... geschmacklos, geruchlos, angenehm zu nehmen.

Dr. Schröders Aufbausalz

die physiologische Ergänzungs-Nahrung (ges. gesch.) zeigt überraschende Erfolge bei allen Zuständen.

Originalglas Mark 2.50 (für 3 Monate ausreichend). In Apotheken und Drogerien zu haben, sonst durch

„Vita“ Vertriebs- und Handelsgesellschaft, Berlin SW 48, Besselstr. 19, 1. Stock, Ecke Charlottenstr. Telefon Dönhof 349

Unsere neue Packung: Klein-Kur M. 1.-

Unserem Parteigenossen
Oskar Witzke
zum 65. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche
Die Genossen der 114. Abt.

Unserem alten Kampfgenossen
Oskar Witzke
zu seinem
65. Geburtstag die
herzlichsten Glückwünsche.
Kreis- und Fraktionsvorsitzender
des 17. Kreises (Lichtenberg).

Am Montag, den 30. Oktober mittags 12^{1/2} Uhr, verschied plötzlich und unerwartet infolge Herzschlages meine innigstgeliebte Frau, unsere treue treuzorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine
Garibaldina Hillekamps
geb. Stabutzki
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an der Beerdigung die
Heinrich Hillekamps u. Kinder.
Berlin N 54, Rebenstr. 30.
Die Beerdigung findet Freitag, den 30. Okt. nachm. 4^{1/2} Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße, statt. (11392 b)

Am 24. d. M. entfiel nach langem Leiden unsere liebe Genossin
Emilie Bäumlner
im 71. Lebensjahr.
Gründerin des Frauen- u. Mädchenbildungsvereins Schöneberg, widmete sie ihr Leben in vorbildlicher Hingebung der Sache des Proletariats. Wir werden ihrer stets in Treue gedenken.
Die Genossinnen und Genossen des 11. Kreises Schöneberg-Friedenau.
Die Beerdigung findet morgen, Donnerstag, nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße, statt.

Unserem lieben Genossen
Hermann Bernstein und Frau.
Sesenhelmer Str. 12, zum 25. Jahr. Ehrjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen der 57. Abt.

77. Abteilung (Schöneberg).
Am Sonnabendnachmittag 7^{1/2} Uhr verstarb nach langem Leiden im 71. Lebensjahre unsere treue Vorkämpferin, die Genossin
Emilie Bäumlner
Berlin-Schöneberg, Reisinger Str. 8.
Ihre langjährige, aufopfernde Tätigkeit innerhalb der Organisation wird uns stets in dankbarer Erinnerung bleiben.
Ehre ihrem Andenken.
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Abteilungsvorstand.

Der gute Kapitän-Kaufabak ist in den meistenigarren-geschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, KgSt. 3861

Billig verkauft mit kleinen Raten
Möbel jeder Art
Teilzahlung oder bar
Möbel-Gross
Große Frankfurter Straße 141
Kastanienallee 103 (a. d. Hochbahn)

ZAHLUNGS-ERLEICHTERUNG
Lieferung schon nach Einlösung der 1. Rate.

STANDARD-QUALITÄTS-PIANOS



DEMUSIN

PIANO-FABRIK BERLIN O 27

BLUMENSTASSE Nr. 70
Verlangen Sie sofort kostenlos „PIANO“-Offerte - Katalog mit Zahlungsbedingungen.

Inferieren bringt ERPÖL!



Billig verkauft mit kleinen Raten
Möbel jeder Art
Teilzahlung oder bar
Möbel-Gross
Große Frankfurter Straße 141
Kastanienallee 103 (a. d. Hochbahn)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Achtung!
Kollegen der Firma **Jachmann**
Vorfingwalde.
Genf, Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, in der Kantine:
Verammlung

Wagen- und Karoffelbrande!
Donnerstag, den 29. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Zimmer 25 des Verbandshauses, Einienstr. 83/85:
Außerordentliche Funktionärkonferenz.
Das Erscheinen aller Vertrauensleute ist unbedingt erforderlich.

Branche der Eisen- u. Revolverdreher evl.
Donnerstag, den 29. Oktober, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Einienstr. 83/85:
Vertrauensmännertreffen.
Die Kollegen werden ersucht, die Karten zum Ausschuss abzugeben.
Die Ortsverwaltung.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Borrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Adolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Borrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Kopp & Joseph's
räuterfranzbranntwein
Überall erhältlich
Fabrik Berlin W

Abschied von der Arbeit!

Von Hans Prienus.

ierzehn Tage war die ganze Belegschaft schon gekündigt, die arbeitsgesetzlichen Formalitäten waren erfüllt. Wenn kein Wunder geschah, mußte das Werk stillgelegt werden, eine lodrende Flamme der Arbeit mehr auf dem Altar der Arbeit erlöschten. Ob für lange? Ob für immer? — Nichts Ueberrothendes für die Leute — man hatte es längst kommen sehen.

Auch nichts Neues — es war ja überall dasselbe, im nächsten Umkreis, im Lande, auf der ganzen Welt. Kein Trost für einen, den es traf, auch keine Hoffnung. Die große Wirtschaftskrise, das mangelnde Kapital, die allgemeine Blutleere zerstörten den Wirtschaftskörper. Sturmvoegel umkreisten seit langem das Werk, Boten des nahenden Unheils, des kommenden Zusammenbruchs. Mit unpunktlichen Lohnzahlungen setzte es ein Abzüge und Lohnstreitigkeiten zwischen Leitung und Belegschaft waren an der Tagesordnung.

Schleppender und schleppender wurde der Geschäftsgang, immer weniger Rohmaterial, immer schlechteres kam ein, schließlich blieb es ganz aus. Der Betrieb zehrte von der Substanz, unproduktive Arbeit wurde geleistet. Die Arbeitsdisziplin, der Stolz des Wertes, bröckelte sichtbar ab. Offerten blieben aus, neue, fremde Gesichter tauchten in den Anmelde- und Wartezimmern auf. Jeder nahende Mittagspause erzeugte fiebrige Unruhe. Ob wohl Geld eintommen wird? war stets die Frage aller. Dispositionen wurden in einem Atem gegeben und widerrufen. Die Lager leerten sich, kein Zugang ergänzte sie. Arbeitsunlust machte sich allenthalben breit, ergriff den alten Stamm.

Konferenzen in den Privatkantoren der Leitung jagten einander, Unerfreuliches fand seinen Weg durch gepolsterte Türen. Hinter der ausgehenden Wäre her lief der Bote mit quittierter Rechnung. Die Lieferanten drängten, die Kunden lärmten, die Banken stöhnten und schickten Kontoauszug über Kontoauszug.

Kaufgeregte Telefongespräche und lebhaftere Auseinandersetzungen erfüllten die sonst so stillen Kantore und drangen in die Hallen, in die Werkstätten, in die Arbeitsplätze.

Kein Wunder geschah — die Zeit des Wertes hatte sich erfüllt. . . . Letzte Böhmung, letzte Schicht! . . .

Noch klappern die Schreibmaschinen in den Kantoren, rascheln Papiere, trispeln Federn. Die Unterschriftenmappe wandert wie immer ins Privatkontor, die letzte Post ist fertig. Draußen überm Hof dröhnen die Maschinen, fauchen die Ventile, strömt der Dampf und singen die Motoren das Lied der Arbeit und das Abschiedslied; schwer und schwarz entquillt der Rauch dem Schornstein, senkt sich wie eine Trauerjähne über das Fabrikgelände.

. . . Als erster verläßt der Chef die Büreau Räume, wortlos, stumm nickend, fröstelnd in seinen Mantel gehüllt; ein Junge schließt die Türe hinter ihm.

Dann schwirren halbblaue Gespräche, Wortfetzen durchbrechen die drückende Stille: „Was jetzt werden soll? Ja, wenn ich das wüßte . . . Die andern haben schon recht gehabt, als sie gingen vor zwei Monaten . . . wenn auch nicht viel, aber sie sitzen warm . . . Na, und die kleine Pflanze? Die hat auch gewöhnt, wo sie bleibt . . . Ich? Ich werde mit einem Freund zusammengehn, der hat sich da ganz nett eingerichtet . . . Was ich mache? Kunststück! Stempeln, stempeln, immer stempeln, so lang es geht; dann Arbeitsnachweis und so . . . Was? Adressen schreiben? Schon faul, so was die letzte Delung . . . Bin neugierig, wann die Kra drantommt, auch Begrüßung erster Klasse . . . Meine armen Hören, meine arme kranke Frau! Und ich zu alt, zu alt . . . Kopf hoch, mein Lieber, noch ist Polen nicht verloren . . . Warum denn weinen, wenn man auseinander geht, summt ein Unbekannter — dann klappen Pultbedel, Kirren Schlüssel, Räteln über Schreibmaschinen schließen sich knallend, Rappenschlüssel knaden und einer nach dem andern verschwindet aus den weiten Räumen, Scheu — gedrückt. Ade! — Während Beere bleibt zurück.

. . . . Letzte Schicht! Früher als sonst rüßet der Betrieb zum Feierabend. Ein Antrieb nach dem andern wird ausgeschaltet, eine Maschine nach der andern kommt zum Stehen, eine Scheibe nach der andern macht die letzte, halbe, viertel Drehung, die Riemen fallen klatschend, eine Stimme nach der andern verschwindet aus dem lärmenden Konzert der Arbeit; nur des Basses Grundgewalt, die großen Antriebswellen drehn sich blühend, nimmermüd und brummen den kleineren Kameraden spöttisch zu: Schon so müd? Schon so müd? Was sind das für Kerle . . . Die Motoren knattern noch einmal ärgerlich — das Riesenflugzeug läuft wie sonst!

. . . Ein Mann nach dem andern legt sein Handwerkzeug bei Seite, einer achtslos und gleichgültig, der andere mit der Sorgfalt jahrzehntelanger Uebung, fleischgewordener Gewohnheit; wie unbewußt streicht mancher noch mit rauher Hand liebevoll über die ihm liebgeordnete Maschine — Abschied vom Freund und vom Ernährer. Dann suchen sie die Waschräume auf, wechseln die Kleidung, packen ihre Sachen zum schweißgetränkten Bündel und treten Mann für Mann zur Pöhhung an und zum Empfang ihrer Papiere. — Das Heer der Arbeitslosen öffnet keine Reihen.

Im Kesselhaus stehen die Maschinisten vor den Kesseln und prüfen Wasserstand und Manometer ganz wie sonst — zum letzten Male; die Feuerleute reißen die schon erstarbenden Gluten auseinander — ein Hebelruck und durch die weiten Arbeitsräume geht ein Zittern, das schnell erstickt, dem tiefe Stille folgt — das Herz der Arbeit steht. Und die Sirene ertönt — heiser und bang — den Tod des Wertes in die Welt.

Syrien und seine Märchenstadt.

Von Romi.

In Syrien und in Damaskus selbst, seiner zauberhaften Hauptstadt, knallen die Gewehre. Frankreich, das schon seit Napoleons Zeiten seine Fänge nach diesem herrlichen Bergland ausgestreckt, führt einen schweren Kampf mit den arabischen und mohammedanischen Arabern. Syrien zu belagern (wie etwa Kegypten oder Japan), lag nicht im Zuge der Mode, und so kennen es nur verhältnismäßig wenige Europäer. Und doch birgt es eine Fülle von Sehenswerthem und von Schönheiten. Schon sein Hafen Beirut liegt prächtig zwischen Berg und See. Und nun steigt die Vulkanbahn empor zwischen einer geradezu üppigen Vegetation von Palmen und blühenden Feuchtgärten. Immer neue Ausblicke auf das langsam zurückweichende, tiefblaue Meer und auf die schneebedeckten Kuppen des Libanon und Antilibanon bietet diese herrliche, überaus gut gebaute und komfortable Bahn. Dann die große Ebene weiter, hochgelegener Berggürtel. Nur Hirten hausen hier. Zwar die berühmte Libanon-Feder findet man nicht mehr. Man hat sie bis auf wenige Exemplare veräußert. Ueber Kafak (wir kauften sie die Hammelstatten) nach Baalbet mit den berühmten Ruinen des Sonnen-

tempels, dem größten des Altertums, mit den höchsten Säulen, in die sich die Nachfolger Nabonnedes einbauten und einnisteten. Wie konnte die primitive Technik des Altertums solche Säulen aufrichten?!

Dan geht es abwärts in weite Täler und durch wieder engere inmitten gelber Felswände. Eine biblisch anmutende Landschaft, mit biblischen, wasserschöpfenden, halbverschleierten Frauen. Und endlich Damaskus, die orientalistischste der Großstädte des nahen Orients. Preis und Lob dir, du märchenhafte — du hast mir den Glauben an „Tausendundeine Nacht“ und die Echtheit Reinhardtischer Inszenierungen („Sumerun“) wiedergegeben! Liegt da nicht der Kolib Harun al Raschid eben um die Ecke? Dagegen sind Kairo und Konstantinopel orientalistische Europäerstädte. Dies ist endlich der unverfälschte Orient mit seinen malerischen Gassen und Gäßchen, mit seinem Geschrei und Getöse (zuweilen auch seinem Schmutz und seinen Gerüchen), mit bekackten Kamellaramanen und dits Gfeln, vor denen man sich eng an die Hauswand schmiegen muß, um nicht mitgerissen zu werden. Man blüht in traumhafte Höfe mit rauschen-

Die Unterernährten des Weltkrieges.



Generalstabsoffiziere, Redakteure, Geheimräte sind die Sachverständigen und Zeugen im Münchener Dolchstoßprojek. Uns läßt man nicht! Und wir haben doch auch nichts vergessen!

den Springbrunnen und Säulengängen ringsumher, bald in eine malerisch-schöne Koramanterei, in der die Dramenbare (schreiend lagern. Vor den kleinen Cafés — alle Typen Asiens und Afrikas sind vertreten — hocken die bunten und weißgekleideten Turbanträger auf Matten oder niedrigen Sesseln und rauchen ihre Wasserpeife oder Zigarette, schwelgen dem Kéf, dem süßen Richtigstun, hingegeben. Das Land ist fruchtbar, der Orientale genüßsam — er braucht nicht viel. Neben dem Nationalsozial des Arabers ist dies wohl einer der Gründe, daß Syrien sich so schwer europäischen Händen und ihrer Latkraft unterwirft. Wer arbeitet hier gern? Die Männer am wenigsten. Orient!

Natürlich trieben wir uns oft und lange in den riesigen Bazarhallen und -strahlen umher, wo alles nach handwerklichen und Gewerks geordnet ist. Denn Damaskus ist eine große Handelsstadt. Afrika und Arabien treffen sich dort. Man kann wundervolle Teppiche kaufen, prächtig eingelegte Tische, Stickereien und Juwelen, aber auch den größten Europäertisch und Schund. Viele dieser „Damaszener“ klingen dürftig in Solingen oder Manchester zur Welt gekommen sein, wie die Umbrachten und unechten Perlen in Böhmen.

Man kauft im allgemeinen billig. Freilich, in einer „Fabrik“, einem kunstgewerblichen Großbetrieb, wo gehämmerte und getriebene Messingwaren und Antarsienmübel hergestellt wurden, entdeckten wir die beschämende Ursache dieser Billigkeit. Hauptächlich führten Kinder bis zu — fünfjährigen herab, das Einhämmern der Verzierungen (oft mit Silberdraht umrandet) aus. Vor dem Ariege betrug der Lohn bis — man staune — zu 20 und 30 Pfennige herunter, nicht pro Stunde, sondern pro Tag. Ob es jetzt besser ist? Freilich leben diese Menschen von einigen Gurken und Zwiebeln zu ihrem Brot und versüßen es mit einheimischen Orangen, Datteln und Feigen. Wird Frankreich das bessern? Europas Einfluß ist auch sonst nicht immer von Segen für dies Land und Volk. Früher, erzählte man mir, führte jeder Arbeiter „sein“ Stück nach eigenem Ermessen aus und bedeckte es mit Ornamenten seiner eigenen Erfindung (wie einst die Handwerkerkünstler in Augsburg und Nürnberg). Bei einzelnen Prunkstücken ist das noch jetzt der Fall; im allgemeinen aber kommen die Messingplatten und Formen aus — Europa und werden in Damaskus mit schablonenhaften orientalischen Verzierungen versehen. Dieser Großbetrieb hat auch dort fast alles an sich geriffen und die meisten Kleinbetriebe und Handwerker verdrängt. Auch Teppichfabriken besuchten wir, die freilich, nach alten Mustern und pflanzengefärbten Wollen und Seiden, noch prachtvolle Stücke herstellen, an denen viele Monate, zuweilen Jahre, mit der Hand geknüpft wird. Hier sind fast nur Frauen und Mädchen tätig. Ältere Tradition spricht da mit und die feinere Hand der Frau. Aber selbst diese „Kunstgewerbetlerinnen“ werden sehr schlecht bezahlt.

Die Türkei hatte hier vor dem Ariege eine riesige Militärmacht vereint, die in großen Kasernen außerhalb der Stadt lagerte. Diese Gebäude sind es wohl, von deren Beschickung und Bekämpfung die Depeßen melden. Wie jammerlich wäre es, wenn diese von alten Orientzaubern umlagerte Innenstadt mit ihren alten Moscheen (Johannes des Täufers Haupt ist in einer begraben und ruht in einem kleinen prachtvollen Kuppelbau inmitten der „Großen Moschee“), wenn dies auch nur teilweise von Fliegerbomben und Geschützen zerstört würde!

Umringt ist diese märchenhafte Stadt, die auch von alleingefessenen syrischen Christen bewohnt wird (Paulus, der Apostel, fand hier den „Weg nach Damaskus“), von großen, prächtigen Gärten, Palmenhainen und wohlbewässerten Gemüse- und Obstplantagen. Dahinter kommt dann die steinige Wüste und sonnenheiße Ebene — der Weg nach Palästina und Arabien.

Wer dich je sah, du prächtige Kasernenstadt (von Bagdad zogen sich diese Sultane später nach dieser neuen Hauptstadt), du Berle des Orients, die jeder Muselman liebt, und die zu besuchen für ihn verdientlich ist (zumal, wenn es nach Mekka geht), der wird deiner nie vergessen.

Die „Sieben Steinhäuser“.

Die „Sieben Steinhäuser“ in der Düneburger Heide (im Kreise Fallingb. Hotel) sind eins der gewaltigsten und ehrwürdigsten Denkmäler aus vorgeschichtlicher Zeit. Es gibt zwar größere Steinsetzungen an anderen Stellen, aber die Art der Häufung der Gräber an dieser Stelle ist doch einzigartig. Bekanntlich sind von den sieben Steinhäusern zwei zum Zwecke von Landstraßenbauten zerstört worden, so daß nur noch fünf erhalten sind, die weitab von allen größeren menschlichen Siedlungen in tiefer Stille und Verborgenheit auf einem Heidehügel ruhen den man seinerzeit mit Kleefern aufgeforscht hat. Die „Sieben Steinhäuser“ haben neuerdings wiederum das Interesse der Archäologen gefunden, und es ist der erste Direktor des Provinzialmuseums zu Hannover, der Landesarchäologe Dr. Jacob-Friesen gewesen, der sein besonderes Augenmerk diesen Hügelgräbern zugewandt hat. Man dachte an neue Ausgrabungen, sah aber bald, daß hierfür nur noch ein Grab in Betracht kam, das an sich am besten erhalten und in seinen Innern fast ganz mit Sand angefüllt war. Diese Steinkammer ist dann schließlich geöffnet worden.

Ueber das ganze Ergebnis der Nachforschungen und Grabungen teilt nun Dr. Jacob-Friesen in einem Büchlein „Die sieben Steinhäuser im Kreise Fallingb. Hotel“ u. a. folgendes mit: „Auf dem Boden der Kammer fanden wir drei große Knochenhaufen, einen in der Mitte, ungefähr dem Eingang vorgelagert, den anderen in der linken und den dritten in der rechten Hälfte der Kammer. Schon der erste Blick auf diese Knochenhaufen zeigte, daß es sich hier nicht um Beisetzungen handelte, die noch in ihrer ursprünglichen Lagerung erhalten waren, sondern daß es sich um zusammengeschobene Knochenhaufen waren, deren einzelne Bestandteile immer verschiedenen Individuen angehörten. Diese Beobachtung darf uns nicht stutzig machen, denn ähnliches haben wir auch in skandinavischen Gräbern festgestellt. Diese Steinkammern waren eben Erbegräbnisse, und wenn man sie wieder öffnete, um neue Bestattungen vorzunehmen, schob man eben die Knochen der früheren Bestattungen auf einen Haufen zusammen. So entstanden große Knochenlager, von denen das im rechten Teil der Kammer befindliche allein die Bruchstücke von mindestens 15 Schädeln enthielt. Ein Ueberblick über das Knochenmaterial wird natürlich, wenn es in solchen Haufen und nicht in der ursprünglichen Lagerung gefunden wird, außerordentlich erschwert. Wir haben aber sorgfältig alle einzelnen Knochenstücke geborgen, und es wird der Geschicklichkeit unserer Präparatoren wohl gelingen, das Material so zu rekonstruieren, daß es für wissenschaftliche Untersuchungen brauchbar wird. Die einzige Beigabe war ein Feuersteinmesserchen am linken Knochenhaufen. Nachdem diese drei unteren Knochenhaufen angelegt waren, muß man die Kammer mit Sand angefüllt haben, um auf dieser etwa 20 bis 25 Zentimeter starken Sandschicht wiederum Bestattungen aufzubringen. Hier fanden wir in einer Tiefe von 120 bis 140 Zentimeter in drei kleineren, nicht so wirren Haufen, links, in der Mitte und rechts wiederum Skelettreste. In dieser Schicht trat nun eine ganze Reihe von Funden auf. Die Scherben eines großen unzerstörten, außen gerauhten Tongefäßes fanden sich über eine große Fläche verstreut. Dieses Gefäß war demnach absichtlich zerbrochen, und Oskar Montelius, der in schwedischen Gräbern ähnliche Beobachtungen machte, glaubt, daß die Tongefäße beim Leichenschmaus gebraucht und dann zertrümmert wurden.“ Außerdem wurden mehrere weitere Gefäße und Gefäßscherben sowie einige Feuersteinmesser gefunden, des weiteren merkwürdigerweise auch ein Bronzegegenstand, nämlich ein Bronzeband von etwa 1 1/2 Zentimeter Breite und 1 Millimeter Stärke. Es lag neben einigen wenigen verbrannten Knochenstücken. Diese Sachen sind zweifellos erst in einer viel späteren Zeit beigelegt worden. Im ganzen laßt Dr. Jacob-Friesen das Ergebnis in den Worten zusammen: „So brachte dieses eine Steingrab Funde, die für die Urgeschichte Niederdeutschens von größter Bedeutung sind und deren Wert dadurch noch erhöht wird, daß wir zum ersten Male in Niederdeutschens Skelettmaterial aus den Riesensteingräbern bergen konnten, das für die Rassenforschung zweifellos von größter Bedeutung sein wird.“

Vorgeschichtliche Amerikaner. Die wissenschaftliche Forschung hat über die Vorgeschichte des Amerikaners bis jetzt noch nicht allzu viel Tatsachenmaterial zutage fördern können. Es bedeutet deshalb einen wichtigen Fortschritt, daß man in Trenton am Delawarefluß einen Fundort entdeckt hat, der so manche neuen Aufschlüsse über das Alter des Menschen auf dem amerikanischen Kontinent bietet. Daß die Einwanderung der ältesten Bewohner Amerikas auf dem Wege über die Beringstraße von Asien her erfolgte, worauf die Verbreitung nach Nord und Süd stattfand, kann heute als Tatsache gelten. Es hat sich aber bis jetzt noch nicht feststellen lassen, zu welcher Zeit diese Einwanderung vor sich ging. Nun hat man zwar an vielen Orten im Norden Amerikas Reste menschlicher Skelette gefunden, konnte an ihnen aber kein sehr hohes geologisches Alter erkennen, überhaupt boten sie keinen sicheren Anhaltspunkt für eine exakte Zeitbestimmung. Besseren Aufschluß gaben dagegen die Funde von Trenton, die vor allem Reste der Lenape-Indianer umfassen. In der durchforschten Erdschicht fanden sich außer Geräten, die aus geschloßenem Quarz und Argill hergestellt waren, auch fossile Reste des Molassochens. Daraus läßt sich schließen, daß es sich hier um eine aus der Eiszeit stammende Ablagerung handelt. Auch in der unter dieser Ablagerung liegenden Erdschicht fand man noch roh behauene Geräte aus Quarz und Quarzit. Diese Funde haben also in erster Linie die Tatsache erwiesen, daß Amerika schon vor Beginn der geologischen Jetztzeit von Menschen bewohnt war. Was die Zeit der Einwanderung aus Asien her betrifft, so vertritt die Forschung zum Teil die Annahme, daß erst in der letzten Rodenzeit die Menschen den amerikanischen Kontinent zu bevölkern begannen, zum Teil nimmt sie an, daß die Einwanderung im Verlauf einer warmen Zwischenzeit erfolgte.

Auch in Südamerika fanden sich Spuren und Reste, die vermutlich von fossilen Menschen stammten, und zwar namentlich in Argentinien, doch weisen diese Reste die gleichen Merkmale auf, die dem Gegenwartsmenschen eigen sind. Dann fand man auch in Patagonien aus Stein behauene Geräte von paläolithischer Form, allein auch von ihnen läßt sich nicht genau feststellen, aus welcher Zeit sie herrühren. Aus den bisherigen Feststellungen kann man aber jedenfalls den sicheren Schluß ziehen, daß die Menschen auch nach Südamerika schon in einer ziemlich frühen Erdperiode einwanderten, jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach erst im Quartär, und zwar zu der Zeit, als Mastodon und Wildpferd lebten. Als Weg von Norden nach Süden diente diesen ältesten Bewohnern des amerikanischen Kontinents zweifellos die mittelamerikanische Landbrücke.

Die älteste Siedlung Bayerns. Nicht weit von einem der neuesten Kulturwerke Bayerns liegt auch die älteste bayerische Siedlung, die bisher gefunden worden ist. Nicht beim Waldensee wie im sogenannten Althochwintler zwischen Roschles und Herzogsland erhebt sich ein bewaldeter etwa 100 Meter hoher Hügel. Rings um ihn zieht sich ein Steinwall, der heute noch zum größten Teil erhalten ist. Dann laufen in konzentrischen Halbkreisen, die sich gegen die Spitze des Hügels zu immer mehr verengen, noch mehrere Wälle, nur durch Zugänge unterbrochen. Die ebene Fläche auf der Spitze war die letzte Verteidigungs- und Zufluchtsstätte in Zeiten des Kampfes, auch wohl Versammlungsorte. Am äußeren Wall lagen stufenförmig angelegt die Wohnstätten. Außerhalb des Burgbereiches wurden Urnenlager, also Begräbnisstätten gefunden. Innerhalb der Siedlung selbst aber ebenfalls Knochenreste, Steinwaffen und Bronzegegenstände. Die Siedlung dürfte ins zweite Jahrtausend v. Chr. zu verlegen sein.

